



Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Hans-Peter Schwarz

Mitherausgeber
Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand,
Werner Link, Horst Möller und Rudolf Morsey

R. Oldenbourg Verlag München 1995

Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland
1964

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1964

Wissenschaftlicher Leiter
Rainer A. Blasius

Bearbeiter
Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst

R. Oldenbourg Verlag München 1995

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
/ hrsg. im Auftr. des Auswärtigen Amtes vom Institut für
Zeitgeschichte. Haupthrg. Hans-Peter Schwarz. Mithrg.
Helga Haftendorn ... – München : Oldenbourg.

NE: Schwarz, Hans-Peter [Hrsg.]; Institut für Zeitgeschichte
<München>

1964 / wiss. Leiter Rainer A. Blasius. Bearb. Wolfgang Hölscher
und Daniel Kosthorst.

Bd. 1. 1. Januar bis 30. Juni 1964. – 1995

ISBN 3-486-56065-4

NE: Hölscher, Wolfgang [Bearb.]

© 1995 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg, Graphische Betriebe GmbH, München

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN: 3-486-56065-4

Inhalt

Vorwort	VII
Vorbemerkungen zur Edition	VIII
Verzeichnisse	XV
Dokumentenverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	CXLIII
Abkürzungsverzeichnis	CLI
Dokumente	1
Band I (Dokument 1–179).....	3
Band II (Dokument 180–402).....	713
Anhang	1581
Zeittafel.....	1583
Personenregister	1589
Sachregister.....	1631
Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1964	1677

Vorwort

Dem jährlichen Erscheinungsrhythmus der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ entsprechend, wird mit den Jahressbänden 1964 eine weitere, umfassende Dokumentensammlung aus den Beständen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts vorgelegt. Das bewährte Editions-konzept der Jahressbände 1963 ist unverändert geblieben.

Das pünktliche Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, insbesondere dem Politischen Archiv sowie den Damen und Herren in den Referaten, die beim Deklassifizierungsverfahren zur Offenlegung der Dokumente beigetragen haben. In gleicher Weise zu danken ist dem Bundeskanzleramt und der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf für die Erlaubnis, unverzichtbare Dolmetscheraufzeichnungen einbeziehen zu können.

Besonderer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe in bewährter Kollegialität gewidmet haben. Desgleichen sei die tadellose Zusammenarbeit mit den zuständigen Persönlichkeiten und Gremien des Instituts für Zeitgeschichte dankbar hervorgehoben.

Das Hauptverdienst am Gelingen haben die Bearbeiter der beiden Bände, Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Herr Dr. Daniel Kosthorst, zusammen mit dem Wissenschaftlichen Leiter, Herrn Dr. Rainer A. Blasius. Ihnen sei für ihren unermüdlichen Einsatz und für ihre große Sorgfalt nachdrücklich gedankt.

Weiter genannt seien Herr Dr. Harald Rosenbach, dessen Mitwirkung eine unentbehrliche Hilfe war, sowie Frau Dr. Mechthild Lindemann und Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch, die gleichfalls wesentlich zum Gelingen beigetragen haben. Nicht vergessen seien schließlich die Damen des Sekretariats, Frau Andrea Bock, Frau Gabriele Knorr und Frau Melanie Stuch.

Die Jahressbände für 1965 und 1966 befinden sich in Arbeit. Sie sollen im vorgesehenen Rhythmus erscheinen.

Bonn, den 1. Juli 1994

Hans-Peter Schwarz

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964“ (Kurztitel: AAPD 1964) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich eine Zeittafel zum Jahr 1964, ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amtes vom Juli 1964.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1964 waren die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (PA/AA). Besonderes Gewicht wurde auf die zentralen Bestände „Ministerbüro“ und „Büro Staatssekretär“ gelegt. Angemessene Berücksichtigung fanden aber auch die einzelnen Abteilungen und Referate des Auswärtigen Amtes. Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amtes Eingang gefunden haben, wurden nur zur Kommentierung herangezogen und lediglich in Fällen von besonderer außenpolitischer Bedeutung als Dokumente aufgenommen. Fast ausnahmslos haben dagegen die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt und in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus überlieferten Gesprächsaufzeichnungen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlusssachen der Geheimhaltung unterworfen waren. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Für die Deklassifizierung von Verschlusssachen aus dem Bundeskanzleramt bzw. der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus war das Bundeskanzleramt zuständig. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1964 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 402 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Fußnote ausgewiesen. Ein Dokument, bei dem nur der Entstehungsmonat bekannt ist, wird am Ende des betreffenden Monats eingereiht. Bei Aufzeichnungen über Gespräche oder Besprechungen ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten, stets gleich gestalteten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und -überschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen die Datumsangabe. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit besteht sowie aus weiteren Elementen wie dem gemäß Aktenplan inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad, läßt Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zu und eröffnet die Möglichkeit, zugehöriges Aktenmaterial zu ermitteln. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Aus den Angaben im Dokumentenkopf, vor allem aus der Überschrift, läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments erschließen. Aufzeichnungen und Vermerke des internen Schriftverkehrs im Auswärtigen Amt sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt. Läßt sich ein solcher weder unmittelbar noch mittelbar nachweisen, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung oder Referat) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Infor-

mationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Fußnote aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit angegeben. Rechts davon findet sich das Aufgabedatum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Zusätzlich zu Datum und Uhrzeit der Aufgabe wird hier auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringlichen Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke wird im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger das Geschäftszeichen und das Datum genannt. Eine Sonderform des Schriftberichts stellt das sogenannte Privatdienstschreiben dar, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen Niederschriften über Gespräche bzw. Besprechungen ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet. Hervorzuheben sind innerhalb dieser Dokumentengruppe Gesprächsaufzeichnungen der Dolmetscher. Für deren chronologische Einordnung ist das Gesprächs- oder Besprechungsdatum ausschlaggebend, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen werden.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs oder der Besprechung. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist Bonn stillschweigend zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments

nicht an seinem eigentlichen Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z.Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den aufgrund festgelegter Verteiler vielfältigten Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstaufertigung mußten hin und wieder ein „Durchschlag als Konzept“, ein Durchdruck, eine Abschrift oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Fußnote. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Falls die Textvorlage eine inhaltlich substantielle Überschrift aufweist, wird diese mitabgedruckt. Die Dokumente werden in der Regel ungekürzt veröffentlicht. In wenigen Ausnahmefällen sind geringfügige Auslassungen vorgenommen worden; sie werden durch [...] gekennzeichnet und in einer Fußnote erläutert. Textergänzungen der Bearbeiter stehen ebenfalls in eckigen Klammern.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; manchmal erwies sich jedoch eine Vereinheitlichung bzw. Modernisierung als sinnvoll. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende oder ungebräuchliche Abkürzungen in der Textvorlage werden aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen werden – sofern sie nicht überwiegend formaler Natur sind – kursiv wiedergegeben. Darüber hinaus dient der Kursivdruck dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Zentrierungen usw.) folgt das Druckbild der Textvorlage, soweit dies unter Berücksichtigung der satztechnisch bedingten Gegebenheiten möglich ist.

Mit Ausnahme der dem Namen hinzugefügten Dienstbezeichnung, die der Überschrift eines Dokuments zu entnehmen ist, wird eine Unterschriftenformel vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter aufgelöst (mit Nachweis in einer Fußnote). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstücks in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Da alle edierten Dokumente für die wissenschaftliche Benutzung bisher nicht oder nur in eingeschränktem Maße zur Verfügung standen, erübrigte sich eine systematische Suche nach Vor- oder Teilveröffentlichungen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument auf den verschiedenen Ebenen des Auswärtigen Amts bzw. außerhalb dieser Behörde gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf zugehörigen Begleitschreiben und -vermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden unter Kennzeichnung durch eckige Klammern aufgelöst.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weitere Aktenstücke und anderweitiges Schriftgut nachweisen, die unmittelbar oder mittelbar angesprochen werden, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind. Dem erstgenannten Gesichtspunkt tragen jene rück- oder weiterverweisenden Anmerkungen Rechnung, die Bezüge zwischen einzelnen Dokumenten in den vorliegenden zwei Bänden offenlegen und auf die AAPD 1963 bzw. auf die in Vorbereitung befindlichen AAPD 1965 verweisen. Das Auffinden von Dokumenten zu einem bestimmten thematischen Schwerpunkt ist mit Hilfe des Sachregisters möglich.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amtes bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die damaligen Entscheidungsprozesse erhellen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle in einer Anmerkung nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Auszüge aus den Bezugsstücken oder inhaltliche Zusammenfassungen sollen zum Verständnis der Dokumente beitragen. Bei Anmerkungen oder Anmerkungssteilen, deren Zweck die knappe Erläuterung eines Sachverhalts oder Ereignisses ist, erfolgen keine systematischen Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung/Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Die genannten Merkmale werden dabei erforderlichenfalls in Kombination oder auch im Wechsel dem Namen hinzugefügt. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, der Bundeskanzler bzw. der Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Als Kurzform für die Deutsche Demokratische Republik kommen in den Dokumenten die Begriffe SBZ oder DDR vor und werden so wiedergegeben. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird jedoch in der Kommentierung und in den Regesten der Begriff DDR verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet. Im übrigen orientiert sich die Edition bei der Benutzung geographisch-politischer Begriffe an der Sprache der Quellen.

Für häufig benutzte Publikationen wie Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden Kurztitel oder Kurzformen eingeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Der Platzersparnis dienen ebenfalls die Rückverweise auf bereits an anderer Stelle ausgeführte Anmerkungen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Übersicht in Form eines Regests. Um die Einheitlichkeit der Regesten in ihrem notwendigerweise verkürzenden Charakter zu wahren, steht bei der Zusammenfassung des Dokumenteninhalts nicht die Aufzählung aller angesprochenen Themen im Vordergrund, sondern die Aufmerksamkeit gilt wesentlichen Schwerpunkten oder neuartigen Gedanken. Die Regesten können und sollen lediglich einer ersten Orientierung dienen. Hinsichtlich ihrer formalen Gestaltung wird auf die vorangehenden Ausführungen zur Kommentierung verwiesen.

Das *Literaturverzeichnis* enthält nur solche Publikationen, die häufig zur Kommentierung herangezogen und mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden unter Angabe der notwendigen bibliographischen Daten aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt – mit Ausnahme der erwähnten Kurzformen – die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, es sei denn, sie sind so gebräuchlich, daß sich eine Auflösung erübrigt. Nicht aufgenommen werden Abkürzungen, die in einer Fußnote erläutert sind.

Anhang

Die *Zeittafel* enthält eine Auswahl von außenpolitisch markanten Daten zum Jahr 1964.

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. In der Regel wird nur die maßgebliche Funktion im Jahr 1964 angegeben. Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt. Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, so wird im Register statt der betreffenden Seitenzahlen die halbfett gedruckte Dokumentennummer ausgeworfen.

Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die Dokumente. Auch hier wird in den Fällen, in denen sich ein Schlagwort auf ein Dokument in seiner Gesamtheit bezieht, die halbfett gedruckte Dokumentennummer anstelle von Seitenzahlen aufgeführt.

Der *Organisationsplan* vom Juli 1964 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und orientiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

- 1** **02.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** **S. 3**
- Carstens gibt Gespräche mit Vertretern der zuständigen Ressorts sowie der drei Westmächte über Vorschläge des Senats von Berlin zur Fortführung der Passierschein-Gespräche wieder. Wesentliche Details der Vorschläge wurden als annehmbar angesehen. Jedoch müßten die Nachteile der Passierschein-Vereinbarung vom Dezember 1963 vermieden und der Gedanke der Wiederherstellung der Freizügigkeit in ganz Berlin stärker herausgestellt werden. Besonders wurde in den Gesprächen hervorgehoben, daß die Abstimmung zwischen Senat und Bundesregierung der Verbesserung bedürfe und der Informationsaustausch mit den Alliierten sicherzustellen sei.
- 2** **03.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr** **S. 7**
- Unter Hinweis auf die Politik Großbritanniens trägt Lahr die Überlegung vor, in Einzelfällen Kredite mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren an Ostblock-Staaten zu vergeben. Dies erspare der deutschen Industrie Opfer und könne das britische Interesse an einer restriktiven Haltung wecken. Der Staatssekretär plädiert dafür, die Devisenhilfe an Großbritannien aufgrund der verbesserten britischen Zahlungsbilanz im Umfang wesentlich zu reduzieren.
- 3** **03.01. Deutschland-Initiative (erste Fassung)** **S. 10**
- Ausgangspunkt der Vorschläge der Bundesregierung zur Lösung der Deutschland-Frage ist der Gedanke, eine Übergangsregelung auf dem Weg zur Einheit zu unterbreiten. Die Modalitäten hierfür sollen durch einen neu zu bildenden „Ständigen Rat der Vier Mächte“ festgelegt werden, der insbesondere einen Plan zur Durchführung der Wiedervereinigung unter Berücksichtigung der europäischen Sicherheitsaspekte sowie ein Gesetz für die ersten gesamtdeutschen Wahlen erarbeiten soll. Die schnelle Durchführung humanitärer Maßnahmen, eine Amnestie für politische Häftlinge und die Ausweitung der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen sind weitere Elemente der Initiative, die darüber hinaus die Verbesserung der Beziehungen zu den Ostblock-Staaten sowie Maßnahmen im Bereich Sicherheit und Abrüstung berücksichtigt.
- 4** **06.01. Runderlaß des Bundesministers Schröder** **S. 15**
- Schröder weist auf die seit dem Teststopp-Abkommen vom August 1963 zunehmende Neigung im Ausland hin, die Teilung Deutschlands als Tatsache hinzunehmen. Dies veranlaßt ihn,

die Grundsätze der Deutschland-Politik darzulegen: Sicherung der freiheitlichen Ordnung in der Bundesrepublik und in Berlin (West), Ausbau der westlichen Positionen gegenüber dem Ostblock sowie Einflußnahme auf die Satellitenstaaten der UdSSR. An der Spitze der Forderungen müsse das Recht auf Selbstbestimmung stehen. Die Aussichten, die Wiedervereinigungsfrage in naher Zukunft zu lösen, schätzt der Minister als gering ein.

- 5** 07.01. **Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee** S. 19
- Erhard und McGhee erörtern die Absicht der britischen Regierung, der UdSSR langfristige Kredite zu gewähren. Der Bundeskanzler hält einen solchen Schritt für unverantwortlich. Jeder Versuch einer Entspannung habe um so weniger Aussichten, je mehr der Westen zu Wirtschaftshilfen ohne politische Gegenleistungen bereit sei. Das Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 31. Dezember 1963 über einen Gewaltverzicht bei Streit- und Grenzfragen stuft der amerikanische Botschafter als ein Propagandamittel ein, das allerdings „unangenehme Wirkung“ haben könne. Erhard bezeichnet das Schreiben als wenig überzeugend, da den Völkern im Ostblock offenkundig das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten werde. Zur Fortführung der Passierschein-Gespräche bemerkt Erhard, daß in dieser Frage Übereinstimmung mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, bestehe. Allerdings sei zu befürchten, daß andere Senatsangehörige zu weitergehenden Zugeständnissen an die DDR bereit sein könnten. Deshalb komme es auf ein enges Zusammenspiel zwischen der Bundesregierung und den drei Westmächten an. Eine wesentliche Forderung bei den anstehenden Gesprächen müsse eine Besuchserlaubnis für Ost-Berliner in Berlin (West) sein; zudem solle der Schießbefehl an der Mauer rückgängig gemacht werden.
- 6** 08.01. **Bundesminister Schröder an Staatssekretär Westrick, Bundeskanzleramt** S. 23
- Schröder empfiehlt, daß sich die Bundesrepublik die ihr als Küstenstaat zustehenden Rechte zur Erforschung und Ausbeutung des Festlandssockels vorbehalten solle. Als Sofortmaßnahme schlägt er eine entsprechende Proklamation vor.
- 7** 08.01. **Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt** S. 25
- Klaiber berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der Europaabteilung im französischen Außenministerium zur Frage einer europäischen politischen Union. De Beaumarchais bestätigte, daß Staatspräsident de Gaulle eine deutsche Initiative begrüßen würde. Voraussetzung für die Teilnahme an Gesprächen sei

allerdings die Zugehörigkeit zur EWG. Über Vorstellungen hinsichtlich einer Beteiligung Großbritanniens am Einigungsprozeß vermochte de Beaumarchais keine Auskunft zu geben.

- 8** 10.01. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem französischen Botschafter de Margerie S. 27
- Erhard informiert über seinen Besuch in den USA, der zu einer Verbesserung der Beziehungen beigetragen habe. Die deutsch-französische Aussöhnung werde von amerikanischer Seite ausdrücklich begrüßt. Allerdings verkenne die amerikanische Seite nicht, daß Frankreich etwa hinsichtlich der NATO oder in Wirtschaftsfragen andere Auffassungen vertrete. Der Bundeskanzler zeigt sich erfreut über den Wunsch des französischen Staatspräsidenten, die politische Einigung Europas voranzubringen. Im Gegensatz zu de Gaulle sei er jedoch nicht der Auffassung, daß Europa eine „dritte Kraft“ darstellen müsse. Die Frage der Integration Großbritanniens und anderer Staaten könne auf lange Sicht nicht beiseite geschoben werden. Beide Gesprächspartner stimmen überein, daß die britische Europa-Politik zur Zeit nicht eindeutig sei. De Margerie legt die Schwierigkeiten dar, auf die deutschen Vorschläge zur Lösung des Falls Argoud einzugehen. Erhard zeigt sich zu einem Gespräch mit de Gaulle bereit, möchte aber den Eindruck vermieden wissen, die Angelegenheit sei erledigt. Auf die Frage von Krediten an die UdSSR angesprochen, äußert de Margerie die Überzeugung, daß Frankreich seine restriktive Linie beibehalten werde.
- 9** 10.01. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 35
- Knappstein schließt aus Gesprächen mit Beamten des amerikanischen Außenministeriums und Mitarbeitern des Präsidenten, daß eine entspannungspolitische Initiative der USA gegenüber der UdSSR bevorstehe, die vermutlich vor allem die Sicherung der Zugangswege nach Berlin sowie Probleme der europäischen Sicherheit zum Gegenstand haben werde. Bemühungen um eine unmittelbare Lösung der deutschen Frage halte man amerikanischerseits dagegen für verfrüht. Um die eigenen Vorstellungen geltend zu machen, empfiehlt Knappstein, die Washingtoner Botschaftergruppe möglichst bald mit der Deutschland-Initiative der Bundesregierung zu befassen.
- 10** 13.01. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington S. 39
- Carstens nimmt zur Deutschland-Initiative der Bundesregierung Stellung, mit der man auch gegenüber dem Ostblock aktiv werden wolle. Der Plan verknüpfe Schritte zur Wiedervereinigung mit Maßnahmen im Bereich Abrüstung und europäische

Sicherheit. Dies eröffne die Möglichkeit eines elastischen Vorgehens. Bei der Besprechung des Plans in der Washingtoner Botschaftergruppe solle der deutsche Vertreter das Problem der Wiedervereinigung stärker in den Vordergrund rücken, als dies auf amerikanischer Seite zur Zeit geschehe.

- 11 15.01. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** S. 42

Carstens berichtet über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter. De Margerie teilte mit, daß Frankreich diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufnehmen werde. Auf die von Carstens geäußerte Besorgnis über die möglichen Auswirkungen einer solchen Entscheidung auf die amerikanisch-französischen Beziehungen eingehend, räumte der Botschafter ein, daß das amerikanische Außenministerium einem solchen Schritt ablehnend gegenüberstehe. Positiv werde von amerikanischer Seite jedoch die Hilfe Frankreichs an Kambodscha verbucht.

- 12 15.01. **Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Premierminister Douglas-Home in London** S. 45

Erhard legt seine europapolitischen Vorstellungen dar und betont die Absicht, Großbritannien an die EWG heranzuführen. Unzufrieden zeigt er sich über die mangelnde demokratische Kontrolle der Verwaltungsorgane der EWG, der durch eine verstärkte politische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten entgegengewirkt werden müsse. In diesem Zusammenhang erläutert der Bundeskanzler die unterschiedlichen deutschen und französischen Auffassungen über den Fortgang des europäischen Einigungsprozesses und stellt zugleich heraus, daß die Bundesrepublik künftig stärker ihre Eigeninteressen gegenüber Frankreich geltend machen wolle. So komme auch dem Aufbau der MLF eine wesentliche Bedeutung zu, um eine auf der Force de frappe beruhende Hegemonialstellung Frankreichs in Europa verhindern zu können. Unter Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen in Großbritannien spricht sich Douglas-Home gegen eine übereilte europapolitische Initiative aus. Weiter bemerkt er, daß im Fall eines Labour-Wahlsiegs das MLF-Projekt gefährdet sei. Abschließend äußert sich Erhard positiv zur Rolle der WEU, die ein Ausgangspunkt für eine politische Zusammenarbeit in größerem Rahmen sein könne.

- 13 15.01. **Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London** S. 49

Bundesminister Schröder erläutert die neue Deutschland-Initiative der Bundesregierung, läßt aber die Frage nach der späteren politischen Verwendung offen. Der Entwurf stößt auf Interesse bei den britischen Gesprächspartnern; Premierminister Douglas-Home warnt jedoch vor mißverständlichen Formu-

lierungen hinsichtlich der Rechte Deutschlands an den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. Im weiteren Verlauf kommen die Verhandlungen der Bundesregierung mit den Ostblock-Staaten zur Sprache, deren zunehmende Selbständigkeit gegenüber der UdSSR hervorgehoben wird. Der Bundeskanzler spricht sich gegen die Gewährung von Krediten aus, die die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der UdSSR ohne Gegenleistungen an den Westen verringern würden. Im Zusammenhang mit der Erörterung möglicher Entspannungsmaßnahmen melden Schröder und Erhard Bedenken gegen den Vorschlag einer Stationierung von Bodenbeobachtungsposten und Zweifel am Nutzen eines Nichtangriffsabkommens an. Abschließend wird die Frage der Stationierungskosten behandelt, für die von britischer Seite eine langfristige Regelung angestrebt wird.

14 16.01. Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London S. 63

Bundeskanzler Erhard legt dar, daß die sich aus den wirtschaftlichen Problemen der UdSSR ergebenden Verhandlungsmöglichkeiten nicht durch eine zu großzügige Kreditgewährung verspielt werden dürften. Der britische Industrie- und Handelsminister Heath sieht dagegen wenig Möglichkeiten, auf die sowjetische Rüstungspolitik mittels kreditpolitischer Maßnahmen Einfluß zu nehmen. Übereinstimmende Ansichten herrschen im Hinblick auf die Vorbereitung der Kennedy-Runde. Premierminister Douglas-Home bekundet Interesse an etwaigen Gesprächen über eine europäische politische Union, macht aber seine Ablehnung supranationaler Institutionen deutlich. Sorge äußern beide Seiten über die französische Haltung zur NATO. Für den deutschen Standpunkt zur MLF zeigen die britischen Gesprächspartner Verständnis.

15 16.01. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 73
britischen Außenminister Butler in London

Schröder und Butler kommen überein, die Antwortnote auf das Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 31. Dezember 1963 abzustimmen. Schröder erläutert die Motive für die Deutschland-Initiative der Bundesregierung. Man wolle auf Aktionen der UdSSR vorbereitet sein und eine Einigung über mögliche Schritte erzielen. Zugleich solle innenpolitischer Druck in der Deutschland-Frage abgefangen werden. Butler plädiert für ein stufenweises Vorgehen. Man müsse vermeiden, der UdSSR im Vorfeld zu viele Optionen anzubieten. In der Abrüstungsfrage sieht Schröder wenig Hoffnung für wirksame Maßnahmen. Butler spricht den Fortgang der europäischen Einigung an. Er hält die Idee für bedenklich, ein politisches Kontrollorgan für die EWG zu schaffen. Großbritannien wolle seine Souveränität nur sehr bedingt aufgeben. Schröder setzt sich für eine langsame Entwicklung ein und kündigt die Ausar-

beitung eines Stufenplans an. In der Zwischenzeit sei die EWG weiterzuentwickeln und die Kennedy-Runde zum Erfolg zu führen. Bei der abschließenden Erörterung der Situation in Asien und Afrika stellt Butler fest, daß die neue Regierung auf Sansibar „moskauorientiert“ sei.

- 16 16.01. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach** S. 86

Müller-Roschach kommentiert den Vorschlag des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 31. Dezember 1963 über einen Gewaltverzicht bei Streit- und Grenzfragen. Die Bundesregierung solle darauf verweisen, daß Verträge mit Staaten abgeschlossen seien, die die deutsche Teilung anerkannt hätten. Ein deutscher Beitritt zu einem weltweiten Abkommen sei möglich, sobald die noch nicht geklärten Fragen nach „Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in einer Regelung mit Gesamtdeutschland“ verbindlich gelöst seien.

- 17 21.01. **Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen** S. 90

Ministerialdirektor Krapf analysiert die Deutschlandpolitik der Ostblock-Staaten. Er kommt zu dem Schluß, daß sich die DDR durch das Teststopp-Abkommen vom August 1963 aufgewertet fühle; auch mit der Passierschein-Regelung vom Dezember 1963 habe sie das Ziel verfolgt, ihr Ansehen zu steigern und Berlin (West) als selbständige politische Einheit darzustellen. Von französischer Seite wird betont, daß die Bundesregierung bei den Verhandlungen über eine neue Vereinbarung mit der DDR nicht auf eine „abschüssige Bahn“ geraten dürfe. Hinsichtlich der Deutschland-Initiative der Bundesregierung erklärt Ministerialdirigent Reinkemeyer, daß damit die Deutschland-Frage als ein über die Berlin-Frage hinausgreifendes Problem präsentiert werden solle. Der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Laloy, weist auf das Risiko eines grundsätzlichen Wandels der deutschlandpolitischen Positionen der Westmächte hin. Abschließend äußern sich die Ministerialdirektoren Jansen und Müller-Roschach besorgt über die Rückwirkungen der französischen China-Politik auf das europäisch-amerikanische Verhältnis und die Deutschland-Frage.

- 18 22.01. **Besprechung mit Vertretern des Bundesministeriums der Verteidigung** S. 101

Ministerialdirektor Sachs informiert über die geplante Verteidigungshilfe für die Türkei. Mit Blick auf mögliche Kürzungen bei den Haushaltsmitteln für die Ausrüstungshilfe äußert der Ministerialdirektor im Bundesministerium der Verteidigung, Knieper, die Befürchtung, Liefertermine hinausschieben bzw. Zah-

lungen verzögern zu müssen. Es folgt ein Gedankenaustausch über einzelne Vorhaben der Ausrüstungshilfe. Zur möglichen Entwicklung eines „geheimhaltungs-freien“ U-Bootes, das an Staaten außerhalb der NATO geliefert werden könnte, stellt Sachs fest, daß das Auswärtige Amt aus politischen Gründen einer Auslieferung voraussichtlich in zahlreichen Fällen widersprechen müßte.

- 19 22.01. Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 107
- Groepper berichtet über den sowjetischen Vorschlag, die Regelungen des Ende 1963 abgelaufenen Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr auf das Jahr 1964 zu übertragen. Die wirtschaftliche Lage in der UdSSR lasse offensichtlich eine Ausweitung des Handels mit der Bundesrepublik nicht zu. Außerdem wolle die UdSSR eine Diskussion über die Einbeziehung von Berlin (West) in ein neues Abkommen vermeiden und möglicherweise auch der Behauptung Vorschub leisten, das Röhrenembargo stehe einer Ausweitung des bilateralen Handels im Wege.
- 20 22.01. Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 110
- Knapstein bewertet das Verhältnis der USA zur Bundesrepublik Deutschland und zu Frankreich. Der deutsch-französische Vertrag habe zunächst wie ein Schock gewirkt, doch seien die amerikanischen Befürchtungen, die Bundesrepublik könne aus der atlantischen Partnerschaft ausbrechen, von deutscher Seite zerstreut worden. Mittelfristig habe die Annäherung an Frankreich sogar die Position in den USA gestärkt, da man auf amerikanischer Seite glaube, über die Bundesrepublik Einfluß auf Frankreich ausüben zu können. Demgegenüber sei das Verhältnis der USA zu Frankreich durch tief verwurzelte Sympathien bestimmt, so daß trotz vieler diametraler Auffassungen die Politik des Staatspräsidenten de Gaulle „am Ende doch achselzuckend“ hingenommen werde. Knapstein warnt vor der Gefahr, daß die Bundesrepublik für französische „Sünden“ mitverantwortlich gemacht werden könnte.
- 21 22.01. Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen S. 115
- Jansen informiert über die Ergebnisse der Gespräche zwischen Bundesminister Schröder und dem türkischen Außenminister Erkin. Neben der Zypern-Frage, deren Lösung aus türkischer Sicht die Bildung einer Föderation voraussetze, wurden die Ost-West-Beziehungen sowie die Verteidigungshilfe an die Türkei besprochen. Außerdem sicherte Schröder Unterstützung in

wirtschaftlichen Fragen zu und zerstreute Bedenken hinsichtlich der sozialrechtlichen Benachteiligung der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik.

- 22 23.01. **Stufenplan zur europäischen Einigung (Entwurf)** S. 118

In Abstimmung mit Staatssekretär Lahr legt Staatssekretär Carstens den Entwurf eines Plans zur Verwirklichung der europäischen Einigung vor. Auf einer ersten Stufe sind Entscheidungen über den gemeinsamen Getreidepreis, der Abschluß der Kennedy-Runde, die Verschmelzung der Exekutiven der europäischen Gemeinschaften sowie nichtinstitutionalisierte Zusammenkünfte der Regierungschefs vorgesehen. Während der darauffolgenden Phase sollen die Beziehungen zu den EFTA-Staaten geregelt, die Fusion der europäischen Gemeinschaften verwirklicht sowie ein Vertrag über die Bildung einer politischen Union ausgehandelt werden. Dessen Umsetzung wird für eine weitere Stufe in Aussicht genommen, während der zugleich direkte Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden sollen. Als vierter Schritt ist ein Abkommen über die Errichtung einer politischen Gemeinschaft geplant, dessen Inkrafttreten den Abschluß des Prozesses darstellen würde.

- 23 23.01. **Aufzeichnung der Politischen Abteilung II** S. 120

Mit Blick auf den Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Rom informiert die Abteilung II über den bereits im November 1963 geäußerten italienischen Wunsch, in einen MLF-Vertrag eine Klausel aufzunehmen, die einer späteren Umwandlung in eine europäische Streitmacht den Weg ebnen solle. Wesentliches Motiv sei, die italienischen Sozialisten für die MLF zu gewinnen. Die Abteilung II regt an, die italienische Zustimmung zu einem deutschen Vorschlag zu erwirken, der in seiner allgemeinen, nicht auf eine europäische politische Autorität bezugnehmenden Formulierung eher konsensfähig sei. Eine solche neu gefaßte „Europäisierungsklausel“ halte jede denkbare Möglichkeit einer politischen Zusammenarbeit offen.

- 24 23.01. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr** S. 124

Lahr hält fest, daß das Bundeskabinett sich gegen Besuche von Regierungsvertretern einzelner Bundesländer bei der EWG-Kommission ausgesprochen habe, die nicht zuvor mit ihr abgestimmt worden seien. Es sei darauf hingewiesen worden, daß sich die Kommission durch solche Interventionen bei der Förderung bestimmter regionaler Projekte nicht beeinflussen lasse.

-
- 25** 24.01. **Bundeskanzler Erhard an Ministerpräsident Eshkol (Entwurf)** S. 126
- Erhard nimmt zu dem israelischen Wunsch nach Assoziierung mit der EWG Stellung. Er erläutert, daß aufgrund der Vereinbarungen für außereuropäische Staaten eine Assoziierung nur für ehemalige Kolonien möglich sei, sichert aber zu, die israelischen Exportinteressen bei den EWG-Partnern zu unterstützen.
- 26** 27.01. **Ministerialdirektor Krapf an die Vertretung bei der NATO in Paris** S. 128
- Krapf informiert über weitere Gespräche in der Passierschein-Frage. Während Senatsrat Korber den humanitären Charakter betonte, machte der Vertreter der DDR, Staatssekretär Wendt, eine neue Vereinbarung von politischen Zugeständnissen abhängig. Dies wurde von Korber zurückgewiesen und zugleich der Vorschlag unterbreitet, die Vereinbarung vom Dezember 1963 mit gewissen Änderungen zu verlängern. Ziel der Bundesregierung, so Krapf, sei es, selbst die Bedingungen zu setzen und humanitäre Erleichterungen ohne Preisgabe politischer Positionen zu erreichen. Im Hinblick auf die Durchsetzung der Politik der Nichtanerkennung komme einer festen Haltung in der Passierschein-Frage wesentliche Bedeutung zu. Von Vorteil sei es, daß man nicht unter Zeitdruck stehe.
- 27** 27.01. **Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Moro in Rom** S. 132
- Erhard unterstützt den Gedanken einer einheitlicheren politischen Willensbildung in Europa, an der auch Großbritannien beteiligt werden müsse. Frankreich wolle dagegen nur einen engeren Zusammenschluß der sechs EWG-Staaten zulassen, wobei Staatspräsident de Gaulle das Ziel einer französischen Hegemonie verfolge. Dies lehnt der Bundeskanzler ebenso ab wie eine deutsch-französische „Blockbildung“. Moro sieht die Möglichkeit für eine Wiederbelebung des Europagedankens erst nach den Wahlen in Großbritannien. Skeptisch steht er auch einer Gipfelkonferenz im Rahmen der EWG gegenüber, befürwortet aber andere Schritte wie eine Stärkung der Stellung des europäischen Parlaments. Der europäische Einigungsprozeß dürfe allerdings nicht gegen die USA gerichtet sein. Beide Politiker stimmen überein, daß die Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich für die europäisch-amerikanischen Beziehungen abträglich gewesen sei. Erhard weist auf die Bedeutung der MLF hin, deren Verwirklichung den französischen „Autonomietendenzen“ entgegenwirken könne. Der Bundeskanzler bemerkt abschließend, daß er dem deutsch-italienischen und dem deutsch-britischen Dialog den gleichen Wert bei-

messe wie dem deutsch-französischen. Er äußert die Erwartung, daß de Gaulle sich dem langfristig nicht werde widersetzen können.

- 28 27./28.01. Deutsch-italienische Regierungsbesprechungen in Rom S. 140

Ministerpräsident Moro erklärt, die bisherige Politik in der Berlin- und Deutschland-Frage fortsetzen zu wollen und insbesondere das Recht auf Wiedervereinigung zu unterstützen. Bei der angestrebten europäischen politischen Union seien die Interessen Frankreichs und Großbritanniens gleichermaßen zu berücksichtigen. Der italienische Außenminister Saragat hebt die positive Einstellung zur geplanten MLF hervor. Bundeskanzler Erhard betont, daß ohne deutsch-französische Einigung ein europäischer Zusammenschluß nicht möglich sei. Er plädiert für eine Stärkung des gemeinsamen Markts und spricht sich dafür aus, das Problem der europäischen Einigung im Bewußtsein der Öffentlichkeit wachzuhalten. Angesichts des italienischen Handelsdefizits und der deutschen Überschüsse sei eine gleichförmige Entwicklung der europäischen Wirtschaft wesentlich.

- 29 28.01. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem italienischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Nenni in Rom S. 148

Erhard und Nenni erörtern Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik und Italiens. Nenni erklärt, die Bildung der gegenwärtigen Koalition sei eine Notwendigkeit gewesen, weil es „faschistische Reminiszenzen“ gebe und durch die erhebliche Zunahme kommunistischer Wähler eine politische Instabilität gedroht habe. Nenni zeigt sich davon überzeugt, daß es gelingen werde, die Kommunistische Partei zurückzudrängen. Er betont die Notwendigkeit, zu einem wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich der verschiedenen Regionen in Italien zu kommen. Erhard bekräftigt diesen Gedanken, warnt aber vor den Gefahren, die eine Politik der Verstaatlichung großer Industrie- und Dienstleistungsbereiche mit sich bringe. Abschließend wird die Frage der MLF erörtert. Nach Ansicht des Bundeskanzlers fällt Italien in diesem Zusammenhang eine Schlüsselstellung zu. Er warnt vor den Zielen, die Staatspräsident de Gaulle mit der Force de frappe verfolge; zugleich versichert er, daß Deutschland keine gemeinsame Hegemonie mit Frankreich erstrebe. Nenni weist darauf hin, daß die MLF zu einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen den USA und der UdSSR führen könne. Ohne eine Beteiligung Großbritanniens an der MLF sei in keinem Fall mit einer italienischen Zustimmung zu rechnen.

- 30** 28.01. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, S. 157
z. Z. Rom
- Carstens äußert Bedenken sowohl gegen den britischen als auch gegen den amerikanischen Vorschlag zur Errichtung von Bodenbeobachtungsposten. Er regt an, auf Alternativen hinzuwirken. Dem Abschluß einer Viermächte-Vereinbarung über ein solches System unter Einbeziehung des gesamten deutschen Territoriums müßte ein Fortschritt in der Wiedervereinigungsfrage gegenüberstehen. Anderenfalls seien nur bilaterale Verträge zu empfehlen, wobei das Gebiet der DDR auszusparen sei.
- 31** 30.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 158
- Carstens gibt die Erörterung im Bundesverteidigungsrat zum Thema Bodenbeobachtungsposten wieder. Bundesminister von Hassel sprach sich grundsätzlich gegen das Projekt aus, da keine militärische Notwendigkeit bestehe und die Moral der Truppe untergraben werde. Dem von Carstens vorgebrachten Gedanken, die Maßnahme zur Aktivierung der Wiedervereinigungspolitik zu nutzen, wurde von den Bundesministern Höcherl und Scheel gewisses Verständnis entgegengebracht, während sich Bundesminister Krone „völlig negativ“ äußerte.
- 32** 30.01. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem S. 160
ägyptischen Botschafter Sabri
- Carstens beklagt sich über die Aktivitäten des Generalkonsulats der DDR in Kairo, die zunehmend „hochpolitischer“ Natur seien. Hierauf deute schon die große Zahl der Beschäftigten im Generalkonsulat hin. Außerdem führe dessen Leiter ungerechtfertigterweise den Titel eines Botschafters. Sabri betont, daß die VAR keine diplomatischen Beziehungen zur DDR unterhalte. Deren Vertreter sei zwar vom ägyptischen Präsidenten empfangen worden und habe ein Schreiben des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht übergeben, jedoch sei dies „noch lange“ kein Beglaubigungsschreiben. Erst ein offizieller Besuch im Außenministerium könne den Eindruck diplomatischer Beziehungen rechtfertigen. Carstens legt daraufhin eine Pressemeldung vor, wonach ein solcher bereits Ende 1963 stattgefunden habe. Sabri entgegnet, daß der Leiter der Israel-Mission in der Bundesrepublik ebenfalls den Botschaftertitel trage; außerdem werde Shinnar im Auswärtigen Amt empfangen, obwohl keine diplomatischen Beziehungen zu Israel bestünden.
- 33** 31.01. Bundesminister Schröder und Bundesminister S. 166
Schmücker an Bundeskanzler Erhard
- Der Bundesminister des Auswärtigen und der Bundesminister für Wirtschaft schlagen die Einrichtung fester Organisationsformen für die Zusammenarbeit der Ressorts in europapoliti-

schen Fragen vor. Um bessere Verhandlungsergebnisse im EWG-Ministerrat zu erreichen, soll der deutschen Delegation ein ausreichender Ermessensspielraum eingeräumt werden.

- 34** 31.01. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** S. 168

Carstens unterrichtet über eine gemeinsame Demarche des britischen Botschafters und des amerikanischen Geschäftsträgers. Roberts und Hillenbrand trugen den Gedanken vor, aufgrund der krisenhaften Situation Truppenkontingente aus verschiedenen NATO-Staaten nach Zypern zu entsenden. Eine UNO-Intervention müsse vor allem wegen des daraus erwachsenden Einflusses der UdSSR abgelehnt werden. Carstens wies auf erhebliche Bedenken hin, deutsche Truppen auf Zypern einzusetzen. Roberts zeigte hierfür Verständnis, appellierte jedoch an die gemeinsame Verantwortung.

- 35** 01.02. **Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer** S. 170

Reinkemeyer informiert über ein Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten. Unter Hinweis auf die Passierschein-Regelung vom Dezember 1963 vertrat Lawrow die Meinung, die Haltung der Bundesregierung in der Berlin-Frage schwäche sich ab. Er äußerte Verständnis für mögliche Maßnahmen der DDR mit dem Zweck, die Einreise von Bürgern aus der Bundesrepublik zu erschweren. Reinkemeyer schließt aus den Äußerungen von Lawrow, daß bei neuen Passierschein-Gesprächen stärker auf die Glaubwürdigkeit der Deutschlandpolitik der Bundesregierung geachtet werden müsse.

- 36** 01.02. **Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Gesandten Lawrow** S. 173

Lawrow übermittelt einen Protest gegen die Herstellung von angeblich als Atomwaffenträger verwendbaren Raketen durch eine deutsche Firma. Unter dem Vorbehalt, daß die Bundesregierung zu einer Auskunft in dieser Angelegenheit nicht verpflichtet sei, stellt Carstens klar, daß es eine Produktion von Raketen zu militärischen Zwecken in der Bundesrepublik nicht gebe. Im folgenden entwickelt sich – in Anknüpfung an weitere Punkte der sowjetischen Erklärung – eine Diskussion über den Umfang und das Ziel der Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik, die angestrebte Beteiligung an der MLF, die Voraussetzungen für einen Friedensvertrag und die rechtlichen Folgen der bedingungslosen Kapitulation vom Mai 1945.

- 37** **02.02. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens** **S. 180**
- Carstens legt die Motive dar, die „nachdrücklich“ für eine Beteiligung der Bundesrepublik an einer Truppenstationierung auf Zypern sprechen. Er rechnet damit, daß das Bundeskabinett in diesem Sinne beschließen werde, wenn auch eine Entscheidung im Hinblick auf die in Griechenland „noch lebendige Erinnerung an den letzten Krieg“ besonders schwerfalle.
- 38** **06.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf** **S. 182**
- Krapf berichtet über den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten, die Zahl der Kernwaffenträger einzufrieren. Der Plan werde als Basis für weitere Abrüstungsmaßnahmen und somit als Chance zur Verminderung der Spannungen angesehen. Der Ministerialdirektor ist der Auffassung, daß im Fall einer amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung die Pläne für die MLF beeinträchtigt würden.
- 39** **10.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** **S. 186**
- Carstens hält eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter fest. McGhee regte eine Erklärung verschiedener NATO-Staaten an, daß sie weder nukleare Waffen herstellen noch nationale Kontrolle über sie erlangen wollten. Hierdurch könne man Vorschlägen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen zuvorkommen, die das MLF-Projekt gefährden könnten. Carstens wies darauf hin, daß die Bundesrepublik als einziger Staat der Welt auf die Herstellung atomarer Waffen verzichtet habe und sich erst nach einer Realisierung der MLF weiteren Bindungen unterwerfen könne.
- 40** **11.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen** **S. 188**
- Jansen stellt fest, Präsident Karume habe gegenüber Legationsrat Schoeller zugesichert, daß Sansibar keine diplomatischen Beziehungen zur DDR aufnehmen werde. Schoeller habe daraufhin einer Presseverlautbarung über die Anerkennung der neuen Regierung auf Sansibar durch die Bundesrepublik zugestimmt. Jansen empfiehlt, die bereits zuvor erfolgte Anerkennung der DDR durch Sansibar nicht überzubewerten. Langfristig sei allein entscheidend, daß Sansibar nur mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhalte.
- 41** **12.02. Staatssekretär Lahr an Bundesminister Dahlgrün** **S. 190**
- Lahr äußert Bedenken gegen die beabsichtigte Kürzung des Haushaltsansatzes für die militärische Ausrüstungshilfe. Dadurch werde die Durchführung laufender Projekte gefährdet.

Darüber hinaus hält er neue Vorhaben aus außenpolitischen Erwägungen für notwendig und verweist auf Tanganjika, Äthiopien und Mali.

- 42 12.02. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem S. 191
amerikanischen Botschafter McGhee

Erhard erwähnt den nicht mehr aktuellen Plan zur Stationierung einer Friedenstruppe aus NATO-Staaten auf Zypern und bekräftigt, daß sich die Bundesrepublik beteiligt hätte. Mit Blick auf den bevorstehenden Besuch bei Staatspräsident de Gaulle bezeichnet er den französischen Entschluß, diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufzunehmen, als ein „gefährliches Abenteuer“. Bei der Kredit- und Handelspolitik gegenüber Kuba und der UdSSR befürchtet der Bundeskanzler eine Aufweichung der französischen Haltung. Schwierigkeiten sieht er auch auf die Kennedy-Runde zukommen, was jedoch nicht allein Frankreich angelastet werden könne. Große Differenzen zwischen der deutschen und französischen Auffassung bestünden insbesondere bei der NATO-Politik und in der Frage der MLF. In diesem Zusammenhang erläutert Erhard, daß er bei seinem Besuch in Rom der italienischen Seite die Bedeutung der MLF als Instrument zur Abwehr einer französischen Hegemonie in Europa vor Augen geführt habe. Schließlich bemerkt Erhard zu den Gesprächen über eine neue Passierschein-Vereinbarung, daß die bisherige Regelung zu Schwierigkeiten geführt habe, da einigen Staaten die Politik der Nichtanerkennung gegenüber der DDR nicht mehr plausibel erscheine.

- 43 12.02. Staatssekretär Carstens an die Vertretung bei der S. 199
NATO in Paris

Carstens übermittelt eine Sprachregelung zur Frage der Errichtung von Bodenbeobachtungsposten. Den militärischen Nutzen halte die Bundesregierung nicht für erwiesen. Fraglich sei, ob ein solches System der aggressiven Politik der UdSSR und damit der eigentlichen Ursache der Gefährdung der europäischen Sicherheit entgegenwirken werde. So bestünden in Deutschland mit den alliierten Militärmissionen bereits Beobachtungseinrichtungen, die einen ausreichenden Schutz vor Überraschungsangriffen gewährleisten. Man sei allenfalls bereit, bei Verzicht auf westliche Beobachter in der DDR die Stationierung von drei bis vier Posten in Nordseehäfen der Bundesrepublik zu prüfen. Darüber hinaus sei es die Aufgabe der Verbündeten, bei weiteren Gesprächen mit der UdSSR auf Fortschritte in der Deutschland-Frage zu drängen.

- 44 14.02. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 203

Erhard berichtet über die amerikanischen Besorgnisse wegen der Entwicklung in der NATO und der Stagnation im europäischen Einigungsprozeß. Die Bundesrepublik bekenne sich zur NATO und zur Partnerschaft mit den USA. Das deutsch-französische Verhältnis dürfe hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Mit Blick auf die Haltung Großbritanniens wie auch Italiens und der Niederlande spricht sich der Bundeskanzler für ein vorsichtiges Vorgehen in der Frage der europäischen Einigung aus. De Gaulle respektiert die Sonderstellung der Bundesrepublik zu den USA. Angesichts der nicht klar definierten Politik der USA und auch Großbritanniens hält er eigene Initiativen Frankreichs – in Abstimmung mit der Bundesrepublik – für notwendig. Dabei wolle er das Bündnis nicht zerbrechen. Die Gegnerschaft zur UdSSR stehe im Vordergrund. Den europäischen Einigungsprozeß beurteilt der französische Staatspräsident skeptisch. Die Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich rechtfertigt er insbesondere mit deren Bedeutung im Hinblick auf die von ihm vorgeschlagene Neutralisierung Südostasiens. Einen militärischen Erfolg der USA in Vietnam hält er für unmöglich. Erhard warnt vor einer Stärkung Chinas, da eine Wiederannäherung an die UdSSR nicht auszuschließen sei.

- 45 14.02. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 216

Schröder nimmt zum Fall Argoud Stellung. Angesichts der offensichtlichen Verantwortung französischer Dienststellen für die Entführung aus der Bundesrepublik hält er die bisherigen Erklärungen nicht für ausreichend. Er schlägt vor, von französischer Seite ein Wort des Bedauerns auszusprechen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Als Couve de Murville entgegnet, Argoud habe eine zu große Aktionsfreiheit in der Bundesrepublik besessen, stellt Schröder Versäumnisse der deutschen Polizei in Abrede. Der Bundesminister hält es für notwendig, einen Schlußstrich unter die Angelegenheit zu ziehen, damit die deutsch-französischen Beziehungen keinen Schaden nähmen. Couve de Murville schließt daraufhin neue Überlegungen nicht aus. Zur Kreditpolitik gegenüber der UdSSR versichert er, Frankreich wolle an der bisherigen Praxis festhalten.

- 46 14.02. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 222
 französischen Außenminister Couve de Murville
 in Paris
- Couve de Murville bedauert einen Besuch französischer Parlamentarier in der DDR und sichert zu, solche Kontakte noch deutlicher als bisher öffentlich zu mißbilligen und stärker zu kontrollieren. Die Entscheidung Frankreichs, diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufzunehmen, lasse keine Analogie hinsichtlich des Verhaltens gegenüber der DDR zu. Dort sei die Lage völlig anders. Schröder hält die französische Formel einer Anerkennung der Realitäten in China mit Blick auf die Politik der Nichtanerkennung dennoch für gefährlich. Der französische Außenminister begründet, warum in der China-Frage weder die NATO-Partner noch die Bundesregierung konsultiert worden seien.
- 47 14.02. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Minister- S. 227
 präsident Pompidou in Paris
- Erhard legt der französischen Regierung nahe, die restriktive Kreditpolitik gegenüber dem Ostblock beizubehalten. Anderenfalls sei es schwer, die deutsche Industrie weiterhin zur Zurückhaltung zu bewegen. Pompidou erklärt, daß eine Änderung der französischen Kreditpolitik nicht vorgesehen sei. Mit Blick auf eine gemeinsame Haltung der EWG in der Kennedy-Runde mahnt der Bundeskanzler zu einer Politik der Stabilität in der Gemeinschaft mit dem Ziel, ein wirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen. Pompidou stimmt dem zu und weist auf den angelaufenen französischen Stabilitätsplan hin. Eine Harmonisierung der Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik der EWG-Staaten wird von beiden Gesprächspartnern als sinnvoll erachtet, jedoch werden Schwierigkeiten bei der Realisierung dieses Ziels in Rechnung gestellt. Pompidou zeigt sich besorgt über die zunehmenden amerikanischen Beteiligungen an europäischen Unternehmen. Als Gegenmaßnahme regt er den Zusammenschluß von Gesellschaften verschiedener EWG-Staaten an. Nach Auffassung von Erhard könnten die angestrebten Zollsenkungen im Rahmen der Kennedy-Runde den Zustrom amerikanischen Kapitals nach Europa eindämmen.
- 48 15.02. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 233
 französischen Außenminister Couve de Murville
 in Paris
- Schröder erläutert die Gründe für eine neue Initiative der Bundesregierung in der Deutschland-Frage und spricht sich gegen eine vorzeitige Veröffentlichung des Plans aus. Der Vorschlag einer Errichtung von Bodenbeobachtungsposten wird übereinstimmend negativ beurteilt. Schröder wendet sich vor allem

gegen den Gedanken, nur das deutsche Territorium als Kontrollgebiet vorzusehen. Nach einer Erörterung der jeweiligen Haltung in der Zypern-Krise wenden sich die Minister wirtschaftlichen Fragen und der Zukunft des Türkei-Konsortiums zu.

- 49 15.02. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 237

De Gaulle stimmt einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten prinzipiell zu. Der Bundeskanzler äußert im Zusammenhang mit dem „unangenehmen“ Fall Argoud die Erwartung, daß Frankreich mit einer Geste sein Bedauern über die Verletzung der deutschen Souveränität zum Ausdruck bringen werde. Unter Hinweis auf die damaligen ungehinderten Aktivitäten von Argoud in der Bundesrepublik hält de Gaulle das Verlangen nach einer Entschuldigung „für leicht übertrieben“. Man einigt sich auf einen Austausch von Schreiben, in dem beide Seiten ihr Bedauern zum Ausdruck bringen. Die Anregung des Bundeskanzlers zu einer deutsch-französischen Zusammenarbeit in Lateinamerika wird positiv aufgenommen. Der französische Staatspräsident hält es darüber hinaus für angebracht, auch in Afrika ein europäisches Eigengewicht verstärkt zur Geltung zu bringen.

- 50 15.02. Deutsch-französische Regierungsbesprechung in Paris S. 244

Beide Seiten räumen Schwierigkeiten bei der rüstungspolitischen Kooperation ein. Staatspräsident de Gaulle betont, daß ein Einsatz amerikanischer Atomwaffen zur Verteidigung Westeuropas ungewiß sei. Daher entwickle Frankreich eigene Atomwaffen, während die Bundesrepublik versuche, mittels der geplanten MLF Einfluß auf die Entscheidungen zu erlangen. Trotz dieser Diskrepanz hält er eine enge Zusammenarbeit zwischen den deutschen und den französischen Streitkräften für wichtig und bedauert die Schwierigkeiten hinsichtlich einer gemeinsamen Rüstung. Positiver beurteilt er dagegen die Zusammenarbeit auf dem logistischen Sektor. Bundeskanzler Erhard macht auf die Verpflichtung aufmerksam, mit Waffenkäufen in den USA einen Ausgleich für die amerikanischen Stationierungskosten zu schaffen. In wirtschaftspolitischer Hinsicht einigt man sich auf eine stärkere Abstimmung der konjunkturpolitischen Maßnahmen. Dem Beginn des Jugendaustauschs sieht man erwartungsvoll entgegen, und zum Thema Entwicklungshilfe weist Erhard auf die Absicht hin, die deutsche und französische Politik zu koordinieren. Beim Gedankenaustausch über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Informationswesens äußert die französische Seite die Hoffnung auf gemeinschaftliche Entwicklung eines Farbfernsehsystems.

- 51** 18.02. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 255

Der Bundeskanzler berichtet über seinen Besuch in Frankreich am 14./15. Februar. Er habe dargelegt, daß das MLF-Projekt zur Zeit der einzige Ansatzpunkt sei, um die USA an Europa zu binden. Trotz unterschiedlicher Auffassungen über die Rolle der NATO habe Staatspräsident de Gaulle erklärt, daß er loyal zum westlichen Bündnis stehe. Differenzen seien bei der Erörterung der weltpolitischen Fragen zutage getreten. Erhard weist auf die Absicht hin, die Entwicklungspolitik gegenüber Lateinamerika mit Frankreich abzustimmen. Auf die Frage nach der französischen Haltung zur Kennedy-Runde erklärt der Bundeskanzler, daß die inflationäre Entwicklung in Frankreich sich nachteilig auswirken könne. Insgesamt sei es ihm nicht gelungen, de Gaulle für eine straffere europäische Politik zu erwärmen. Während der französische Staatspräsident es vorziehe, auf eigene Faust Weltpolitik zu betreiben, sei er der Ansicht, daß dies zu einer Schwächung des Westens führen könne. McGhee betont, daß sich der Bundeskanzler in Paris „sehr geschickt“ verhalten habe. Als positiven Aspekt seines Besuchs stellt Erhard die französische Zusicherung heraus, der UdSSR weiterhin keine langfristigen Kredite einräumen zu wollen. Abschließend bittet er, Präsident Johnson die „unbedingte Treue“ der Bundesrepublik als Partner der USA zu versichern.

- 52** 19.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg S. 264

Meyer-Lindenberg nimmt zur Frage der Abgrenzung des deutschen Festlandsockels in der Nordsee gegenüber den Niederlanden Stellung. Bei den anstehenden Verhandlungen rechnet er mit Schwierigkeiten wegen des strittigen Grenzverlaufs in der Emsmündung und im Wattenmeer sowie wegen dort vermuteter Erdgasvorkommen. Nach einer deutsch-niederländischen Einigung sollten sich Verhandlungen mit Dänemark und Großbritannien anschließen.

- 53** 24.02. Ministerialdirektor Krapf an die Botschaft in Washington S. 266

Krapf wendet sich gegen die in der Washingtoner Botschaftergruppe vorgetragene amerikanische Auffassung, daß die Präsentation einer Deutschland-Initiative in der momentanen Phase relativer Entspannung unzweckmäßig sei. Eine solche Haltung laufe auf eine „Politik des Immobilismus“ in der Deutschland-Frage hinaus. Die Initiative der Bundesregierung sei dazu gedacht, den Willen der Westmächte zur Wiedervereinigung zu demonstrieren und den deutschlandpolitischen Aktivitäten des Ostblocks ein „dynamisches Element“ entgegenzustellen. Außerdem gelte es, den Wünschen der Öffentlichkeit in

der Bundesrepublik Rechnung zu tragen. Ob sich aufgrund der Initiative ein konstruktives Gespräch mit der sowjetischen Regierung ergebe, sei ungewiß.

- 54** 24.02. **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats** S. 269
I. Klasse Schirmer
- Der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika“ nimmt einen Antrag auf Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung für Mörsergranatzünder nach Israel zum Anlaß, an die Richtlinie des Auswärtigen Amts zu erinnern, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Daß die arabischen Staaten trotz diverser Presseberichte über Waffenlieferungen an Israel auf eine Polemik gegen die Bundesrepublik verzichtet hätten, führt Schirmer auf die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie zurück.
- 55** 25.02. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr** S. 272
- Lahr hält Äußerungen des Leiters der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium fest. Zu Gesprächen des französischen Finanzministers Giscard d'Estaing in Moskau führte Wormser aus, daß Frankreich von zwei zentralen sowjetischen Wünschen, nämlich nach längerfristigen Krediten und nach einem neuen Handelsabkommen, nur dem letzteren Wunsch nachzukommen gedenke. Dies wertet Lahr als politische „Gefälligkeit“, die kennzeichnend sei für das gegenwärtige sowjetisch-französische Verhältnis; wahrscheinlich versuche die UdSSR, Frankreich und Großbritannien zum Nachteil der Bundesrepublik handelspolitisch für sich zu gewinnen.
- 56** 27.02. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr** S. 274
- Lahr berichtet über den im Ministerrat der EWG vorgebrachten Vorschlag des italienischen Außenministers Saragat, die Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments zu verdoppeln sowie die Hälfte der Abgeordneten durch allgemeine und unmittelbare Wahl zu bestimmen. Dem habe der französische Außenminister Couve de Murville mit dem Hinweis widersprochen, daß für eine solche Maßnahme die Umsetzung der Römischen Verträge noch nicht weit genug fortgeschritten sei. Er, Lahr, habe in der Debatte ausgeführt, daß im Falle einer direkten Wahl das Parlament auch größere Befugnisse erhalten müsse.
- 57** 28.02. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** S. 276
- Carstens informiert über eine Besprechung mit den Botschaftern der drei Westmächte. Der Staatssekretär bat um eine zügige Behandlung der vorgeschlagenen Deutschland-Initiative in der Washingtoner Botschaftergruppe. McGhee, Roberts und

vom Dezember 1963 das Prinzip der Nichtanerkennung der DDR Schaden nehmen könne. Umstritten sei besonders der Einsatz von „Pankower Postbeamten“ in Berlin (West). Unter Abwägung der humanitären und politischen Argumente legt Krapf die Gründe dar, die gegen eine inhaltliche und formelle Wiederholung der Vereinbarung sprechen.

- 61** 03.03. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf** S. 295
- Krapf analysiert den Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, die Zahl der Atomwaffen in Mitteleuropa einzufrieren. Der Plan sei nicht ausgewogen, da er der westlichen Allianz militärische Nachteile bringe. Außerdem bestehe die Gefahr, daß man sich auf eine Diskussion über die MLF einlasse. Da es sich beim Gomulka-Plan um eine Maßnahme im Bereich der europäischen Sicherheit handele, müßten Fortschritte in der Deutschland-Frage damit verbunden sein. Insgesamt sieht der Ministerialdirektor „nur Nachteile und Risiken“.
- 62** 05.03. **Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Mirbach** S. 298
- Mirbach informiert über die wichtigsten Bestimmungen der Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien. Die Errichtung von Handelsvertretungen und ein langfristiges Warenabkommen seien in einem einzigen Vertrag geregelt. Es sei gelungen, eine Berlin-Klausel zu integrieren, allerdings sei die Existenz der Handelsvertretung an die Fortdauer des Warenabkommens gebunden. Konsularische Befugnisse für die Handelsvertretungen seien nicht Teil des Vertrags, könnten jedoch aufgrund einer internen Abmachung ausgeübt werden.
- 63** 06.03. **Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee** S. 300
- Erhard berichtet über den Besuch in den Niederlanden, den er positiv bewertet. Als Gründe für die aufgeschlossene Haltung der Niederlande und anderer europäischer Staaten gegenüber der MLF nennt der Bundeskanzler die Festigung der atlantischen Bindung, die Furcht vor einer Abhängigkeit von der französischen Force de frappe sowie mögliche, aber unbegründete Ängste vor einer eigenständigen Atombewaffnung der Bundesrepublik. Zum Stand der Passierschein-Gespräche betont Erhard, daß er weitere Entspannungsmaßnahmen im Ost-West-Verhältnis unterstützen wolle, ein Dialog mit dem „Sklavenhalter“ Ulbricht im Sinne eines „Wandels durch Annäherung“ jedoch nicht in Frage komme. Eine neue Passierschein-Vereinbarung dürfe deshalb nicht unter „politisch diffusen Bedingungen“ getroffen werden. McGhee erklärt, daß die Passierschein-Gespräche eine deutsche Angelegenheit seien, zeigt sich aber

besorgt über Differenzen zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin. Erhard erwidert, daß es „Unklarheit und Unsicherheit“ nur innerhalb der SPD gebe.

- 64** 06.03. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Regierenden Bürgermeister Brandt S. 305

Erhard bedauert, daß der Regierende Bürgermeister im Zusammenhang mit den Passierschein-Gesprächen der Bundesregierung Konzeptionslosigkeit vorgeworfen und ihre Verantwortung für die Berlin-Politik in Zweifel gezogen habe. Brandt weist darauf hin, daß bei den Gesprächen das einvernehmliche Handeln mit der Bundesregierung stets herausgestellt worden sei. Allerdings dürfe auch nicht der Eindruck entstehen, die Bundesregierung verhandele direkt mit den Behörden der DDR. Erhard möchte jedes Mißverständnis in bezug auf die sowjetische Drei-Staaten-Theorie vermieden wissen. Im Hinblick auf eine neue Passierschein-Vereinbarung wird vor allem das Problem einer Präsenz von Beamten der DDR in Berlin (West) erörtert. Der ebenfalls anwesende Bundesminister Schröder warnt davor, der DDR zu weit entgegenzukommen. Dies könne zu einer Gefährdung der Politik gegenüber den Ostblock-Staaten führen. Brandt spricht sich dafür aus, die sich aus dem Interzonenhandel ergebenden Möglichkeiten bei den Passierschein-Gesprächen stärker ins Spiel zu bringen.

- 65** 06.03. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem indischen Botschafter Menon S. 311

Schröder spricht den Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Leuschner, in Indien an und verweist auf den propagandistischen Wert für die DDR. Er bittet Menon, Indien möge sich dafür einsetzen, daß bei den anstehenden Zusammenkünften der blockfreien Staaten weder die Deutschland-Frage thematisiert noch in Resolutionen von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgegangen werde. Der Botschafter erwähnt schließlich den indischen Wunsch nach weiterer Finanzhilfe.

- 66** 06.03. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 315

Als Ursache der französisch-amerikanischen Spannungen führt Klaiber die Weigerung des französischen Staatspräsidenten an, den Führungsanspruch der USA anzuerkennen. Der amerikanische Widerspruch gegen den 1958 von de Gaulle vorgebrachten Vorschlag eines Dreier-Direktoriums habe zu einer „bedauerlichen“ Uneinigkeit in der westlichen Allianz geführt. De Gaulle habe sich veranlaßt gesehen, auf den Gebieten NATO, Atombewaffnung und Abrüstung sowie bei der Ost-West- und Südostasien-Politik eigene Wege zu gehen. Sein langfristiges Ziel sei es, aus einer Position der Stärke zu einem Ausgleich mit den

USA zu kommen. Falls dies nicht gelinge, strebe de Gaulle an, daß Frankreich als Führungsmacht in Europa mit der UdSSR zu einer Regelung der europäischen Fragen komme. Klaiber ist der Ansicht, daß die Bundesrepublik zwischen Frankreich und den USA vermitteln müsse, um den eigenen Interessen zum Durchbruch zu verhelfen.

- 67 09.03. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Erlander S. 324

Erhard erläutert seine Konzeption einer europäischen politischen Zusammenarbeit und informiert über die Haltung der westlichen Regierungschefs zu diesem Thema. Erlander betont, daß für Schweden die wirtschaftlichen Aspekte bei der europäischen Integration im Vordergrund stünden, und weist in diesem Zusammenhang auf die positive Entwicklung der EFTA hin. Der ebenfalls anwesende Bundesminister Schröder analysiert die sowjetische Deutschlandpolitik, berichtet über die Auswirkungen des Passierschein-Abkommens und faßt den Stand der Beziehungen zu den Ostblock-Staaten zusammen. Als sich der schwedische Außenminister Nilsson nach dem amerikanischen Vorschlag eines „Verzichts auf Atomwaffen“ erkundigt, antwortet Schröder, daß dieser Gedanke „allgemein auf keine Gegenliebe“ gestoßen sei.

- 68 11.03. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 332

Smirnow übermittelt eine Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow. Erhard erinnert an den wiederholt ausgesprochenen Verzicht der Bundesrepublik auf Gewaltanwendung und bringt den Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen zum Ausdruck. Er besteht aber auf dem Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung in der DDR. Positiv äußert er sich zum Gedanken einer weltweiten Entspannung, kritisiert aber die „haltlosen“ Behauptungen in der sowjetischen Presse, daß die Bundesrepublik „revanchistisch“ sei und den Weltfrieden bedrohe. Smirnow weist demgegenüber auf die „kolossalen“ Militärausgaben der Bundesrepublik hin und beanstandet die Produktion von Raketen. Außerdem strebe die Bundesrepublik die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 an. Nicht zuletzt stelle die Hallstein-Doktrin eine Bedrohung für zahlreiche Staaten dar. Erhard weist dies zurück und setzt sich für eine „gemäßere Sprache“ im Umgang miteinander ein.

deutsche Zurückhaltung als nicht stichhaltig zurück. Die israelische Regierung sei überzeugt, daß sich bei einem Botschafteraustausch die Reaktion der arabischen Staaten auf „papierene“ Proteste beschränken würde.

74 18.03. Bundesminister Schröder an den Abgeordneten Kopf S. 353

Schröder informiert den Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, daß nach Auskunft der Regierung von Paraguay der ehemalige Lagerarzt des Konzentrationslagers Auschwitz, Mengele, zwar 1959 eingebürgert worden, aber nicht auffindbar sei. Außerdem legt er die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung um eine Auslieferung von Mengele dar.

75 18.03. Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen S. 355

Die deutsche Delegation nennt als Motiv für die Deutschland-Initiative, durch eine geschlossene westliche Demonstration den sowjetischen Versuchen zur Aufwertung der DDR entgegenzutreten zu können. Der Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium unterstützt die Initiative, meldet aber im Detail Änderungswünsche an, insbesondere hinsichtlich des Problems der europäischen Sicherheit und der Erwähnung der Oder-Neiße-Linie. Das Gespräch wendet sich der Passierschein-Frage und dem Problem der Temporary Travel Documents zu, wobei eine liberalere Handhabung angestrebt werde, im Gegenzug jedoch die politische Tätigkeit von Reisenden aus der DDR untersagt werden soll. An einen Bericht von Lucet über den „unerwarteten Propagandabesuch“ des Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Podgornyj, in Paris schließt sich eine eingehende Erörterung der Beziehungen beider Seiten zu den Ostblock-Staaten an. Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, daß die französische Haltung gegenüber der UdSSR unverändert sei. Weitere Gesprächsthemen sind die französisch-chinesischen Beziehungen und die Frage verstärkter Konsultationen in Abrüstungsfragen.

76 20.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 366

Lahr wendet sich gegen den Vorschlag des Bundesministers Scheel, bei den Sonderzahlungen an Israel auf Geheimhaltung zu verzichten. Im Fall einer öffentlichen Bekanntgabe der Aktion „Geschäftsfreund“ befürchtet er einen „Sturm der Entrüstung“ im arabischen Raum. Die daraus resultierende Alternative, die Aktion zu stoppen oder den arabischen Staaten ein Mehrfaches an Geldern zur Verfügung zu stellen, hält er für untragbar.

- 77 23.03. Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf S. 367
- Krapf informiert über die Kampagne der jugoslawischen Regierung gegen die Bundesrepublik und ihr Werben für die „Anerkennung der Realität zweier deutscher Staaten“. Außerdem erhebe Jugoslawien den Vorwurf, die Bundesrepublik entziehe sich der Verpflichtung zur Wiedergutmachung. Der Forderung nach Wiedergutmachungsleistungen könne nicht entsprochen werden, weil Zahlungen an Jugoslawien den Eindruck hervorrufen könnten, daß die Bundesregierung aus der Anerkennung der DDR keine schwerwiegenden Konsequenzen ziehe. Krapf ist überzeugt, daß sich durch eine Wiedergutmachungsregelung kein Wohlverhalten der jugoslawischen Regierung in der Deutschland-Frage erkaufen lasse. Die Bundesregierung bemühe sich dennoch um eine Verbesserung des Verhältnisses und sei insbesondere zu Zugeständnissen auf wirtschaftlichem Gebiet bereit.
- 78 24.03. Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck S. 371
- Der Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge“ schlägt vor, in Moskau gleichzeitig mit der Ratifikationsurkunde zum Teststopp-Abkommen eine Berlin-Erklärung zu hinterlegen, so daß die UdSSR nur die Wahl habe, die gesamte Urkunde nicht entgegenzunehmen oder sie zu akzeptieren. Auf die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde solle eher verzichtet werden, als die Zurückweisung der Berlin-Erklärung hinzunehmen.
- 79 25.03. Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 374
- Knapstein erläutert die Bedeutung der MLF für die Politik der USA gegenüber Frankreich. Durch eine Beteiligung bisher nicht-nuklearer europäischer Staaten werde Staatspräsident de Gaulle das Argument aus der Hand genommen, Europa brauche eigene Atomwaffen. Die USA seien der Auffassung, daß die MLF einer zukünftigen hegemonialen Stellung Frankreichs entgegenwirken könne und ein „gewisses europäisches Sicherheitsbedürfnis“ besser erfüllen würde als die Force de frappe.
- 80 27.03. Bundesminister Schröder an Ministerialdirigent Mumm von Schwarzenstein, Warschau S. 375
- Schröder übermittelt dem Leiter der Handelsvertretung in Warschau eine Dienstinstruktion. Eine Aufwertung der Vertretung durch Übernahme quasi-diplomatischer Funktionen sei zu vermeiden, um den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik nicht in Frage zu stellen. Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen stehe insbesondere das Hindernis im Weg, daß Polen die

DDR anerkenne. Hinsichtlich des Problems der deutschen Ostgrenze sei zu verdeutlichen, daß nur ein wiedervereinigtes Deutschland hierüber verhandeln könne. Der Bundesminister befürwortet, das Verhältnis zu Polen schrittweise zu verbessern, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Kultur.

- 81** 31.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 378
- Lahr berichtet über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für Handelsfragen. Blumenthal bekräftigte die Absicht der USA, in der Kennedy-Runde den Wunsch nach einem niedrigen Getreidepreis in der EWG vorzutragen. Lahr sieht die Festsetzung eines gemeinsamen Getreidepreises innerhalb der EWG vor Beginn der Kennedy-Runde als dringlich an. Andernfalls könne die Bundesrepublik später unter Druck gezwungen sein, einen noch ungünstigeren Preis zu akzeptieren.
- 82** 31.03. Staatssekretär Carstens an Staatssekretär Westrick, Bundeskanzleramt S. 380
- Carstens berichtet, der amerikanische und der britische Botschafter hätten angebliche Äußerungen des Bundeskanzlers beanstandet, daß Berlin (West) ein Land der Bundesrepublik Deutschland sei. McGhee und Roberts hätten verdeutlicht, daß dies nicht dem Standpunkt ihrer Regierungen entspreche. Carstens empfiehlt, die These vom Bundesland Berlin in der Öffentlichkeit nicht allzu stark herauszustellen, und legt statt dessen „unanfechtbare“ und „weniger juristisch gefaßte“ Formulierungen nahe.
- 83** 01.04. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 382
- Carstens äußert sich mit Blick auf die bevorstehende Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo kritisch zu einer für Juni geplanten Zusammenkunft zwischen Bundeskanzler Erhard und dem israelischen Ministerpräsidenten. Er spricht sich dafür aus, das Treffen mit Eshkol auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.
- 84** 01.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S. 383
- Reinkemeyer analysiert die Bundeskanzler Erhard am 11. März 1964 übergebene Botschaft des Ministerpräsidenten Chruschtschow, die er als Beispiel für die Mehrgleisigkeit der sowjetischen Politik bezeichnet. Im Gegensatz zu den öffentlichen Stellungnahmen komme darin eine Bereitschaft zum Dialog zum Ausdruck, wenn auch ein Entgegenkommen in den wesentlichen Fragen der Deutschland- und Berlinpolitik nicht erkennbar sei. Positive Ansatzpunkte gebe es vielleicht auf wirt-

scher Experten in der VAR einzuschränken, drängte Shinnar auf eine Novellierung des Paßgesetzes. Lahr mahnte israelische Zurückhaltung in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik an, insbesondere um keine arabischen Hinweise auf „gewisse deutsche Hilfsmaßnahmen“ für Israel zu provozieren; überhaupt müsse die Initiative zu gegebener Zeit von deutscher Seite ausgehen.

- 89** 10.04. Botschafter von Etzdorf, London, an Bundesminister Schröder S. 399

Etzdorf berichtet von einer Unterredung mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium. Lord Hood äußerte sich besorgt über die unkooperative Haltung Frankreichs innerhalb der WEU. Er betonte, daß Großbritannien an einer aktiven Rolle der WEU interessiert sei, und unterbreitete den Gedanken einer Zusammenarbeit der kooperationswilligen Regierungen ohne Frankreich. Etzdorf wies demgegenüber auf die engen deutsch-französischen Beziehungen hin und bat Hood, zunächst von konkreten Schritten abzusehen.

- 90** 10.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 402

Jansen äußert sich zu grundlegenden Aufgaben und Problemen der EWG. An den Anfang stellt er die weitere Abstimmung der Partner über die laufenden Verhandlungen im Rahmen der Kennedy-Runde und die Intensivierung der Außenbeziehungen der Gemeinschaft, insbesondere zu Großbritannien. Im Innenbereich der EWG stelle sich die Frage eines weiteren Zollabbaus sowie der Fortentwicklung der Wirtschaftsunion etwa durch Maßnahmen zur Harmonisierung der konjunkturellen Abläufe oder zur Angleichung der Steuersysteme. Auf landwirtschaftlichem Gebiet müsse das Problem des gemeinsamen Getreidepreises gelöst werden. Nicht zuletzt sei anzustreben, durch die Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften sowie durch eine Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments auf institutionellem Gebiet zu Fortschritten zu gelangen.

- 91** 10.04. Aufzeichnung der Politischen Abteilung II S. 405

Die vom NATO-Rat gefaßten Beschlüsse zur Ausgabe von Temporary Travel Documents werden erläutert. Wegen sich wiederholender Härtefälle, zunehmender Kritik in der Öffentlichkeit und Einwänden führender internationaler Organisationen an den als diskriminierend empfundenen Bestimmungen der TTD-Sperre seien entsprechende Modifizierungen auf Wunsch der Mehrzahl der Verbündeten festgelegt worden. In der Bundesrepublik seien diese Lockerungen zum Teil beanstandet worden.

Dabei werde übersehen, daß sich die Bundesregierung im Gegenzug mit einigen Staaten auf verschärfte politische Restriktionen gegenüber der DDR verständigt habe.

- 92** 10.04. Aufzeichnung des Referats II 1 S. 408

Referat II 1 trägt Grundüberlegungen zur Passierschein-Frage vor. Die humanitäre Zielsetzung müsse im Mittelpunkt der Gespräche mit der DDR stehen. Ein Dauerkontakt zwischen Berlin (West) und der DDR sei zu vermeiden, um der „Gewöhnungspolitik“ der östlichen Seite zu begegnen. Insgesamt solle man sich darum bemühen, die Initiative an sich zu ziehen. Die Bundesregierung solle konstruktive Vorschläge zur Lösung der Passierschein-Frage bereithalten, um so auch den Senat von Berlin „vom guten Willen“ zu überzeugen.

- 93** 10.04. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 411

Erhard schließt ein Treffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten nicht aus. Er hofft, daß so „die Mauer um Chruschtschow“ auch einmal durchlässig werde. McGhee sieht in einer solchen Zusammenkunft einen Beitrag zur Entspannung. Auf den Besuch von Staatspräsident de Gaulle in Mexiko bzw. dessen geplante Reise nach Südamerika angesprochen, erklärt der Botschafter, die USA würden es begrüßen, wenn die europäischen Staaten dort in multilateraler Form Hilfe leisteten. Negativ für die amerikanische Politik beurteilt er dagegen die französischen Pläne für eine Neutralisierung Südasiens sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China. Zu den von Erhard vorgetragenen Überlegungen, Präsident Nasser in die Bundesrepublik einzuladen, stellt McGhee fest, daß die Bindung der VAR an das westliche Lager dadurch verstärkt werden könne. Abschließend spricht der Botschafter das Interesse amerikanischer Firmen an, sich an der Erschließung der Ölvorkommen vor der deutschen Küste zu beteiligen.

- 94** 11.04. Staatssekretär Lahr an Botschafter Allardt, Madrid S. 418

Lahr nimmt zu dem von spanischer Seite erneut vorgetragenen Wunsch nach einer Assoziierung mit der EWG Stellung. Er unterstützt das Anliegen, weist jedoch auf die klar ablehnende Haltung anderer EWG-Partner hin. Als Kompromiß regt er ein „arrangement special“ mit Spanien nahe der Schwelle zur Assoziierung an und bittet Allardt um entsprechende Sondierungen in Madrid.

- 95** 14.04. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen** S. 420
- Jansen stellt die Argumente für und gegen eine Einladung des ägyptischen Präsidenten in die Bundesrepublik gegenüber und empfiehlt, von einem „Alleingang“ abzusehen; statt dessen sei es ratsam, mit einem oder mehreren Verbündeten gemeinsam eine Einladung an Nasser auszusprechen. Gegenüber Israel ließe sich ein solcher Schritt mit dem Hinweis begründen, sich für den Frieden im Nahen Osten engagieren zu wollen. Auch könne eine spätere Begegnung mit dem israelischen Ministerpräsidenten Eshkol ins Auge gefaßt werden.
- 96** 15.04. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf** S. 423
- Krapf weist darauf hin, daß am Rande der WEU-Ministerkonferenz vom 16./17. April der Interzonenhandel und damit die Frage der Lieferung von Stickstoff-Düngemitteln in die DDR angesprochen werden könnte. Nachdem erste Versuche der Bundesregierung, politische Gegenleistungen zu erhalten, fehlgeschlagen seien, sei beschlossen worden, zunächst nur den Bedarf für die Frühjahrsbestellung der Äcker zu liefern. Auf diese Weise bestehe im Herbst erneut die Möglichkeit, die Zustimmung zu neuen Lieferungen von gewissen Erleichterungen im Reise- und Transitverkehr abhängig zu machen.
- 97** 16.04. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr** S. 426
- Lahr berichtet von einem Gespräch mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium. Im Hinblick auf bevorstehende Reisen der Staatsoberhäupter beider Länder nach Südamerika äußerte Wormser den Gedanken einer deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der dortigen Entwicklungshilfe. Lahr verwies darauf, daß aus deutscher Sicht die bilaterale Form der Entwicklungshilfe vorzuziehen sei, schloß daneben aber multilaterale Projekte nicht aus.
- 98** 16.04. **Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter Finletter** S. 428
- Der NATO-Botschafter berichtet von der Absicht des amerikanischen Präsidenten, noch 1964 das geplante Abkommen über die MLF zu unterzeichnen. Johnson wolle unabhängig von dem Zögern mancher NATO-Staaten das Projekt gemeinsam mit der Bundesrepublik realisieren – in der Erwartung, daß sich weitere NATO-Staaten anschließen würden. Finletter teilt die Bedenken des Bundeskanzlers gegen einen deutsch-amerikanischen Alleingang bei der MLF, schließt aber nicht aus, sich zunächst nur auf ein bilaterales Abkommen zu beschränken. Unter Hinweis auf die vitalen Interessen der Bundesrepublik an der MLF bekräftigt Erhard den Willen, bis zum Jahresende zu einem Abschluß zu kommen.

- 99** 16.04. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler in Brüssel S. 430

Butler glaubt, daß die UdSSR auf der Genfer Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission wegen der anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA hinhaltend taktiere. Schröder informiert über die „theoretischen“ Überlegungen für eine Zusammenkunft des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten. Hinsichtlich der Deutschland-Initiative der Bundesregierung spricht er sich für eine gemeinsame Präsentation durch die Westmächte aus, rechnet aber nicht mit einer positiven sowjetischen Reaktion. Entscheidend sei, daß der Westen die Entschlossenheit zur Wahrung der deutschlandpolitischen Positionen gegenüber der Weltöffentlichkeit, der eigenen Bevölkerung sowie gegenüber der UdSSR demonstrieren. Mit Blick auf amerikanische Vorbehalte gegen den Plan betont Schröder, daß ein Alleingang der Bundesrepublik wenig Sinn habe; vielmehr könne sie sich am Prozeß der Entspannung nur beteiligen, wenn der Westen an seinen Grundpositionen in der Deutschland-Frage festhalte.

- 100** 17.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 437

Krapf berichtet über die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über den Austausch von Handelsvertretungen und betont, daß auf tschechoslowakischer Seite eher an die Aufnahme „voller“ Beziehungen gedacht werde. Die Errichtung von Handelsvertretungen könne jedoch als ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Normalisierung interpretiert werden. Die Einbeziehung von Berlin (West) in eine Vereinbarung sei aus der Sicht der Bundesregierung unabdingbare Voraussetzung.

- 101** 17.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 439

Krapf faßt den Stand der Arbeiten an der Deutschland-Initiative der Bundesregierung seit Anfang Januar 1964 zusammen. Als wesentlichen Aspekt des Vorschlags stellt er die Bildung eines Viermächte-Rats und die damit – im Vergleich zu bisherigen Plänen – verbundene Schwächung des konföderativen Elements heraus. Er legt die Kritikpunkte der Drei Mächte dar, insbesondere der USA, die die Initiative als „unrealistisch“ und als ein „Element der Beunruhigung“ in einer Zeit relativer Entspannung bezeichnet hätten. Inzwischen seien sich die drei Westmächte aber der Dringlichkeit des deutschen Anliegens bewußt geworden. Die Beratungen in der Washingtoner Botschaftergruppe gingen seit Ende März „flüssiger“ vonstatten. Krapf sieht eine Präsentation des Plans durch die Drei Mächte als optimal an. Bei einer Vorlage nur durch die Bundesrepublik sei deren überzeugende Unterstützung erforderlich.

-
- 102** 18.04. **Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Neef, Bundesministerium für Wirtschaft** S. 445
- Lahr bittet Neef, auf eine konziliante Haltung der deutschen Delegation bei der bevorstehenden Tagung der Internationalen Kaffeorganisation hinzuwirken. Angesichts zunehmender Schwierigkeiten in der Deutschland-Frage sei die Bundesrepublik gezwungen, außenpolitische Rücksichten zu nehmen. Dabei komme der Unterstützung durch die kaffeeproduzierenden lateinamerikanischen Staaten großes Gewicht zu, um eine internationale Aufwertung der DDR zu verhindern.
- 103** 21.04. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** S. 447
- Carstens faßt ein Gespräch zwischen Bundesminister Schröder und dem amerikanischen Botschafter zusammen. Schröder vertrat die Ansicht, daß die Drei Mächte der UdSSR die Deutschland-Initiative präsentieren müßten. McGhee bezweifelte, ob Frankreich hierzu bereit sei, weil es gemeinsame Gespräche mit der UdSSR ablehne. Abschließend bat der Botschafter zu prüfen, ob sich die Bundesregierung vielleicht öffentlich gegen den französischen Vorschlag einer Neutralisierung Vietnams aussprechen könne.
- 104** 21.04. **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath** S. 449
- Luedde-Neurath nimmt zu den Beratungen über das MLF-Projekt Stellung. Trotz Annäherung der Standpunkte sei die Kernfrage der politischen Kontrolle nach wie vor ungeklärt. Auch die finanziellen Aspekte und die Frage der inneren Struktur seien noch nicht eingehend erörtert worden. Italien wolle sich bezüglich einer Teilnahme an der MLF nicht festlegen, solange die britische Entscheidung noch ausstehe. Großbritannien stehe dem Projekt wie zu Beginn reserviert gegenüber bzw. ziehe die MLF durch neu eingebrachte Vorschläge grundsätzlich in Zweifel. Positiv sei dagegen die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit zu bewerten. Der nur der Bundesrepublik zur Kenntnis gegebene amerikanische Entwurf für einen MLF-Vertrag entspreche weitgehend den deutschen Vorstellungen – insbesondere hinsichtlich der Mechanismen für die politische Kontrolle. Präsident Johnson strebe eine baldige Vertragsunterzeichnung an, wobei ein zeitweiliger Alleingang der USA und der Bundesrepublik nicht ausgeschlossen werde. Luedde-Neurath empfiehlt, in enger Abstimmung mit den USA auf eine Ablehnung der britischen Vorschläge hinzuwirken und bald mit konkreten Verhandlungen zu beginnen. Um das multilaterale Konzept der MLF nicht zu gefährden, sei dabei allerdings die Beteiligung aller Beratungsteilnehmer wünschenswert.

- 105** 21.04. Botschafterkonferenz S. 457
- Botschafter Weber lenkt die Aufmerksamkeit auf bevorstehende Gipfelkonferenzen in der VAR und die zentrale Rolle des ägyptischen Präsidenten. Es gelte, negative Stellungnahmen zur Deutschland-Frage zu verhindern. Nasser werde jede Aufwertung der deutsch-israelischen Beziehungen mit „ernsten Gegenmaßnahmen“ beantworten, was zu einer grundsätzlichen Gefährdung der Hallstein-Doktrin führen könne. Bundesminister Schröder weist auf israelische Versuche hin, einen „Keil“ zwischen die Bundesrepublik und die arabischen Staaten zu treiben. Botschafter Freiherr von Braun berichtet über die Entwicklung innerhalb der UNO. Eine Zustimmung der UdSSR zu einem Aufnahmeantrag der Bundesrepublik sei vermutlich nur dann zu erreichen, wenn zugleich die Volksrepublik China Mitglied werden könne. Botschafter van Scherpenberg äußert sich zur Politik des Vatikan im Ost-West-Konflikt, wobei er – bei Fortbestehen einer anti-kommunistischen Grundhaltung – eine größere Flexibilität konstatiert. Bundesminister Schröder stellt die Bedeutung der Deutschland-Initiative der Bundesregierung heraus und plädiert dafür, keine Einbrüche hinsichtlich des Alleinvertretungsanspruchs zuzulassen. Er betont, daß eine Präsentation der Deutschland-Initiative durch die Westmächte angestrebt werden müsse. Überhaupt müßten Zugeständnisse der Bundesrepublik in Abrüstungsfragen mit Fortschritten in der Deutschland-Frage verbunden werden.
-
- 106** 21.04. Botschafterkonferenz S. 467
- Bei einer der Gesprächsrunden stehen die Rolle der USA im Ost-West-Konflikt sowie die Deutschland-Frage zur Diskussion. Die Teilnehmer konstatieren eine machtpolitische Zurückhaltung gegenüber der UdSSR, weil die USA auf eine evolutionäre Entwicklung im Ostblock hofften. Die Deutschland-Frage, so die übereinstimmende Meinung, sei für die amerikanische Außenpolitik zur Zeit nur ein Randproblem. Umstritten bleibt, ob die Bundesrepublik ihre Zustimmung zu globalen oder regionalen Entspannungsmaßnahmen von der Forderung nach Fortschritten in der Deutschland-Politik abhängig machen müsse. Erinnert wird in diesem Zusammenhang an das Teststopp-Abkommen vom August 1963, dem die Bundesrepublik beitreten mußte, um nicht isoliert zu werden.
-
- 107** 22.04. Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk S. 470
- Schröder äußert sich besorgt über die jugoslawische Kampagne gegen die Bundesrepublik, mit der einer Anerkennung zweier deutscher Staaten das Wort geredet werde. Er bittet deshalb, von amerikanischer Seite auf Jugoslawien einzuwirken. Eine Verbesserung des Verhältnisses sei wünschenswert, auch wenn

den Möglichkeiten der Bundesregierung aufgrund der 1957 erfolgten Anerkennung der DDR durch Jugoslawien Grenzen gesetzt seien. Daher könne die Bundesregierung nicht die umfangreichen finanziellen Forderungen Jugoslawiens erfüllen, sei aber bereit, auf wirtschaftlichem Gebiet Konzessionen zu machen. Allerdings obliege es zunächst der jugoslawischen Regierung, die „Kampagnen und Polemiken“ einzustellen.

- 108** 23.04. Botschafter Buch, Kopenhagen, an das Auswärtige Amt S. 475

Buch legt die Hintergründe für die Schwierigkeiten dar, bei der dänischen Regierung eine Erklärung zur Einbeziehung des unter sowjetischer Verwaltung stehenden Teils Ostpreußens in das dänisch-sowjetische Entschädigungsabkommen zu erwirken. Die Frage der deutschen Ostgrenzen werde in Dänemark als endgültig mit dem Potsdamer Abkommen vom August 1945 geregelt betrachtet. Bei allem Verständnis für den Friedensvertragsvorbehalt befürchte man deutsche Revisionswünsche.

- 109** 24.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gemünd S. 477

Der Leiter des Referats „Allgemeine handelspolitische Fragen“ schließt sowohl die für eine deutsch-französische Währungsunion notwendige Einigung über monetäre Ziele als auch einen Konsens über einheitliche Methoden der Geld- und Kreditpolitik nicht aus; er zweifelt aber an der bilateralen Bereitschaft, die gesamte Wirtschaftspolitik unter Verzicht auf souveräne Rechte tatsächlich eng zu koordinieren. Darüber hinaus würde eine Währungsunion der beiden Staaten einer intensiven Zusammenarbeit aller EWG-Staaten entgegenwirken und somit für die angestrebte Umwandlung der EWG von einer Zoll- zu einer Wirtschaftsunion hinderlich sein. Zudem stehe der deutsche Beitrag zur Überwindung der amerikanischen Zahlungsbilanzkrise in einem „gewissen Gegensatz“ zu dem Ziel der französischen Politik, Europa „vom Dollar zu emanzipieren“. Eine deutsch-französische Währungsunion würde die atlantische Partnerschaft daher nicht fördern.

- 110** 24.04. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Mitgliedern der EWG-Kommission in Brüssel S. 480

Präsident Hallstein unterrichtet über die Entwicklung innerhalb der EWG. Er spricht sich für eine Beschleunigung des Zollabbaus nach innen aus. Weiter macht er auf das Fehlen eines einheitlichen Getreidepreises sowie auf Defizite bei der Realisierung einer gemeinsamen Handels-, Verkehrs- und Steuerpolitik aufmerksam. Positive Ansätze sieht er im Bereich der Konjunkturpolitik. Erhard betont zunächst die Notwendigkeit einer

neuen Initiative zur politischen Einigung Europas. Zur Zeit fehle es der Gemeinschaft an den notwendigen Machtmitteln, ihre Erkenntnisse, etwa auf dem Gebiet der Konjunkturpolitik, durchzusetzen. Positiv äußert er sich zu möglichen Zollsenkungen, die auch nach außen zum Tragen kommen könnten. Er versichert, daß die Bundesregierung die Kennedy-Runde nicht an der Frage des Getreidepreises scheitern lassen werde. Vizepräsident Mansholt begrüßt diese Erklärung des Bundeskanzlers und äußert sich zu Stützungsmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft. Hallstein ist der Auffassung, daß mit der Vollendung der Wirtschaftsunion auch die Bereitschaft zur politischen Einigung wachsen werde.

- 111 25.04. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder, z. Z. Lima S. 485

Lilienfeld informiert über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister. Rusk erkundigte sich, ob sich die Bundesregierung überhaupt mit der UdSSR auf Verhandlungen über die Deutschland-Initiative einlassen wolle. Außerdem stellte er die Frage nach möglichen Konzessionen hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie, der europäischen Sicherheit sowie der Berlin-Frage. Er wies auf die Gefahr hin, daß bei der zu erwartenden negativen sowjetischen Reaktion in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könne, daß Aussichten auf eine Wiedervereinigung hoffnungslos seien.

- 112 25.04. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 487

Carstens informiert über den Besuch des Bundeskanzlers in Belgien. Beide Seiten gaben dem Wunsch nach einer Förderung der europäischen Einigung Ausdruck, stuften die Erfolgsaussichten jedoch als gering ein. Übereinstimmung herrschte in der Einschätzung des sowjetisch-chinesischen Konflikts und in der Sorge über die Haltung Frankreichs zur NATO. Die belgischen Gesprächspartner zeigten Verständnis für das deutsche Interesse an der MLF, erläuterten aber auch die eigene Zurückhaltung. Einigkeit bestand über die Ablehnung des Gomulka-Plans; ein Dialog hierüber wurde von belgischer Seite aber trotzdem befürwortet, um die polnischen Bestrebungen nach mehr Unabhängigkeit von der UdSSR zu unterstützen.

- 113 28.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs S. 491

Sachs berichtet von einem Gespräch mit dem französischen Botschafter. De Margerie legte dar, daß weder Großbritannien noch die USA bereit seien, die Deutschland-Initiative gemeinsam mit Frankreich und der Bundesrepublik zu präsentieren; die Kontroverse mit der UdSSR über Deutschland solle nicht neu belebt werden. Der amerikanische Außenminister Rusk habe die Frage

gestellt, ob der Zeitpunkt der Initiative klug gewählt sei, insbesondere, weil Bundeskanzler Erhard sich mit Ministerpräsident Chruschtschow treffen wolle. Da ein Konsens nicht erreichbar erscheine, sei es vernünftiger, der Initiative den Charakter eines deutschen Dokuments zu belassen, das von den Westmächten gutgeheißen werde.

114 **28.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf** **S. 493**

Krapf stellt fest, daß nur die USA, Kanada, Belgien und Luxemburg der Aufforderung der NATO-Ministerratstagung entsprochen hätten, die Höhe der jeweiligen Verteidigungshilfe für Griechenland mitzuteilen. Daher habe die Bundesregierung dem NATO-Generalsekretariat lediglich ihre grundsätzliche Hilfsbereitschaft bestätigt, ohne – wie ursprünglich vorgesehen – den eigenen Betrag in Höhe von 9 Millionen Dollar zu beziffern. Die vorgesehene Verteidigungshilfe müsse eine gemeinsame Aktion der Allianz darstellen, der sich auch Großbritannien und Frankreich nicht entziehen dürften; um deren angemessenen Beitrag werde sich die Bundesregierung bemühen.

115 **29.04. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** **S. 495**

Carstens gibt die Diskussion im Bundeskabinett zur Frage der Devisenhilfe für Großbritannien wieder. Während sich Bundeskanzler Erhard und Bundesminister von Hassel für erhebliche Kürzungen aussprachen, plädierte Carstens für einen höheren Betrag. Hassel wies dann auf die Gefahr entsprechender niederländischer und belgischer Ansprüche hin und machte auf die „riesigen“ Forderungen der USA aufmerksam, deren Nichterfüllung zum Abzug von amerikanischen Truppen führen werde.

116 **30.04. Staatssekretär Lahr, z. Z. Accra, an Bundesminister Schröder, z. Z. Santiago de Chile** **S. 497**

Lahr berichtet, daß er während seines Besuchs in Ghana Gespräche mit Staatspräsident Nkrumah und Außenminister Botsio geführt habe. Lahr legte die Ansichten der Bundesregierung zur Deutschland-Frage dar und erhielt die Zusage, daß Ghana sich nicht an neuen Aktionen zugunsten der DDR beteiligen und sich auf der geplanten Konferenz der blockfreien Staaten nach Möglichkeit gegen eine Thematisierung des Deutschland-Problems einsetzen werde. Der Außenminister bat schließlich wegen der angespannten Devisenlage um Kredite aus der Bundesrepublik und regte an, daß die Industriestaaten einen „Marshallplan“ für die Entwicklungsländer ausarbeiten sollten.

- 117 30.04. Botschafter Klaiber, Paris, an Staatssekretär Carstens S. 501
- Klaiber informiert über eine Unterredung mit dem französischen Außenminister. Der Botschafter hob hervor, daß die Zurückziehung der französischen Marineoffiziere aus den NATO-Stäben der angestrebten Integration der westlichen Verteidigung zuwiderlaufe. Couve de Murville versicherte, Frankreich werde sich im Ernstfall als loyaler Bündnispartner erweisen, und vertrat die Ansicht, daß mit weiteren, auf eine Distanzierung von der NATO zielenden Maßnahmen nicht zu rechnen sei. Klaiber betrachtet diese Aussage mit Skepsis, da Staatspräsident de Gaulle in militärischen Fragen offenbar ohne Abstimmung mit dem französischen Außenministerium handle.
- 118 01.05. Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtige Amt S. 503
- Schroeder informiert über ein Gespräch mit dem Präsidenten der Vereinigten Republik von Tansania und Sansibar, der gegenüber dem „Zonenvertreter“ auf Sansibar, Fritsch, eine Anerkennung der DDR ausgeschlossen habe. Nyerere bat, ihm für die „Gleichschaltung“ Sansibars ausreichend Zeit zu lassen. Schroeder empfiehlt, dieser Bitte nachzukommen, um vielleicht doch noch die Herabstufung der Botschaft der DDR auf Sansibar zu einer Handelskammervvertretung zu erreichen.
- 119 04.05. Ressortbesprechung im Bundesministerium der Verteidigung S. 504
- Die beteiligten Ressorts sind sich einig, den Devisenausgleich mit den USA fortzuführen. Der Vertreter des Bundeskanzleramtes, Bachmann, äußert sich zurückhaltend zu der Frage, ob die Bundesrepublik aufgrund einer prinzipiellen Absprache zwischen Präsident Johnson und Bundeskanzler Erhard zu einem vollen Ausgleich verpflichtet sei. Daß dieser nicht allein durch Rüstungskäufe sichergestellt werden könne, müsse in der neuen Vereinbarung mit den USA zum Ausdruck gebracht werden.
- 120 05.05. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington S. 507
- Carstens bittet, der amerikanischen Regierung die Bedenken gegen den Vorschlag des Präsidenten Johnson darzulegen, die Zahl der strategischen Atomwaffenträger einzufrieren. Der Plan festige zwar die Überlegenheit des Westens bei den strategischen Kernwaffen, sichere der UdSSR aber auf absehbare Zeit die Vorherrschaft im Bereich der Mittelstreckenwaffen. Der Staatssekretär hält es außerdem für notwendig, mögliche negative Rückwirkungen des Vorschlags auf das MLF-Projekt zu prüfen.

- 121** 06.05. **Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z.Z. Buenos Aires** S. 510
- Carstens unterrichtet Schröder über die Behandlung des Ratifizierungsgesetzes zum Teststopp-Abkommen vom August 1963 im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages. Im Vorfeld seien bereits Einwände des CSU-Vorsitzenden Strauß vorgebracht worden, der eine Aussprache über die außenpolitische Linie der Bundesregierung verlange. Weiterhin informiert der Staatssekretär über Besorgnisse des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Barzel, wegen der Haltung Großbritanniens und der USA zur Deutschland-Initiative.
- 122** 06.05. **Ministerialdirigent Stedtfeld, z.Z. Genf, an das Auswärtige Amt** S. 512
- Stedtfeld berichtet über die Tagung des Ausschusses für Handelsverhandlungen vom 4. bis 6. Mai 1964, die die Kennedy-Runde eröffnet habe. Die Grundsatzserklärungen der Minister seien entgegen der vielfach geäußerten Befürchtungen im Ton sehr zuversichtlich gewesen. Auf der Schlußsitzung habe der Ausschuß eine hypothetische 50%ige lineare Zollsenkung als Verhandlungsgrundlage bestätigt. Die Berücksichtigung der Handelsinteressen der Drittländer stelle das wichtigste Problem für die Lösung der Disparitätenfrage dar. Beim Komplex Landwirtschaft sei bislang noch keine Einigung über die Regeln und Methoden der Verhandlungen erzielt worden. In der Getreidepreisfrage müsse sich die EWG zur internen Preispolitik und zur Frage des freien „Zugangs zu den Märkten“ äußern. Allgemein werde das Interesse Polens an einer Teilnahme an der Kennedy-Runde begrüßt. Bundesminister Schmücker habe in einem Gespräch mit dem stellvertretenden polnischen Handelsminister Modrzewski den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen erörtert.
- 123** 08.05. **Bundeskanzler Erhard an Präsident Johnson** S. 514
- Der Bundeskanzler hebt hervor, daß sich hinsichtlich der Kennedy-Runde eine Annäherung der Standpunkte abzeichne. Von besonderer Dringlichkeit sei die Lösung der Zypern-Frage, um die Einheit der NATO nicht zu gefährden. Erhard sichert Unterstützung für die amerikanischen Bemühungen zu, die Republik Vietnam (Südvietnam) als „Bollwerk der freien Welt“ in Südostasien zu erhalten, und spricht sich gegen eine Neutralisierung Vietnams aus, die zu einer Machtübernahme der Kommunisten führen könne. Er hofft, eine gemeinsame Linie im Hinblick auf weitere Entspannungsmaßnahmen zu finden. In der Deutschland-Frage sei es notwendig, der UdSSR aktiv gegenüberzutreten. Erhard hat keinen Zweifel daran, daß die Besprechungen über einen Devisenausgleich mit den USA zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung führen werden.

- 124** 11.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern Rusk, Butler und Couve de Murville in Den Haag S. 519

Zur Deutschland-Initiative der Bundesregierung stellt Bundesminister Schröder fest, daß eine Präsentation durch die drei Westmächte von Vorteil sei, da hierdurch die moralische und politische Geschlossenheit des Westens gestärkt werde. Der amerikanische Außenminister sieht keine Verhandlungsbereitschaft auf seiten der UdSSR. Deshalb hält er eine deutschlandpolitische Erklärung der Drei Mächte für ausreichend, um die Position des Westens zu verdeutlichen. Weiterhin fragt Rusk, ob die Bundesregierung jeden Fortschritt in der Entspannungspolitik von Fortschritten in der Wiedervereinigungsfrage abhängig machen wolle. Er betont, daß der Westen nicht auf die in einem „Wiedervereinigungsgespräch“ mit der UdSSR zu erörternden sicherheitspolitischen und territorialen Aspekte vorbereitet sei. Mit Blick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA gibt er zu bedenken, daß die sowjetische Ablehnung eines Plans als Niederlage der amerikanischen Regierung angesehen werden könne. Der französische Außenminister Couve de Murville hebt hervor, daß eine Neutralisierung Deutschlands im Rahmen der Wiedervereinigung nicht akzeptabel wäre. Der Vorschlag des britischen Außenministers Butler, einen ständigen Viermächte-Rat zur Behandlung der Deutschland-Frage einzusetzen, soll geprüft werden.

- 125** 11.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Hardenberg S. 526

Hardenberg faßt Gespräche über den deutsch-amerikanischen Devisenausgleich für die Jahre 1965/66 zusammen, die anläßlich des Besuchs des amerikanischen Verteidigungsministers in Bonn geführt wurden. Bundesminister von Hassel plädierte für eine Reduzierung deutscher Rüstungskäufe in den USA von 1,4 auf 1,35 Milliarden Dollar. McNamara gab seine Zustimmung, erklärte jedoch, die Differenz durch Reduzierung von Kosten bei den amerikanischen Streitkräften in der Bundesrepublik einsparen zu wollen, ohne dadurch die militärische Schlagkraft zu beeinträchtigen; zu erwägen sei die Verlegung von amerikanischen Stäben.

- 126** 12.05. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Vertretern der Westmächte in Den Haag S. 528

Im Zusammenhang mit der Erörterung der weltpolitischen Lage, insbesondere des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses, trägt Carstens die Überlegung vor, mit der Volksrepublik China einen Handelsvertrag abzuschließen. Der amerikanische Sonderbotschafter Thompson bedauert diese Entwicklung, weil China eine „Belohnung für seine militante Gesinnung“ erhalte.

Zur Initiative des Westens in der Deutschland-Frage schlägt der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, vor, der sowjetischen Regierung zunächst den Aufbau einer entsprechenden „Maschinerie“ vorzuschlagen und sie damit zur Anerkennung der Viermächte-Verantwortung für Deutschland zu veranlassen. Thompson legt dar, daß die Bundesregierung bei Verhandlungen mit der UdSSR bereit sein müsse, einen Preis zu zahlen, möglicherweise im Bereich der Sicherheit und der Berlin-Frage. Staatssekretär Carstens führt aus, daß sich das Mandat eines Viermächte-Rats auf die Erarbeitung von Vorschlägen zur Wiedervereinigung beschränken solle; eine Wiederbelebung von Kontrollratsfunktionen komme nicht in Frage. Thompson plädiert dafür, der UdSSR zunächst von seiten der Bundesrepublik einen Plan zu unterbreiten.

- 127 13.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens, z.Z. Den Haag S. 533

Carstens skizziert den Verlauf der Sitzung des NATO-Ministerrats vom 13. Mai, bei der Kritik an der mangelnden Konsultation im Bündnis laut wurde. Mehrere Sprecher äußerten sich besorgt über die Fülle der Meinungsverschiedenheiten. Bundesminister Schröder sprach das Problem einer ausgewogenen Mitverantwortung aller Partner an. Weiterhin gelte es, die Rolle der nuklearen und nicht-nuklearen Mächte im Bündnis zu klären. Der amerikanische Außenminister Rusk plädierte für eine engere Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet. Der französische Außenminister Couve de Murville befürwortete eine Lockerung der militärischen Integration in Friedenszeiten und setzte sich für den Grundsatz der nationalen atomaren Verteidigung ein.

- 128 13.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 538

Lahr hält den Inhalt einer Kabinettsitzung über die Haushaltsvorlage des Bundesministeriums der Finanzen fest. Auf Kritik stießen dabei umfassende Etatkürzungen für 1965. Der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Hopf, wies darauf hin, daß die beabsichtigte Reduzierung des Verteidigungshaushalts das Ende der „Vorwärtsstrategie“ bedeuten würde. Lahr betonte, daß die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Ländern sowie die Betreuung der neuentstandenen Staaten eine Aufstockung des Personals des auswärtigen Amtes erfordere. Auch dürften die Mittel für die auswärtige Kulturpolitik nicht weiter reduziert werden.

- 133** 22.05. **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats
I. Klasse Lahn** S. 551
- Der Leiter des Referats „Abrüstung und Sicherheit“ informiert über ein Gespräch im französischen Außenministerium. Von französischer Seite wurde dargelegt, daß ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen unnötig sei. Der Plan des amerikanischen Präsidenten, die Zahl der strategischen Atomwaffenträger einzufrieren, wurde - ebenso wie der Vorschlag über Bodenbeobachtungsposten - übereinstimmend abgelehnt. Die Beteiligung der Bundesrepublik an der MLF bezeichneten die französischen Gesprächspartner als Fehler. So würde man „die Amerikaner niemals“ aus Europa herausbekommen.
- 134** 22.05. **Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem
amerikanischen Finanzminister Dillon** S. 555
- Der amerikanische Finanzminister gibt einen Überblick über die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft und der Zahlungsbilanz. Der Bundeskanzler versichert, daß die Bundesregierung bemüht sei, durch Rüstungskäufe in den USA deren Dollarausgaben in der Bundesrepublik zu decken. Ziel seiner Politik sei es, wie in den USA die Wirtschaft zu beleben und gleichzeitig die Stabilität zu wahren. Während dies in der Bundesrepublik weitgehend gelungen sei, habe man die Lage in der EWG nicht mehr unter Kontrolle. Als Beispiel verweist Erhard auf die Schwierigkeiten Italiens und kritisiert amerikanische Maßnahmen zur Stützung der Lira, die nicht mit Auflagen zur Stabilisierung verbunden worden seien. Dillon erklärt, daß es sich um eine kurzfristige Hilfsaktion gehandelt habe. Erhard zeigt sich besorgt über die Abhängigkeit der italienischen Regierung von der Haltung Großbritanniens. Es sei zu befürchten, daß eine britische Ablehnung der MLF zu einer „Kettenreaktion“ führen werde. Abschließend erörtern Erhard und Dillon Fragen des internationalen Währungssystems, insbesondere eine Erhöhung der Beiträge zum Internationalen Währungsfonds.
- 135** 22.05. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen** S. 562
- Jansen setzt sich mit der Frage einer Mitgliedschaft in der UNO auseinander. Er erwartet einen Prestigewachstum für die Bundesrepublik, die nicht nur eigene Interessen in der UNO selbst vertreten, sondern auch den Alleinvertretungsanspruch festigen könnte. Angesichts der Zusammensetzung des Sicherheitsrats sieht er aber kaum Chancen für ein erfolgreiches Beitritts-gesuch, das auch erhebliche Risiken für die Deutschland-Frage mit sich brächte. Dennoch tritt Jansen für Sondierungen ein, die sich auch auf den „Mindestpreis“ erstrecken sollten, den die UdSSR für einen Beitritt der Bundesrepublik fordern würde.

- 136 23.05. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem S. 566
amerikanischen Botschafter McGhee

McGhee stellt fest, daß nach dem Meinungs austausch über die Deutschland-Initiative in Den Haag nunmehr die Washingtoner Botschaftergruppe eine gemeinsame Grundlage erarbeiten sollte. Zum amerikanischen Wunsch nach deutscher Mitwirkung bei der Modernisierung der israelischen Armee erklärt der Bundeskanzler, daß eine Lieferung von Panzern wohl kaum in Frage kommen könne. McGhee spricht die Bitte aus, in dieser Frage keine Entscheidung vor dem anstehenden Besuch bei Präsident Johnson zu treffen. Dann erwähnt er, daß Johnson einen geheimgehaltenen sowjetischen Vorschlag zur Truppenreduzierung in Deutschland abgelehnt habe. Erhard äußert, daß im Falle eines Abzugs amerikanischer Streitkräfte aus Europa die Aufrechterhaltung eines Kräftegleichgewichts im Ernstfall nicht möglich sei.

- 137 25.05. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem S. 570
britischen Schatzkanzler Heath

Erhard und Heath erörtern den deutschen Vorschlag einer Zollsenkung als Vorleistung zur Kennedy-Runde sowie Möglichkeiten, die Inflation in einigen EWG-Ländern zu bekämpfen. Als schwierig wird vor allem die Lage in Italien angesehen. Der Bundeskanzler wendet sich gegen eine ständige finanzielle Unterstützung; entscheidend sei vielmehr, Italien zu einer anderen Politik zu zwingen. Zur Frage einer Beteiligung Großbritanniens am europäischen Einigungsprozeß führt Erhard aus, daß die Bundesrepublik weiter dafür eintrete, er jedoch das Gefühl habe, daß Großbritannien im Augenblick nicht auf dieses Problem angesprochen werden wolle. Mit Blick auf den Verlauf der UNO-Konferenz über Handel und Entwicklung bedauert Heath den mangelnden Zusammenhalt der westlichen Staaten. Es schein e, als gerieten die Entwicklungsländer immer stärker unter die Führung einer „extremen“ Gruppe von Staaten, vor allem der VAR. Während der britische Schatzkanzler ein stärkeres amerikanisches Engagement fordert, zeigt Erhard sich davon überzeugt, daß sich die USA der Bedeutung der Entwicklungshilfe bewußt seien; schließlich übten sie Druck auf die Bundesrepublik aus, auf diesem Gebiet mehr zu tun.

- 138 26.05. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 574

Carstens hält die Mitteilung des Bundesministers Krone fest, daß der stellvertretende israelische Verteidigungsminister Peres ihn gedrängt habe, die vereinbarten Panzerlieferungen an Israel durchzuführen. Krone habe den Eindruck, daß die Abwicklung über Italien erfolgen sollte. Carstens hält den Weg über ein drittes Land bei größter Sorgfalt für gangbar.

- 139** 26.05. **Staatssekretär Carstens an Botschafter Blankenhorn, Rom** S. 575
- Carstens stellt die Frage, ob Blankenhorn sich an eine Unterredung erinnere, die nach dem Amtsantritt des Ministerpräsidenten de Gaulle zwischen Vertretern des französischen Außenministeriums und dem damaligen Bundesminister der Verteidigung, Strauß, stattgefunden habe. In diesem Gespräch sei die Verwirklichung einer deutsch-französischen Zusammenarbeit auf atomarem Gebiet, zu der Frankreich noch Anfang 1958 bereit gewesen sein soll, auf unbestimmte Zeit verschoben worden.
- 140** 27.05. **Ministerialdirektor Krapf an die Vertretung bei der NATO in Paris** S. 576
- Krapf weist die Vorwürfe zurück, die die Tschechoslowakei in einer Note an die NATO-Staaten gegen die Bundesrepublik erhoben habe. Insbesondere habe die Bundesregierung keine territorialen Forderungen, so daß die tschechoslowakische Polemik gegen das Münchener Abkommen von 1938 gegenstandslos sei. Der Ministerialdirektor schlägt eine knappe Beantwortung der Note vor, wobei sich die NATO-Partner nicht auf einen Dialog über die MLF oder über eigene Rüstungsmaßnahmen einlassen dürften.
- 141** 27.05. **Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt** S. 580
- Klaiber berichtet von einer Unterredung mit dem französischen Staatspräsidenten. De Gaulle begrüßte die Bemühungen des Bundeskanzlers Erhard in der Europapolitik, zeigte sich allerdings skeptisch hinsichtlich einer neuen Initiative. Weiterhin setzte er sich für eine Reform der NATO ein, durch die die Gewichte zwischen den USA und den europäischen Partnern anders verteilt werden sollten. Mit Blick auf die bevorstehende Entsendung eines französischen Botschafters nach Peking sprach de Gaulle die Möglichkeit an, über die Volksrepublik China Einfluß auf den südostasiatischen Raum zu nehmen. Außerdem befürwortete er eine verstärkte deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Entwicklungshilfe für Lateinamerika.
- 142** 28.05. **Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wieck, Washington** S. 582
- Wieck erörtert das Problem einer Beteiligung an friedenssichernden Operationen der UNO. Zwar habe die Bundesrepublik erhebliche finanzielle Beiträge geleistet, sich bisher aber nicht zu einer Entsendung von Truppen entschließen können. Begründet worden sei dies mit der Unterstellung der deutschen Streitkräfte unter den NATO-Oberbefehl und fehlenden bzw. fraglichen rechtlichen Voraussetzungen. Wieck schlägt vor, mit

Zustimmung der NATO eine Einheit speziell für UNO-Einsätze auszubilden, den rechtlichen Rahmen zu schaffen und die Bereitschaft zu solchen Einsätzen unter sorgfältig festgelegten Bedingungen zu erklären.

- 143 30.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 585

Krapf referiert ein Gespräch zwischen Legationsrat I. Klasse Hansen und dem Geschäftsträger der Botschaft der Volksrepublik China in Bern über die Aufnahme amtlicher Kontakte. Tsui Chi-yuan legte dar, daß die chinesische Regierung eine Erweiterung des gegenseitigen Handels anstrebe und über ein Abkommen verhandeln wolle, das den Vereinbarungen der Bundesrepublik mit den Ostblock-Staaten ähnlich sei. Hansen betonte die Notwendigkeit, Berlin (West) in ein Abkommen einzubeziehen. Tsui Chi-yuan erklärte, China befürworte die Wiedervereinigung, doch müßten die beiden Teile Deutschlands hierüber verhandeln. Krapf schlägt vor, die USA über das Ergebnis der ersten Sondierung zu unterrichten und der chinesischen Botschaft in Bern die Bereitschaft zu weiteren Gesprächen über ein Handelsabkommen zu signalisieren.

- 144 01.06. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard S. 590

Schröder nimmt zu den Vorgängen auf der Welthandelskonferenz in Genf Stellung. Da es bei der dort zur Abstimmung stehenden Resolution über Hilfeleistungen an die Entwicklungsländer nicht um eine rechtliche Verpflichtung zu höheren finanziellen Leistungen gehe, sei ein von den übrigen Industrienationen abweichendes Abstimmungsverhalten der Bundesrepublik unverständlich. Ein solidarisches Verhalten hält der Bundesminister auch mit Blick auf die Entwicklungsländer für notwendig, die von entscheidender Bedeutung bei der Abwehr der Bemühungen der DDR um Mitwirkung in den Organisationen der UNO seien.

- 145 01.06. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 593

Carstens hält fest, daß das Prinzip der vollständigen Erstattung der durch die Stationierung von Truppen in der Bundesrepublik entstehenden Devisenausgaben, wie es zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung vereinbart wurde, nicht beibehalten werden könne, da die Handlungsfreiheit der Bundesregierung beeinträchtigt werde. Dies habe er Bundesminister von Hassel erklärt, der Ende Mai bereits mit entsprechenden britischen Forderungen konfrontiert worden sei.

-
- 146** 01.06. **Staatssekretär Carstens an die Vertretung bei der NATO in Paris** S. 593
- Carstens teilt mit, der britische Verteidigungsminister Thorneycroft habe gegenüber Bundesminister von Hassel erklärt, daß die MLF für Großbritannien in der gegenwärtigen Form nicht akzeptabel sei. Carstens hält seinerseits ein Eingehen auf die britischen Vorschläge vom April nicht für tragbar.
- 147** 01.06. **Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg** S. 594
- Meyer-Lindenberg beurteilt die Rechtswirksamkeit des Münchener Abkommens von 1938 über die Abtretung der Sudetengebiete. Er betont, die ursprüngliche Gültigkeit müsse aufgrund des Vertragsbruchs durch Hitler am 16. März 1939 als überholt angesehen werden. Es bestünden keine Bedenken, dies offiziell zu bestätigen. Er widerlegt Behauptungen in der öffentlichen Diskussion, daß eine Anerkennung der Ungültigkeit des Abkommens zu erheblichen Nachteilen führen würde, insbesondere hinsichtlich der vermögensrechtlichen Ansprüche der Sudetendeutschen gegenüber der Tschechoslowakei und hinsichtlich der Familienzusammenführung.
- 148** 04.06. **Vermerk des Staatssekretärs Carstens** S. 599
- Carstens skizziert ein Gespräch mit dem CDU-Abgeordneten Blumenfeld über dessen Besuch in Warschau. Blumenfeld äußerte, er sei auf große Zurückhaltung gestoßen, habe aber die Möglichkeit einer Assoziation zwischen Polen und der EWG angedeutet. Carstens bezeichnete diesen Gedanken als unrealistisch und befürwortete statt dessen eine Ausweitung des Handels zwischen der EWG und Polen.
- 149** 04.06. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf** S. 600
- Krapf erläutert die wichtigsten Argumente für die Ausstattung des Befehlsbereichs von SACEUR mit Medium Range Ballistic Missiles. Der Ministerialdirektor verweist auf die Überlegenheit der UdSSR auf dem Gebiet von Mittelstreckenraketen und stellt fest, daß SACEUR die Notwendigkeit zur Ausfüllung dieser Lücke in der westlichen Abschreckung immer wieder betont habe. Zwar erfülle die MLF teilweise die MRBM-Anforderungen, doch sei eine Mischung see- und landgestützter Raketen anzustreben. Die von den Militärbehörden der NATO vorgebrachten Argumente für die MRBM erschienen einleuchtend, während eine Realisierung des amerikanischen „Einfrier-Vorschlags“ möglicherweise eine Gefährdung der Sicherheit Europas zur Folge haben würde.

legt Schröder dar, daß bei einer Preissenkung die Landwirtschaft in der Bundesrepublik „praktisch“ verloren gehe. Zur Politik gegenüber den beiden chinesischen Staaten wird ausgeführt, daß die Republik China (Taiwan) einerseits die Beziehungen zu Frankreich abgebrochen, andererseits einen Antrag auf Akkreditierung eines Vertreters bei der EWG gestellt habe. Letzteres wird von Schröder befürwortet. Abschließend kommen die Bemühungen um eine neue Initiative in der Deutschland-Frage zur Sprache; der Vorlage eines Plans durch die drei Westmächte steht Couve de Murville eher skeptisch gegenüber.

- 154 08.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville S. 615

Hauptthemen sind Lateinamerika, Spanien und Südostasien. Schröder und Couve de Murville stimmen überein, daß europäische Hilfe für Lateinamerika vor allem im Bereich von Kultur und Bildung erforderlich ist. Darüber hinaus seien die Wirtschaftsbeziehungen zur EWG ausbaufähig. Beide sprechen sich für eine Unterstützung des spanischen Wunsches nach einer Anbindung an die EWG aus. Der französische Außenminister berichtet über eine Unterredung mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Er sei sich mit Ball einig darüber gewesen, daß die Republik Vietnam (Südvietnam) und Laos nicht kommunistisch werden dürften. Frankreich gehe davon aus, daß eine Befriedung nicht durch einen Krieg herbeizuführen sei. Besser sei es, in Verhandlungen mit der Volksrepublik Vietnam und der Volksrepublik China eine Neutralisierung des Gebiets anzustreben. Schröder äußert sich skeptisch zu einer Verhandlungslösung.

- 155 08.06. Sprechzettel für Botschafter Groepper, Moskau (Entwurf) S. 625

Zunächst wird der Wunsch des Bundeskanzlers herausgestellt, das Verhältnis zur UdSSR zu verbessern. Voraussetzung dafür sei, die unterschiedlichen Standpunkte kennenzulernen. Die Bundesregierung sehe die Spaltung Deutschlands als unnatürlich an und sei nicht bereit, auf dieser Grundlage über eine Friedensregelung zu sprechen. Ebenso seien Verhandlungen mit der DDR über die Wiedervereinigung nicht akzeptabel. Die Bundesregierung bestehe auf dem Prinzip der Selbstbestimmung. Der Bundeskanzler wolle aber den Sicherheitsbedürfnissen der UdSSR im Fall der Wiedervereinigung Rechnung tragen. Außerdem befürworte Erhard enge Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik unter Einschluß von Berlin (West). Der Bundeskanzler möchte die Fragen in einem persönlichen Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow in der Bundesrepublik erörtern.

- 156 08.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg S. 631

Meyer-Lindenberg informiert über den Stand der Beratungen über ein europäisches Patentrecht. Während die Niederlande und Belgien für ein abgewandeltes internationales Patent eintreten, das die Einbeziehung Großbritanniens erleichtern solle, befürwortete die Bundesregierung nach wie vor ein Patent der europäischen Gemeinschaft mit der Möglichkeit einer Assoziierung von Drittstaaten. Begründet wird dies mit einem geplanten eigenen Patentamt der Gemeinschaft und mit der französischen Ablehnung einer Beteiligung Großbritanniens.

- 157 10.06. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Pearson in Ottawa S. 633

Erhard plädiert für eine Reorganisation der NATO mit dem Ziel, die politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu festigen. Im Blick hat er dabei vor allem, den Handel der Bündnispartner mit der UdSSR einzuschränken. Pearson stimmt der Ausarbeitung von Grundzügen einer gemeinsamen Handelspolitik der NATO gegenüber dem Ostblock zu. Im Zuge der Entwicklung einer europäischen politischen Union hält der Bundeskanzler eine Erweiterung der EWG durch die EFTA-Staaten für wünschenswert. Pearson äußert den Wunsch nach einer gesicherten Preisgestaltung für den kanadischen Getreideabsatz in der EWG. Dafür will sich Erhard einsetzen. Pearson zeigt Verständnis für den deutschen Wunsch nach Verwirklichung der MLF, insbesondere um die desintegrierende Wirkung der Force de frappe aufzufangen. Er macht aber zugleich klar, daß Kanada sich nicht beteiligen werde. Der kanadische Ministerpräsident bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die Deutschland-Frage in den Entspannungsprozeß einbezogen sein müsse, und versichert, daß er den Anspruch auf Wiedervereinigung Deutschlands uneingeschränkt unterstützen werde.

- 158 11.06. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder, z.Z. Washington S. 639

Mit Blick auf den bevorstehenden Abschluß eines Freundschaftsvertrags zwischen der UdSSR und der DDR hält Groepper es für ratsam, nicht wegen des bereits von ihm erbetenen Gesprächstermins bei Ministerpräsident Chruschtschow zu insistieren. Es bestehe die Gefahr, daß die zu übermittelnde persönliche Botschaft des Bundeskanzlers als Reaktion auf den Vertrag aufgefaßt werde und damit an Eigengewicht verliere.

-
- 159 11.06. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit S. 640
 Generalsekretär U Thant, UNO, in New York
- Erhard und U Thant sind sich einig, daß die Deutschland-Frage nicht in die Zuständigkeit der UNO falle. Mit Blick auf das Zypern-Problem stellt der Bundeskanzler weitere finanzielle Hilfe zur Unterstützung der UNO-Mission in Aussicht. Anschließend erläutert U Thant seinen Vorschlag zur Schaffung einer ständigen Friedensstreitmacht der UNO. Kanada, die Niederlande und die skandinavischen Staaten hätten sich daran interessiert gezeigt. Zur Fortsetzung des Meinungsbildungsprozesses sei für den Herbst eine Konferenz jener Staaten geplant, die der UNO bereits einmal Streitkräfte zur Verfügung gestellt hätten.
- 160 12.06. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem ame- S. 643
 rikanischen Außenminister Rusk in Washington
- Erhard geht auf den am 12. Juni 1964 geschlossenen Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR ein, der das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den USA nicht erschüttern könne. Allerdings müsse danach gefragt werden, ob der Vertrag nicht als eine Folge der Entspannungspolitik anzusehen sei. Daher stellt der Bundeskanzler die Bedeutung einer Initiative in der Deutschland-Frage heraus. Rusk problematisiert den Begriff Entspannung und verweist auf die kritischen Situationen auf Kuba sowie in Südostasien, die kaum als Beleg für eine entspannte Lage dienen könnten. Er sieht kein Hindernis für eine Deutschland-Initiative, verlangt aber Einigkeit in der „Frage der Methode und der Mittel“. Zur Politik gegenüber der Volksrepublik China erklärt Erhard, daß keineswegs an eine diplomatische Anerkennung, sondern lediglich an eine Handelsvereinbarung gedacht werde. Abschließend macht der Bundeskanzler auf die starke und dem kommunistischen Einfluß entgegenarbeitende Position der Bundesrepublik in den arabischen Staaten aufmerksam, die den deutschen Möglichkeiten gegenüber Israel Grenzen setze.
- 161 12.06. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident S. 651
 Johnson in Washington
- Unter Hinweis auf den Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR setzt sich Erhard für eine weitere Prüfung der Frage der deutschen Wiedervereinigung ein, auch um „bedenklichen nationalen Strömungen“ Einhalt zu gebieten. Er macht deutlich, daß die Bundesregierung bereit sei, Israel durch die Lieferung von Panzern ohne Geschütze auf dem Umweg über Italien auch weiterhin militärische Hilfe zu leisten; durch ein solches Verfahren trete die Bundesrepublik vielleicht doch nicht unmittelbar in Erscheinung. Der Bundeskanzler bekräftigt, die amerikanische Politik gegenüber Kuba und das Engage-

gement in Südvietnam unterstützen zu wollen. Er sagt Johnson außerdem zu, mit den USA die geplante Ausweitung des Handels mit der Volksrepublik China abzustimmen. Der Präsident begrüßt diese Zusage und versichert seinerseits, alle Deutschland betreffenden Fragen mit der Bundesregierung zu koordinieren. Er zeigt sich trotz der menschlichen und materiellen Opfer entschlossen, die Vietnam-Politik fortzuführen. Allerdings sei hierbei auch die Hilfe anderer Staaten vonnöten. Auf die besorgte Nachfrage über die Erfüllung des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens entgegnet Erhard, daß die gesamten amerikanischen Ausgaben in der Bundesrepublik durch Rüstungskäufe kompensiert werden könnten. Beide Gesprächspartner geben ihrer Hoffnung über das Zustandekommen der MLF Ausdruck.

- 162** 13.06. Gespräch des Botschafters Groepper mit Ministerpräsident Chruschtschow in Moskau S. 659

Groepper unterbreitet dem sowjetischen Ministerpräsidenten den Vorschlag des Bundeskanzlers Erhard zu einem Besuch in der Bundesrepublik. Chruschtschow lehnt einen Meinungsaustausch nicht grundsätzlich ab, spricht sich aber gegen eine Erörterung der Frage der Wiedervereinigung aus. Eine diesbezügliche Verpflichtung der UdSSR als Siegermacht bestehe nicht. In diesem Punkt sei die DDR der Ansprechpartner für die Bundesrepublik. Außerdem bezieht der Ministerpräsident Stellung gegen den Vorschlag gesamtdeutscher Wahlen. Groepper verweist auf die Unterschiedlichkeit der Standpunkte, betont aber die Nützlichkeit von Gesprächen. Weiterhin hebt er den Willen der Bundesregierung hervor, die existierenden Probleme mit friedlichen Mitteln zu lösen, wendet sich aber dagegen, daß sein Auftrag im Zusammenhang mit dem Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR stehe bzw. der Bundesregierung als Wahlpropaganda diene. Der sowjetische Ministerpräsident bedankt sich für die Einladung und stellt eine Antwort in Aussicht.

- 163** 14.06. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder S. 667

Groepper hält es für bedenklich, gegenüber der Öffentlichkeit eine Einladung des Bundeskanzlers an den sowjetischen Ministerpräsidenten zu dementieren. Chruschtschow betrachte sich aufgrund der ihm übermittelten Botschaft von Erhard bereits als eingeladen. Der Botschafter ersucht um das Einverständnis, die Botschafter der drei Westmächte in Moskau über die Unterredung mit Chruschtschow zu informieren.

- 164** 14.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 669
- Jansen stellt fest, daß in allen beteiligten Ressorts Bedenken hinsichtlich jeder möglichen Form gesetzgeberischer Maßnahmen gegen die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie bestünden. Ein Rückrufgesetz stelle eine einseitige Diskriminierung eines befreundeten Staates und eine Gefährdung der außenpolitischen Interessen dar. Überdies erkläre sich die bisherige Zurückhaltung der arabischen Staaten hinsichtlich deutscher Waffenlieferungen an Israel dadurch, daß die Experten in der VAR arbeiten könnten.
- 165** 15.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Botschafter Roberts S. 671
- Schröder und Roberts stimmen darin überein, daß der Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR die Situation in Deutschland, vor allem in Berlin, nicht verändert habe. Schröder hält dennoch eine gemeinsame Erklärung der Westmächte, in der die Verantwortung der UdSSR für die Lösung des Deutschlandproblems herausgestellt werden müsse, für notwendig. Außerdem erinnert er an den britischen Vorschlag, ein Vier-Mächte-Gremium einzusetzen. Abschließend bekundet Roberts das Interesse an Fragen des europäischen Patentrechts und kündigt Vorschläge zur MLF an, durch die der Gang der Verhandlungen aber nicht verzögert werden solle.
- 166** 15.06. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington S. 674
- Carstens übermittelt den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der Drei Mächte und der Bundesrepublik Deutschland zum Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR. In der Erklärung werden die Verpflichtungen der UdSSR für Deutschland und Berlin als Gesamtheit herausgestellt, die Bindungen von Berlin (West) an die Bundesrepublik bekräftigt und der DDR staatliche Eigenschaften abgesprochen. Allein die Bundesrepublik sei berechtigt, in internationalen Angelegenheiten für Deutschland zu sprechen. Der gegenüber der Bundesregierung erhobene Vorwurf des „Revanchismus“ und „Militarismus“ wird zurückgewiesen und das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts hervorgehoben.
- 167** 15.06. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 677
- Knappstein berichtet über die Sitzung der Washingtoner Botschaftergruppe. Sie habe den Eindruck vermittelt, daß die Drei Mächte eine offizielle Erklärung zum Freundschaftsvertrag vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR für notwendig

erachteten. Von seiner Seite sei auf die Intention der Bundesregierung verwiesen worden, nicht nur auf den Vertrag abzuheben, sondern allgemein die Grundsätze der westlichen Wiedervereinigungspolitik öffentlich herauszustellen. Er habe dargelegt, daß damit weitere Initiativen in der Deutschland-Frage nicht ausgeschlossen werden sollten. Die Vertreter Frankreichs und der USA hätten dafür plädiert, die Erklärung nicht gemeinsam mit der Bundesrepublik abzugeben.

- 168 16.06. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 680

Klaiber informiert über ein Gespräch mit dem Referenten des französischen Staatspräsidenten für außenpolitische Fragen. De Saint-Legier führte das Scheitern der Deutschland-Initiative hauptsächlich auf amerikanische Obstruktion und die Entspannungspolitik zwischen den USA und der UdSSR zurück. Die Deutschland-Frage habe in den Überlegungen des amerikanischen Präsidenten keine Priorität. Zudem wolle Johnson in Zentraleuropa Zugeständnisse machen, ohne dafür sowjetische Gegenleistungen zu erhalten.

- 169 16.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit S. 682
Generalsekretär Khonti, SEATO

Khonti zeigt sich besorgt über die französischen Vorstellungen zur Neutralisierung Südostasiens. Schröder teilt die Auffassung, daß die von der Volksrepublik China ausgehende kommunistische Gefahr die Sicherheit der südostasiatischen Staaten bedrohe und der Status quo in dieser Region möglichst gewahrt bleiben sollte. Zur Lage Thailands bemerkt Khonti, daß der kommunistischen Infiltration bislang erfolgreich entgegenge wirkt werde. Jedoch dürften Laos und die Republik Vietnam (Südvietnam) nicht kommunistisch werden. Südvietnam bedarf nach Ansicht des Generalsekretärs nicht nur militärischer Hilfe, sondern auch der politischen und wirtschaftlichen Unterstützung der westlichen Welt.

- 170 16.06. Botschafter Knapstein, Washington, an das Aus- S. 684
wärtige Amt

Knapstein berichtet darüber, wie der Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR in der Washingtoner Botschaftergruppe bewertet worden sei. Die Vertreter der Drei Mächte stellten übereinstimmend fest, durch den Vertrag solle die Position der DDR gefestigt und damit die Forderung nach direkten Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterstützt werden. Der Status von Berlin werde nicht angetastet, so daß mit einer Krise gegenwärtig nicht gerechnet werden müsse. Allerdings verzichte die UdSSR nicht auf die Option eines separaten Friedensvertrags. Knapstein vertrat

demgegenüber die Ansicht, die DDR solle durch den Vertrag den anderen Ostblock-Staaten gleichgestellt werden; auch lasse die Benutzung des Begriffs „Staatsgrenze der DDR“ neue Störungen im Berlin-Verkehr befürchten.

- 171** 18.06. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 688
- Unter Bezugnahme auf den Entschluß Ceylons, konsularische Beziehungen zur DDR aufzunehmen, begründet Carstens neue Maßnahmen zur Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik. Er sieht die Gefahr, daß die DDR zwar kein diplomatisches, dafür aber ein konsularisches Vertretungsnetz aufbaue. Um dies zu verhindern, solle künftig die Aufnahme amtlicher Kontakte dritter Staaten zur DDR mit einer Reduzierung der wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik beantwortet werden. Allerdings sei jeder Einzelfall zu prüfen. Den Einwand, die betroffenen Länder könnten noch stärker unter kommunistischen Einfluß geraten, hält Carstens mit Blick auf die beschränkten Mittel des Ostblocks für Entwicklungshilfe für nicht überzeugend.
- 172** 18.06. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an Bundesminister Schröder S. 691
- Grewe informiert über die britische Forderung, in der MLF-Arbeitsgruppe die Einbeziehung nicht-seegestützter Waffensysteme zu erörtern. Die Reaktion der anderen beteiligten Staaten hierauf sei überwiegend negativ gewesen. Aufgrund des britischen Vorgehens seien die Beratungen über die MLF in eine „kritische Phase“ eingetreten. Der Botschafter empfiehlt, die neuen Überlegungen eindeutig zurückzuweisen; Großbritannien müsse von der Notwendigkeit überzeugt werden, sich an einer seegebundenen Streitmacht zu beteiligen.
- 173** 19.06. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 694
- Carstens informiert über seinen Besuch bei der Genfer Abrüstungskonferenz. Die Vertreter der Westmächte beurteilten die Chance auf den Abschluß eines weiteren Abkommens mit „vorsichtigem Optimismus“. In Gesprächen mit westlichen Delegierten habe er dargelegt, daß die Bundesregierung aus deutschlandpolitischen Gründen an Entspannung interessiert sei, eine mögliche Aufwertung der DDR durch Rüstungskontrollmaßnahmen aber verhindern wolle. Man sei sich darin einig gewesen, die Deutschland-Frage auf der Konferenz nicht unmittelbar anzusprechen. Carstens weist darauf hin, daß „bedenkliche“ Themen, wie die Errichtung von Bodenbeobachtungsposten und ein Nichtangriffsarrangement zwischen NATO und Warschauer Pakt, vorerst nicht erörtert werden sollen.

- 174** 22.06. **Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard** S. 697
- Schröder regt an, während des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten Schärf zu verdeutlichen, daß bei einer fortdauernden EFTA-Mitgliedschaft Österreichs die angestrebte und von der Bundesrepublik befürwortete Assoziierung mit der EWG nicht zu erreichen sei.
- 175** 22.06. **Bundesminister Schröder an den französischen Außenminister Couve de Murville** S. 698
- Um die Fertigstellung der Erklärung der Drei Mächte zum Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR zu beschleunigen, bittet Schröder um Zustimmung zu zwei noch umstrittenen Passagen im vorliegenden Entwurf. Darin solle zum Ausdruck gebracht werden, daß die Teilung Deutschlands eine fortdauernde Quelle internationaler Spannungen darstelle und die Westmächte bei einer Regelung der deutschen Frage den Wunsch hätten, Schritte zur Wiedervereinigung und zur Sicherheit in Europa zu verbinden.
- 176** 22.06. **Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow** S. 699
- Grund des Gesprächs ist das Problem der Repatriierung noch in der UdSSR lebender deutscher Staatsangehöriger. Carstens übergibt Listen mit Namen von 3000 ausreisewilligen Personen, um eine Überprüfung der einzelnen Fälle zu erleichtern. Weiterhin schlägt er vor, eine gemischte Expertengruppe einzusetzen. Smirnow läßt keinen Zweifel daran, daß das Aufgreifen der Repatriierungsproblematik geeignet sei, das Verhältnis der beiden Staaten zueinander zu belasten. In der UdSSR gebe es keine deutschen Staatsangehörigen mehr, lediglich deutsche Volkstumszugehörige. Daher sieht der Botschafter keinen Anlaß, die Listen zu überprüfen. Er räumt lediglich ein, jeder habe die Möglichkeit, einen Ausreiseantrag bei den sowjetischen Behörden zu stellen.
- 177** 22.06. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf** S. 707
- Krapf weist den tschechoslowakischen Vorschlag zurück, die vorgesehenen Handelsvertretungen in beiden Staaten mit konsularischen Befugnissen auszustatten. Dies erleichtere die Bemühungen der DDR, ihrerseits ein Netz konsularischer Vertretungen aufzubauen. Der Entwurf eines Abkommens über den Austausch von Handelsvertretungen, der der tschechoslowakischen Seite übergeben werden soll, sehe deshalb entsprechende Regelungen nicht vor. Eine mündliche Absprache über die Ausübung von Paß- und Sichtvermerksbefugnissen sowie über die Unterstützung in Not geratener Touristen schließt Krapf allerdings nicht aus. Auch die Förderung kultureller und wissen-

schaftlicher Beziehungen könne in den Aufgabenbereich der Handelsvertretungen aufgenommen werden, zumal sich hierdurch ein Ansatzpunkt für die Einbeziehung von Berlin (West) ergeben könne.

- 178** 28.06. **Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens** S. 709
- Carstens setzt die Botschaften in den EWG-Staaten über Erwägungen der Bundesregierung in Kenntnis, die Einrichtung einer Kommission vorzuschlagen, die in Wiederaufnahme der Arbeit des Fouchet-Ausschusses Möglichkeiten zur Intensivierung der politischen Zusammenarbeit untersuchen solle, und zwar auch mit Staaten außerhalb der EWG. Er bittet, die voraussichtliche Reaktion der Partnerstaaten zu sondieren.
- 179** 29.06. **Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker** S. 711
- Böker stellt fest, daß dem Grundsatz, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, die offensichtlichen deutsch-israelischen Rüstungsbeziehungen entgegenstünden und diese zunehmend zu Komplikationen führten. Er plädiert dafür, sich allmählich aus bereits eingegangenen Bindungen auf militärischem Gebiet wieder zu lösen. Weil sich dies als schwierig darstelle und eine einseitige Einschränkung der militärischen Zusammenarbeit politisch unmöglich sei, müsse allerdings eine „gewisse Gleichbehandlung“ Israels und der arabischen Staaten angestrebt werden. Es sei daher zu prüfen, ob Anträge arabischer Staaten auf Waffenlieferungen in Einzelfällen genehmigt werden könnten.
- 180** 03.07. **Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle** S. 713
- De Gaulle äußert sich skeptisch zur Anregung des Bundeskanzlers, eine gemeinsame Initiative für eine europäische politische Einigung vorzubereiten, da die übrigen EWG-Staaten aus Sorge vor einem deutsch-französischen Übergewicht desinteressiert seien. Hinsichtlich des bilateralen Verhältnisses sieht er wenig Entwicklungsmöglichkeiten, da die Bundesregierung nicht zwischen einer „den Vereinigten Staaten untergeordneten Politik“ und einer „wirklich europäischen Politik“ wählen wolle. Erhard betont die Bedeutung des amerikanischen Schutzes für die Bundesrepublik. Der französische Staatspräsident fordert eine stärkere Position der europäischen Staaten innerhalb der NATO und erklärt, der deutsch-französische Vertrag könne den Kern einer umfassenden europäischen Einigung bilden. Demgegenüber regt Erhard an, daß sich zunächst die Bundesrepublik und Frankreich bemühen sollten, „die Dinge mit denselben Augen zu sehen“, und nennt Beispiele mangelnder Konsultation. De Gaulle

erklärt, den Vorschlag einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung neuer europapolitischer Initiativen erwägen zu wollen.

- 181** 03.07. **Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville** S. 724

Der Bundesminister berichtet über den Besuch des Bundeskanzlers Erhard vom 9. bis 13. Juni 1964 in Ottawa und Washington. Er nimmt Stellung zu dem während der Reise bekanntgewordenen Freundschaftsvertrag vom 12. Juni zwischen der UdSSR und der DDR und würdigt die Erklärung der drei Westmächte vom 26. Juni. Schröder informiert ferner über die Sondierungen mit der Volksrepublik China, die lediglich einem Warenabkommen gälten, und über die Schwierigkeiten bei den Gesprächen mit der Tschechoslowakei hinsichtlich des Austauschs von Handelsvertretungen und der Behandlung des Münchener Abkommens von 1938, das für die Bundesregierung „in der Substanz ohne aktuelle Bedeutung“ sei. Couve de Murville erläutert die Haltung Jugoslawiens sowie Algeriens zur Deutschland-Frage und informiert über den Besuch des israelischen Ministerpräsidenten in Paris. Er teilt mit, Eshkol habe das Verhältnis zur Bundesrepublik nicht angesprochen. Schröder betont die mißliche Lage der Bundesregierung, trotz der beträchtlichen Hilfe an Israel den von dieser Seite immer wieder erhobenen öffentlichen Anklagen nicht entgegentreten zu können.

- 182** 03.07. **Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville** S. 735

Der französische Außenminister hält wegen der ablehnenden Haltung Italiens und der Niederlande eine neue Initiative zugunsten einer europäischen politischen Union für aussichtslos. Schröder gibt zu bedenken, ob nicht mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik eine gemeinsame Geste möglich sei, „die wenigstens den Anschein erwecke, daß etwas geschehe“. Abschließend erklärt Couve de Murville zur Zukunft der NATO, „Frankreich beabsichtige, sich aus der Integration herauszulösen und die Kommandogewalt selbst zu übernehmen“.

- 183** 03.07. **Deutsch-französische Regierungsbesprechung** S. 738

Bundeskanzler Erhard erklärt eingangs, daß er sich ein „machtvolles und kraftvolles Europa“ wünsche. Bundesminister Schröder hebt die Unterstützung der Deutschlandpolitik der Bundesregierung durch Frankreich und die Übereinstimmung in der Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten hervor. Staatspräsident de Gaulle legt seine Einschätzung des Freundschafts-

vertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vor dem Hintergrund der sowjetischen Osteuropapolitik dar. In Verteidigungsfragen zeigt sich Bundesminister von Hassel trotz Differenzen in der Haltung gegenüber der NATO zufrieden mit der Zusammenarbeit. Der französische Verteidigungsminister Messmer beurteilt dagegen die Rüstungskooperation kritisch. Die Wirtschaftsgespräche werden beiderseits als konstruktiv bewertet; anzustreben sei vor allem eine Verbesserung des gegenseitigen Handels. Einig ist man sich auch über die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Agrarpolitik.

- 184 03.07. Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle S. 749

Adenauer weist auf die fortbestehende Absicht der UdSSR hin, Westeuropa in ihren Einflußbereich einzubeziehen, und bezeichnet die sowjetische Entspannungspolitik als „puren Bluff“. Er erörtert Pläne für eine europapolitische Initiative und tritt dafür ein, neben den EWG-Staaten und Großbritannien auch Spanien, Portugal und die skandinavischen Staaten für eine Mitarbeit zu gewinnen. De Gaulle äußert sich skeptisch hinsichtlich der Haltung Großbritanniens. Er bezweifelt ferner die Bereitschaft der Bundesrepublik, eine Europapolitik ohne Rücksichten auf die USA zu verfolgen; zudem seien angesichts der Defizite in der deutsch-französischen Zusammenarbeit erst recht die Chancen einer breiteren Initiative gering. Adenauer bekräftigt den Wunsch, aus dem „Marasmus“ herauszukommen. Seinem Vorschlag, im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags eine Kommission zur Prüfung europapolitischer Fortschritte zu bilden, stimmt de Gaulle zu. Er spricht sich zudem für ein „progressives Hereinnehmen“ von Spanien und Portugal aus.

- 185 04.07. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville S. 755

Couve de Murville steht dem Vorschlag einer deutsch-französischen Initiative zugunsten einer europäischen politischen Union skeptisch gegenüber. Er hält eine Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit für das beste Mittel, um die EWG-Partner für eine breitere Kooperation zu gewinnen. Das eigentliche Problem sei die ungeklärte Stellung der Bundesrepublik zwischen Frankreich und den USA. Schröder entgegnet, daß sich die USA und Großbritannien stets für eine Wiedervereinigung Deutschlands engagiert hätten und ihre Truppen für die Verteidigung Europas unerlässlich seien; die Bundesrepublik fühle sich jedoch nicht als „Satellit“ der USA und sei auch „kein Befehlsempfänger“. Die Minister erörtern die unterschiedlichen Standpunkte hinsichtlich einer Intensivierung bzw. Rückbildung der Integration innerhalb der NATO. Couve de Murville betont abschlie-

Bend, daß das Engagement der USA in Europa nicht durch „Fügsamkeit“, sondern eher durch eigene Stärke zu sichern sei; es müsse ein Gegengewicht zur amerikanischen Politik geschaffen werden, die die Absicht einer Verständigung mit der UdSSR verfolge, „während noch ein Drittel Deutschlands unter sowjetischer Herrschaft“ stehe.

- 186 04.07. Gespräche des Staatssekretärs Carstens mit Staatspräsident de Gaulle und dem französischen Außenminister Couve de Murville S. 766

Die französischen Politiker befürworten eine von den USA unabhängige gemeinsame europäische Politik. Couve de Murville weist darauf hin, daß die amerikanischen außenpolitischen Positionen nicht immer im Einklang mit den deutschen Interessen stünden, und bedauert insbesondere, daß sich die Bundesregierung die amerikanischen Thesen in der Südostasien-Politik zu eigen gemacht habe. De Gaulle beklagt die fehlende Übereinstimmung auf dem Gebiet der Verteidigung. Er deutet an, daß die Bundesrepublik durch ein Zusammengehen mit Frankreich größeren Einfluß auf die atomare Strategie erhalten könne, als die USA im Rahmen der geplanten MLF je zugestehen würden.

- 187 04.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle S. 768

Erhard regt die Bildung einer Kommission an, die die Möglichkeiten einer politischen Einigung Europas prüfen solle. De Gaulle hält eine gemeinsame Politik Frankreichs und der Bundesrepublik, „die ihnen gehört und keiner anderen Politik untergeordnet ist“, für wichtiger, bezweifelt allerdings, daß die Bundesrepublik dazu bereit sei. Er zeigt Verständnis für die Rücksichtnahme auf das Ziel der Wiedervereinigung, betont jedoch, diese werde „auf gar keinen Fall mit der amerikanischen Politik“, sondern „nur durch eine europäische Politik“ zu erreichen sein. Erhard widerspricht der Annahme einer Abhängigkeit von den USA und wirft die Frage auf, ob die von Frankreich geforderte eigenständige Verteidigung Europas sich auf eine nur französische oder „eine echte europäische Nuklearmacht“ stützen könnte. De Gaulle erklärt, letzteres sei erst nach Bildung einer politischen Union denkbar, jedoch werde schon zuvor die Force de frappe „automatisch“ zur Verteidigung Europas eingesetzt werden. Erhard tritt „mit Blick auf die Ostvölker, die Hitler nicht vergessen hätten“, für eine Integration aller Streitkräfte der Bundesrepublik in die NATO ein. Er bevorzugt eine mit den USA abgestimmte Reform der NATO, bevor europäische Lösungen denkbar würden.

-
- 188 04.07. **Deutsch-französische Regierungsbesprechung** S. 777
- Bundesminister Scheel erläutert die Konsultationen über die gemeinsame Entwicklungshilfepolitik. Während er Besorgnis über die Zukunft des Türkei-Konsortiums äußert, zeigt sich der französische Kooperationsminister Triboulet zufrieden über die Zusammenarbeit in Afrika. Außenminister Couve de Murville wünscht eine bessere Koordinierung der Politik gegenüber Lateinamerika. Positiv gewürdigt werden die Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks, das wachsende Interesse am Sprachunterricht und die bilaterale Öffentlichkeitsarbeit. Staatspräsident de Gaulle resümiert als Besuchsergebnis, daß noch keine gemeinsame Politik gefunden sei, die er jedoch für zwingend halte. Er bekennt, „daß es für Frankreich heute keinen Staat auf der Welt gäbe“, mit dem es „mehr zu einer Zusammenarbeit bereit sei als mit dem heutigen Deutschland“.
- 189 06.07. **Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee** S. 787
- Der Bundeskanzler informiert über die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen. Er konstatiert starke Differenzen in der Europapolitik und betont, eine Option für Frankreich als Voraussetzung einer europäischen Einigung abgelehnt zu haben. Ferner sei keine Einigkeit über die Zukunft der NATO und die Möglichkeiten einer eigenständigen Verteidigung Europas erzielt worden, da Frankreich für einen Verlust des nuklearen Schutzes der USA keine hinreichende Kompensation biete. Dem französischen Staatspräsidenten schwebte eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik vor, mit der die anderen europäischen Staaten „auf die Knie gezwungen“ würden. Erhard resümiert, die Gesprächsergebnisse seien „sehr mager“ gewesen, weil de Gaulle klar zu erkennen gegeben habe, daß er keine weiteren Bemühungen um eine europäische politische Union zu unternehmen gedenke. Seine Befürchtung, de Gaulle könnte sich aus Enttäuschung den USA zuwenden, zerstreut McGhee mit dem Hinweis, „daß sich die Vereinigten Staaten niemals mit Frankreich auf Kosten der Bundesrepublik arrangieren würden“.
- 190 06.07. **Staatssekretär Carstens an Bundesminister Dahlgrün** S. 796
- Carstens berichtet von einer Unterredung mit dem britischen Botschafter Roberts, der um eine baldige Reaktion auf den jüngsten Entwurf eines neuen Devisenhilfe-Abkommens gebeten habe. Er selbst habe den Eindruck zu zerstreuen versucht, daß die Bundesregierung Frankreich und den USA weiter entgegenkomme als Großbritannien.

- 195** 13.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 811
- Der Bundeskanzler berichtet über seinen Besuch der CSU-Landesversammlung in München, auf der er die vordringliche Bedeutung der NATO und der geplanten MLF betont habe. McGhee erläutert den Vorschlag des Präsidenten Johnson, eine Konferenz der Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik über die Zukunft der NATO einzuberufen. Erhard drängt auf ein klares Plädoyer zugunsten weiterer Integration, denn dann „müßten auch die Franzosen Farbe bekennen“. Hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen bemerkt er, daß neue Vorschläge der Bundesregierung nur technische Fragen betreffen könnten. Das Ziel des Staatspräsidenten de Gaulle, „die Deutschen von Amerika zu lösen und in ihrer Politik unselbständig zu machen“, sei mit der deutsch-amerikanischen Freundschaft unvereinbar. Beide Gesprächspartner beurteilen die Vorstellungen des ehemaligen Bundeskanzlers kritisch. Der Botschafter berichtet, er habe Adenauer klar gemacht, daß eine europäische politische Union „Bestandteil der atlantischen Partnerschaft“ sein müsse.
- 196** 14.07. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 817
- McGhee erläutert amerikanische Besorgnisse über eine mögliche Diskriminierung der USA auf dem Agrarsektor durch neue Schutzmaßnahmen der EWG sowie über die griechischen und türkischen Truppenverstärkungen auf Zypern; er erinnert ferner an die Bitte um wirtschaftliche Hilfe für die Republik Vietnam (Südvietnam). Schröder bekennt, daß in der Europapolitik die Verwirrung „so komplett wie möglich“ sei. Frankreich halte nichts von weiteren Initiativen zugunsten einer europäischen politischen Union, strebe lediglich eine „sogenannte unabhängige Außenpolitik“ mit der Bundesrepublik an und könne dabei auf Unterstützung seitens der innenpolitischen Kritiker der Bundesregierung zählen. Daher seien die Chancen für neue europapolitische Vorschläge derzeit gering.
- 197** 14.07. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem belgischen Außenminister Spaak S. 822
- Die Gesprächspartner treten für neue Aktivität zugunsten einer europäischen politischen Union ein. Sie sind sich sowohl über die Schlüsselrolle Frankreichs und die in der deutsch-französischen Zusammenarbeit zutage getretenen Hindernisse als auch über die Gefahren eines neuerlichen Scheiterns im klaren. Angesichts der Differenzen über eine europäische Außen- und Verteidigungspolitik plädiert Schröder zunächst für institutionelle Maßnahmen. Spaak schlägt vor, die Bundesregierung möge eine entsprechende Initiative ergreifen, und sagt die Über-

mittlung eigener Anregungen zu. Er trägt den Gedanken vor, ein Abkommen vorläufig für eine dreijährige Probezeit zu schließen, um insbesondere die niederländischen und britischen Vorbehalte zu überwinden. Schröder betont die Notwendigkeit einer intensiven bilateralen Vorarbeit. Abschließend erklärt Spaak zum MLF-Projekt, daß er selbst es für gut halte, im Augenblick aber in Belgien keine Mehrheit dafür finden könne.

- 198 14.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem belgischen Außenminister Spaak S. 830

Der Bundeskanzler stellt heraus, daß die „Gaullisten“ in der Bundesrepublik „sehr lautstark“ seien, jedoch keine Resonanz hätten. Spaak erläutert seine Überlegung, einer politischen Einigung Europas durch ein provisorisches, auf drei Jahre befristetes Abkommen auf der Grundlage der Fouchet-Pläne von 1961/62 näherzukommen. Erhard bekräftigt seine Ablehnung der Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle, dem „an einer Europäischen Union letztlich gar nichts gelegen“ sei, und plädiert für eine Einbindung auch von nicht der EWG angehörenden Staaten, insbesondere Großbritanniens. Er informiert ferner darüber, daß de Gaulle die NATO in ein nichtintegriertes Bündnis zwischen den USA und Europa umwandeln wolle, ohne Ersatz für den Verlust des amerikanischen Nuklearschutzes zu bieten. Zudem rechne de Gaulle mit einem amerikanisch-sowjetischen Arrangement auf Kosten der Deutschland-Frage. Spaak bewertet diese Gedanken als „höchst gefährlich“ und hält eine europapolitische Initiative für um so dringlicher. Erhard resümiert, „die Politik de Gaulles sei für ihn völlig unmöglich“.

- 199 15.07. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem britischen Außenminister Butler in Paris S. 837

Der Staatssekretär informiert über den Besuch des belgischen Außenministers Spaak in Bonn. Er sagt zu, auf der kommenden Sitzung des WEU-Ministerrats der Bitte um Unterstützung einer niederländischen Initiative zur verbesserten Konsultation zu entsprechen. Hinsichtlich der geplanten MLF bekräftigt Carstens den Wunsch nach einem baldigen Vertragsabschluß, während Butler eine Entscheidung vor den Wahlen zum britischen Unterhaus ausschließt. Uneinigkeit besteht auch über die Konzeption des Projekts. Zur Frage der Devisenhilfe drückt Butler die Erwartung auf größeres Entgegenkommen der Bundesregierung aus. Er erklärt, während seines bevorstehenden Besuchs in der UdSSR die Deutschland-Frage ansprechen zu wollen. Im Freundschaftsvertrag vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR erkennt er einen Fortschritt insofern, als die Rechte der Drei Mächte in Berlin (West) nicht berührt worden seien; allerdings werde versucht, die Dreiteilung Deutschlands festzuschreiben.

- 200** 16.07. Bundeskanzler Erhard an Staatspräsident de Gaulle S. 843
- Erhard zeigt sich besorgt über Informationen, daß Frankreich der UdSSR entgegen bisherigen Vereinbarungen Kredite mit siebenjähriger Laufzeit einzuräumen plane. Er sieht darin den Beginn eines „höchst gefährlichen“ Wegs und bittet de Gaulle um persönliche Intervention.
- 201** 16.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 845
- Krapf analysiert die Grundlagen der Deutschlandpolitik. Als Zielsetzung bekräftigt er die Wiedervereinigung in Freiheit. Methodisch hält er jedoch angesichts des Eindrucks der „Stagnation“ eine Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen für geboten. Um einem Auseinanderleben der beiden Teile Deutschlands zu begegnen, plädiert er für eine „Auflockerung der Kontaktpolitik“. Entsprechende Möglichkeiten sieht er vor allem im Rahmen der Passierschein-Gespräche, deren Erfolg er durch ein Junktim mit dem Interzonenhandel zu sichern empfiehlt. Zur Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs wünscht Krapf eine Aktivierung der Deutschlandpolitik der drei Westmächte, einen flexibleren Einsatz der Entwicklungshilfe sowie die Organisation einer gezielten Besuchsdiplomatie, um „die Existenz und das Potential“ der Bundesrepublik im Ausland unmittelbar in Erinnerung zu rufen.
- 202** 17.07. Aufzeichnung der Politischen Abteilung II S. 856
- Die Aufzeichnung benennt Formen der Kontaktaufnahme zwischen der DDR und dritten Staaten und stellt einen Katalog von Reaktionsmöglichkeiten der Bundesregierung zusammen. Bislang seien Gegenmaßnahmen wie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen oder die Reduzierung von Entwicklungshilfe angewandt worden, die abschrecken oder vergelten sollten. Statt dessen wird angeregt, vorbeugende Maßnahmen zu entwickeln. Zu diesem Zweck müßten die Wirtschaftshilfe „entbürokratisiert“ und der Besuchs Austausch prominenter Persönlichkeiten besser geplant und genutzt werden.
- 203** 18.07. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Tokio S. 863
- Carstens berichtet, daß der japanische Botschafter Narita Bedenken gegen die Kontakte mit der Volksrepublik China vorgetragen habe. Er selbst habe daraufhin erläutert, daß die Sondierungen lediglich ein Warenabkommen unter Einbeziehung von Berlin (West) betreffen und ein erfolgreicher Abschluß trotz der gegenwärtigen Unterbrechung nicht ausgeschlossen werde.

Truppenstationierung in der Bundesrepublik verbundenen Devisenaufwands erfüllt würden. Da Großbritannien bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen ins Ausland unterrepräsentiert sei, empfiehlt er „eine straffere Planung nach außenpolitischen Kriterien“. Die Einkaufspolitik der Bundesrepublik solle auf die drei Westmächte konzentriert werden.

- 209** 27.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 879

Smirnow überbringt die „indirekt gehaltene“ Antwort des sowjetischen Ministerpräsidenten auf die Einladung des Bundeskanzlers. Erhard betont, eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik sei nur unter Berücksichtigung der Deutschland-Frage möglich. Wesentlich sei das Recht auf Selbstbestimmung; die Existenz zweier deutscher Staaten werde niemals anerkannt werden. Smirnow hebt hervor, daß nach Ansicht von Chruschtschow die Deutschland-Frage allenfalls multilateral gelöst werden könne. Der Ministerpräsident hoffe aber, „ein neues Blatt in der Geschichte beider Völker“ aufschlagen zu können.

- 210** 27.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 884

Carstens analysiert das deutsch-französische Verhältnis. Er faßt die während der Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli und auf der Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle am 23. Juli vorgetragenen französischen Positionen zusammen und erkennt dahinter die Zielsetzung, die Bundesrepublik aus den Bindungen an die USA zu lösen und näher an Frankreich heranzuziehen. Der Staatssekretär rät, die Haltung der Bundesregierung nach den eigenen Interessen – vor allem hinsichtlich der Wiedervereinigung – zu bestimmen. Er folgert, daß die von de Gaulle verlangte Option zugunsten Frankreichs nicht in Frage kommen könne, und hält daher eine weitere Verschlechterung der bilateralen Beziehungen für möglich. Zur Schadensbegrenzung empfiehlt er, die deutsch-französische Freundschaft auf möglichst breiter Basis zu stärken, die bisher unklaren französischen Äußerungen über eine deutsche Beteiligung an der Force de frappe auszuloten und die Bemühungen um eine politische Einigung Europas fortzusetzen.

- 211** 27.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 894

Für die Gesprächsführung des Bundeskanzlers mit dem Chefredakteur der Zeitung „Izvestija“, Adschubej, formuliert Carstens eine Stellungnahme zum Memorandum des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 27. Juli und schlägt vor, die Einladung an Chruschtschow zu einem Besuch in der Bundesrepublik zu erneuern.

- 212** 28.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Chefredakteur Adschubej S. 896
- Erhard und Adschubej erörtern die Deutschland-Frage sowie Möglichkeiten zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen. Der Bundeskanzler nennt als entscheidendes Hindernis die Nichtgewährung des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschen in der DDR. Demgegenüber betont Adschubej, die DDR sei ein souveräner Staat und müsse daher auch von der Bundesregierung als völkerrechtliche Tatsache akzeptiert werden; die Verweigerung direkter Kontakte werde die Lage in Mitteleuropa auf viele Jahre hinaus „einfrieren“. Darüber hinaus sei ihm unverständlich, daß die Bundesregierung Vorschläge für eine Föderation oder Konföderation, die von seiten der „ostdeutschen Freunde“ gemacht worden seien, ablehne. Erhard entgegnet, die UdSSR möge die DDR beeinflussen, daß sie die menschliche Begegnung der Deutschen erleichtern, grobe Verleumdungen unterlassen und die freie Meinungsäußerung nicht mit Strafen belegen solle. Er zeigt Bereitschaft zu Gesprächen über eine Intensivierung des Handelsverkehrs mit der UdSSR und bekräftigt die Einladung an Ministerpräsident Chruschtschow zu einem Besuch in der Bundesrepublik.
- 213** 29.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 904
- Carstens bewertet den vom Leiter des Planungsstabs, Müller-Roschach, erneuerten Vorschlag, gegenüber der UdSSR schon vor Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zum möglichen Inhalt eines Friedensvertrags Stellung zu nehmen, zurückhaltend. Er bezweifelt, daß die UdSSR durch ein solches Vorgehen zu einer Änderung ihrer Haltung in der Deutschland-Frage veranlaßt werden könnte.
- 214** 29.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer S. 906
- Der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika“ berichtet über ein Gespräch mit dem Botschaftsrat an der Israel-Mission. Um weiteren Angriffen in der israelischen Öffentlichkeit gegen die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie entgegenzutreten, empfahl Savir eine Erklärung der Bundesregierung „gegen jeden Versuch einer Vernichtung Israels“, damit könne unter Umständen das Problem der umstrittenen gesetzlichen Regelung aus der Welt geschafft werden. In der Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen lehnte er die Errichtung einer Abwicklungsstelle für Wiedergutmachungsfragen in Israel ab, weil jede Ersatzlösung von der israelischen Öffentlichkeit als Provokation aufgefaßt würde.

- 215** 31.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 908
- Lahr hält eine Unterredung mit dem SPD-Abgeordneten Wischnewski fest. Dieser bestätigte, in Algerien werde nicht gesehen, daß eine Anerkennung der DDR ein Veto der Bundesrepublik gegen die angestrebte Assoziierung mit der EWG zur Folge haben würde. Lahr bewertete wegen der „emotionalen Natur“ des algerischen Präsidenten eine Demarche als unzweckmäßig; statt dessen solle Ben Bella auf inoffiziellem Weg informiert werden.
- 216** 31.07. Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an das S. 911
Auswärtige Amt
- Harkort berichtet über die gemeinsame Tagung der Ministerräte von EWG und EAG. Für die Zahl der in eine vereinheitlichte Kommission zu entsendenden Vertreter wurde eine befristete Lösung gefunden. Ein Kompromiß hinsichtlich der Befugnisse des Europäischen Parlaments scheiterte an französischer Ablehnung. Offen blieb auch die Frage der örtlichen Unterbringung der Institutionen nach einer Fusion der Gemeinschaften.
- 217** 31.07. Botschafter Knappstein, Washington, an das Aus- S. 915
wärtige Amt
- Knappstein berichtet über die Resonanz auf die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 23. Juli. Präsident Johnson habe die Kritik an der amerikanischen Politik zurückgewiesen und betont, niemals sei ein europäischer Staat gezwungen worden, zwischen den USA und Europa zu wählen. Regierungsbeamte hätten die Reaktion der Bundesregierung auf die „Einmischung“ von de Gaulle in die innenpolitische Auseinandersetzung gewürdigt. In der Presse seien negative Kommentare abgegeben und die „zunehmende Isolierung Frankreichs“ hervorgehoben worden.
- 218** 01.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 917
- Jansen analysiert die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 23. Juli. Er kommt zu dem Schluß, daß die Bundesrepublik wegen ihrer politisch schwächeren Position in größerem Maße als Frankreich vom Erfolg des deutsch-französischen Vertrags abhängig sei und deshalb die Initiative für eine Fortsetzung der Annäherung ergreifen müsse. Eine Wahl zwischen Frankreich und den USA könne es zwar nicht geben; wenn aber de Gaulle, der bereits von den Resultaten des Vertrags enttäuscht sei, sich wieder stärker den USA oder Großbritannien zuwenden sollte, hätte die Bundesrepublik die Chance einer gleichberechtigten Partnerschaft mit Frankreich verspielt.

- 219** 03.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 926
Lahr schlägt vor, sich um eine Beteiligung von Firmen der Bundesrepublik beim Ausbau der chemischen Industrie in Rumänien zu bemühen. Er verweist auf das französische Vorbild und regt ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich an.
- 220** 04.08. Vortragsexposé des Bundesministers Schröder S. 927
Der Bundesminister bilanziert die Geschichte der NATO und nimmt zur aktuellen Lage Stellung. Positiv wertet er die gemeinsame Bewährung in der Ost-West-Politik, während er Differenzen über die Politik in Asien, Afrika und Lateinamerika einräumt. Besondere Spannungen konstatiert er hinsichtlich der inneren Struktur des Bündnisses, die er auf die „eigenwillige NATO-Politik“ des französischen Staatspräsidenten und die Sonderstellung der USA und Großbritanniens zurückführt. Zur Überwindung der Gegensätze und zur Durchsetzung der auf eine stärkere Integration und Gleichberechtigung gerichteten Interessen der Bundesrepublik hält es Schröder zunächst für wichtig, „Frankreich in einer Art Koexistenz mit der NATO zu halten“. Er tritt ferner für eine Verwirklichung der geplanten MLF ein und wirbt für eine pragmatische Fortentwicklung der Allianz.
- 221** 04.08. Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete S. 938
Ruete thematisiert das Problem des Beitritts der DDR zu möglichen neuen Abkommen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle. Da ein Ausschluß der DDR bei weltweit angelegten Vereinbarungen nicht durchsetzbar sei, solle zumindest auf die beim Teststopp-Abkommen vom August 1963 angewandte Konstruktion von drei Depositarmächten zurückgegriffen und die Beitrittsformel durch eine Nichtanerkennungsklausel ergänzt werden.
- 222** 05.08. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Paris S. 942
Carstens informiert über ein Gespräch mit dem französischen Gesandten. D'Aumale führte aus, daß sich die Haltung seiner Regierung zur Ostgrenze Deutschlands noch immer mit der Erklärung des Staatspräsidenten de Gaulle aus dem Jahr 1959 decke. Carstens bat, zu diesem Thema „unter keinen Umständen“ Stellung zu nehmen, um die künftige Position einer gesamtdeutschen Regierung nicht zu untergraben.
- 223** 05.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 943
Jansen gibt ein Gespräch mit dem italienischen Botschafter wieder. Guidotti zeigte sich überzeugt, daß Staatspräsident de Gaulle eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Force de

- 227** 10.08. **Gesandter Knoke, Paris, an Staatssekretär Carstens** S. 955
- Knoke mutmaßt, daß Staatspräsident de Gaulle nach dem Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer weitere Regierungschefs aus Ostblock-Staaten einladen könnte, um den nach seiner Ansicht vorhandenen Auflösungsprozeß im Warschauer Pakt zu fördern. Er nimmt an, daß die Weigerung, französische Truppenverbände als Ersatz für amerikanische Einheiten an die deutsch-tschechische Grenze zu verlegen, demselben Motiv entspringe.
- 228** 11.08. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** S. 957
- Carstens hält die Zustimmung des Bundesministers Schröder fest, daß Botschafter Schroeder die Regierung der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar „dringend bitten“ solle, die DDR-Vertretung in Sansibar zu isolieren und auf die Insel zu beschränken sowie eine Vertretung in Daressalam – insbesondere ein Generalkonsulat – zu verhindern. Er solle ferner über die geplante Entwicklungshilfe der Bundesrepublik informieren und auf ein baldiges Spitzengespräch drängen.
- 229** 12.08. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** S. 959
- Der Staatssekretär berichtet über ein Gespräch mit dem Apostolischen Nuntius über die Konkordatsverhandlungen mit dem Land Niedersachsen. Carstens äußerte Bedenken gegen eine geplante Vertragsformel, die von einer Anpassung der Konkordate mit Preußen vom Juli 1929 und mit dem Deutschen Reich vom Juli 1933 an die „veränderten Verhältnisse“ spreche. Er erläuterte, daß daraus „eine Beeinträchtigung der gesamtdeutschen Position“ zu erwachsen drohe, da auch Polen eine solche Anpassung verlangen könnte, und übergab Bafile einen alternativen Textvorschlag.
- 230** 13.08. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr** S. 962
- Lahr gibt eine Unterredung mit dem Leiter der Israel-Mission wieder. Er erläuterte Shinnar den Umfang der geplanten Finanzhilfe für Israel und äußerte Besorgnis über israelische Boykottmaßnahmen gegen die Firma AEG sowie über Äußerungen des Ministerpräsidenten Eshkol zur Oder-Neiße-Linie. Ferner beklagte er sich über die „maßlosen Angriffe“ wegen der in der VAR tätigen Rüstungsexperten, deren Zahl „ungeheuer übertrieben“ werde. Shinnar verwies darauf, daß das deutsch-israelische Verhältnis „nicht rein rational zu werten“ sei, versprach aber, sich um eine Zusage seiner Regierung zu bemühen, Einfluß auf die öffentliche Meinung zu nehmen.

Griechenlands, ihre Streitkräfte der NATO-Unterstellung zu entziehen. Sein Vorschlag, eine „ernste Botschaft“ an beide Staaten zu richten, wurde gebilligt. Übereinstimmung bestand ferner über die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und der UdSSR.

- 236** 20.08. Botschafter von Etdorf, London, an Staatssekretär Carstens S. 978

Etdorf berichtet von einem Gespräch des Leiters der Wirtschaftsabteilung der Botschaft, Berlet, mit Handelsrat Li Meng Hou über die Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China. Er konstatiert ein chinesisches Interesse an einer Fortsetzung der Kontakte und empfiehlt die Entsendung eines Bevollmächtigten nach London, falls konkrete Verhandlungen beabsichtigt seien.

- 237** 20.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt S. 979

Voigt berichtet über eine Demarche des portugiesischen Botschafters. Homem de Mello kritisierte die Ausrüstungshilfe der Bundesrepublik für die Vereinigte Republik von Tansania und Sansibar. Voigt entgegnete, daß die afrikanischen Staaten zur Sicherung des inneren Friedens und zum äußeren Schutz auf ein „gewisses militärisches Potential“ nicht verzichten könnten. Da die Unterstützung durch andere westliche Staaten problematisch sei, müsse die Bundesrepublik helfen, „wenn man das Feld nicht den kommunistischen Staaten überlassen wolle“.

- 238** 24.08. Generalkonsul Ruete an die Botschaft in Neu Delhi S. 982

Ruete legt dar, daß die geplante MLF dem Prinzip der Nichtverbreitung von Atomwaffen nicht widerspreche, da es sich um eine multilaterale Organisation handeln werde; außerdem schlossen die Modalitäten für einen Einsatz ihrer Waffen eine Verfügungsgewalt durch einen einzelnen Teilnehmerstaat aus. Ruete erläutert ferner, daß die MLF die Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen kompensieren könnte.

- 239** 27.08. Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete S. 984

Ruete gibt einen Überblick über Vorschläge zur Schaffung einer zentralen Kontaktstelle für die innerdeutschen Beziehungen. Unter außenpolitischem Blickwinkel sieht er Nachteile wegen der zu erwartenden Aufwertung der DDR; aus technischen Gründen erkennt er Vorteile, da eine Abstimmung der bislang unkoordinierten Aktivitäten der beteiligten Bundesministerien unerlässlich sei, um dem straff organisierten Handeln der DDR zu entsprechen. Daher müsse – wenn die Einrichtung einer zen-

tralen Kontaktstelle nicht möglich sein sollte – zumindest eine bessere Koordinierung innerhalb der Bundesregierung angestrebt werden.

- 240** 28.08. **Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete** S. 989
- Ruete bilanziert den Stand der Passierschein-Gespräche und stellt einen Vergleich mit der Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 an. Er konstatiert Verbesserungen hinsichtlich der humanitären Fragen, nicht jedoch hinsichtlich der politischen Implikationen, vor allem der Unterschriftenformel. Ruete empfiehlt, hier weiter auf ein „Minus“ zu drängen, „um den Eindruck eines Zurückweichens der Zone hervorzurufen“. Ferner müssten eventuelle Negativfolgen durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung und eine aktive Fortführung der Deutschlandpolitik aufgefangen werden. Es müsse herausgestellt werden, daß die „Kontaktherstellung (oder -hinnahme)“ Ausdruck eines politischen Selbstbewußtseins und nicht einer defensiven Grundhaltung sei.
- 241** 04.09. **Rundschreiben des Bundesministers Schröder** S. 993
- Angesichts der bevorstehenden Konferenzen der Arabischen Liga und der blockfreien Staaten sowie der für 1965 geplanten zweiten Bandung-Konferenz informiert Schröder die Mitglieder des Bundeskabinetts über die Bemühungen, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten. Er hebt dabei die Bedeutung der Entwicklungshilfe hervor und bittet um Unterstützung der Ressorts in den „besonders kritischen Ländern“.
- 242** 04.09. **Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens** S. 998
- Federer bestätigt, daß die DDR ihre Bemühungen um Anerkennung durch die VAR verstärkt habe. Die ägyptische Regierung stehe in dieser Frage unter sowjetischem Druck, betrachte sie aber auch als „Hebel“, um das Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel zu beeinflussen. Federer rät zu selbstbewußter Gelassenheit und einer Verstärkung des Kontakts mit Präsident Nasser, der zu einem Besuch in der Bundesrepublik eingeladen werden solle.
- 243** 08.09. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr** S. 1001
- Lahr gibt ein Gespräch mit dem Staatssekretär im jugoslawischen Außenministerium wieder. Nikesić führte aus, daß Jugoslawien nichts unternehmen werde, was eine internationale Aufwertung der DDR zur Folge haben könnte, und auch die Pressekampagne gegen die Bundesrepublik für beendet halte.

Festschreibung der deutschen Teilung erscheinen zu lassen. McGhee rät davon ab, in Moskau gleichzeitig mit der Ratifizierungsurkunde der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen eine Berlin-Erklärung hinterlegen zu wollen, da dann eine Zurückweisung durch die UdSSR drohe. Er plädiert für eine getrennte Übermittlung.

247 15.09. **Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen** S. 1017

Der Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, erklärt zum geplanten Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik, Frankreich habe keine Einwände und „keine Rapallo-Furcht“. Der Leiter der Europa-Abteilung, Puaux, teilt mit, daß unter den Ostblock-Staaten am ehesten Bulgarien zum Abschluß eines Abkommens mit der DDR nach dem Vorbild des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR bereit sei. Staatssekretär Carstens berichtet über den Austausch von Handelsvertretungen mit Ostblock-Staaten und erläutert, daß die Bundesregierung bei den Gesprächen mit der Tschechoslowakei die Frage der Gültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 nicht erörtern wolle, weil diese mit dem Abschluß eines Handelsabkommens in keinem „adäquaten Zusammenhang“ stehe. Übereinstimmung herrscht über die Problematik der Unterschriftenformel in einer neuen Passierschein-Vereinbarung mit der DDR und über die Wahrscheinlichkeit einer Verschärfung der sowjetisch-chinesischen Spannungen. Carstens informiert, daß die Sondierungen über ein Warenabkommen mit der Volksrepublik China wegen Indiskretionen der Presse behutsamer fortgesetzt würden.

248 15.09. **Gespräch des Bundesministers Schröder mit Abteilungsleiter Lucet, französisches Außenministerium** S. 1025

Schröder bedauert die Kommentierung der deutsch-französischen Beziehungen in der Presse und tritt dafür ein, jenseits der Öffentlichkeit „offen und illusionslos“ zu sprechen. Er zeigt sich erstaunt über die auf der Pressekonferenz vom 23. Juli abgegebene Stellungnahme des französischen Staatspräsidenten zur Frage der deutschen Grenzen und bittet um größere Zurückhaltung. Lucet führt die Aussage von de Gaulle auf in der Bundesrepublik geäußerte Vorstellungen zurück, die Grenzfrage „aufzurollen“; dies berühre die französische Politik, weil es zu Beunruhigung in den Ostblock-Staaten geführt habe. Lucet erläutert ferner die Enttäuschung über die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, die jedoch nicht vor eine Wahl zwischen Frankreich und den USA gestellt werden solle. Frankreich halte an den atlantischen Bindungen fest, glaube aber an die Notwendigkeit eines größeren europäischen Eigengewichts. Schröder bekräftigt

tigt auch seinerseits den Wunsch nach einem starken Europa; er habe ein persönliches Interesse daran, daß der deutsch-französische Vertrag ein Erfolg werde.

- 249** 15.09. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** S. 1032

Carstens hält eine Unterredung mit dem Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium fest. Beide Gesprächspartner bekundeten Enttäuschung über die bilateralen Beziehungen. Während Lucet die unbefriedigende Rüstungszusammenarbeit und die Unterstützung der Bundesregierung für die Vietnam-Politik der USA erwähnte, wies Carstens auf die französische Ablehnung eines britischen Beitritts zur EWG und des MLF-Projekts hin.

- 250** 17.09. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf** S. 1035

Krapf nimmt Stellung zu amerikanischen Einwänden gegen die von der Bundesregierung favorisierte Verbindung der Ratifizierungsurkunden zum Teststopp-Abkommen mit einer Erklärung über die Einbeziehung von Berlin (West). Während Großbritannien bis zuletzt Bedenken geäußert habe, hätten die USA nach längerer Zurückhaltung erst zum Zeitpunkt der Gegenzeichnung der vorgesehenen Urkunden durch Bundesminister Schröder ein Memorandum übergeben. Da dessen Argumentation jedoch weder neu noch überzeugend sei, empfiehlt Krapf, den bisherigen Standpunkt nicht aufzugeben und gegenüber der UdSSR aus taktischen Gründen den Urkundentext bis zum Hinterlegungstermin geheimzuhalten. Er betont, es müsse deutlich werden, daß die Bundesrepublik die Urkunden nur dann sowohl in Washington und London als auch in Moskau hinterlegen wolle, wenn eine Berlin-Klausel akzeptiert werde; demgegenüber spiele eine mögliche sowjetische Zurückweisung eine untergeordnete Rolle.

- 251** 19.09. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** S. 1040

Carstens gibt eine Unterredung mit dem Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Gumbel, über Schwierigkeiten beim Bau des deutsch-französischen Transportflugzeugs „Transall“ wieder. Er resümiert, das Projekt sei wegen der Reduzierung der französischen Beschaffungspläne und der weitgehenden Ablehnung einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik „für uns sehr unbefriedigend“.

- 252** 21.09. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 1041
- Carstens spricht den Giftgasanschlag auf Legationssekretär Schwirkmann in Sagorsk an und teilt mit, die Bundesregierung erwarte eine baldige Antwort auf ihren Protest. Eine von Smirnow verlesene Erklärung hält er für unzureichend. Der Botschafter bezeichnet den Vorfall als „sehr rätselhaft“ und drückt die Hoffnung aus, daß eine Belastung der bilateralen Beziehungen vermieden werden könne. Der Staatssekretär stimmt zu, betont jedoch, die Bundesregierung erwarte „eine voll befriedigende Erklärung der sowjetischen Seite“. Abschließend bittet er zu eruieren, ob als Termin für den geplanten Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik ein Datum im Januar 1965 denkbar sei.
- 253** 21.09. Botschafter von Keller, Genf (Internationale Organisationen), an das Auswärtige Amt S. 1045
- Keller äußert sich zur Diskussion über die Nichtverbreitung von Atomwaffen auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission. Er erläutert, daß der sowjetische Standpunkt dahin gehe, kein Nichtverbreitungsabkommen zu schließen, wenn die MLF verwirklicht werde. Demgegenüber betonten die USA, daß die MLF keine nationale Verfügungsgewalt dritter Staaten – auch nicht der Bundesrepublik – über Kernwaffen bewirke. Die blockfreien Staaten schließlich seien besonders am Zustandekommen eines Abkommens interessiert und wünschten daher, einen Verhandlungserfolg nicht durch das MLF-Projekt zu gefährden. Keller stellt abschließend fest, daß auf der kommenden UNO-Generalversammlung mit einer Resolution gegen die Weitergabe von Kernwaffen auch an multilaterale Einrichtungen gerechnet werden müsse. Er empfiehlt, geeignete Gegenmaßnahmen vorzubereiten.
- 254** 22.09. Memorandum des Botschafters Grewe, Paris (NATO) S. 1051
- Grewe bilanziert die Aussichten für das MLF-Projekt. Er hebt den Widerstand der UdSSR und die Möglichkeit nachteiliger UNO-Resolutionen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen hervor. Ferner weist er auf die britische Politik hin, die MLF durch Gegenvorschläge zu „denaturieren“, und erkennt Ansätze einer ablehnenden französischen Kampagne. Grewe faßt die nach seiner Ansicht „äußerst fatalen Folgen“ eines Scheiterns des Projekts für die Bundesrepublik zusammen und plädiert für eine möglichst rasche Verwirklichung, eventuell nur im Zusammenwirken mit den Niederlanden, Italien und den USA. Notfalls, so schließt der Botschafter, müsse ein Vertrag auch zunächst allein mit den USA abgeschlossen werden. Auch solle dieser möglichst

sicht genommen worden. Als „Schönheitsfehler“ bezeichnet Krapf die unverändert gebliebenen Unterschriftenformeln. Er weist jedoch darauf hin, es sei mit einer mündlichen Erklärung sichergestellt worden, daß Berlin (West) nicht als eigenständige staatliche Einheit erscheine.

- 259** 25.09 Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder S. 1072

Lilienfeld übermittelt Überlegungen des Sonderbotschafters Thompson zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik, die er als symptomatisch für Tendenzen innerhalb der amerikanischen Regierung bewertet. Thompson vertrat die Ansicht, daß die größten Erfolgsaussichten im Bereich der Abrüstung bestünden, an der die UdSSR aus wirtschaftlichen Gründen interessiert sei. Die Wiedervereinigung Deutschlands sei vor allem als ein Beitrag zur Sicherheit und Entspannung herauszustellen. Hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie solle die Nichtanerkennung bekräftigt, aber zugleich der Gewaltverzicht betont werden. Hauptziel des Besuchs müsse es sein, Chruschtschow vom ehrlichen Friedenswillen der Deutschen, ihrer Bereitschaft zu verbesserten bilateralen Beziehungen und ihrem Wunsch nach Wiedervereinigung ohne „Ravanche-Gedanken“ zu überzeugen.

- 260** 28.09. Staatssekretär Carstens an Botschafter Klaiber, Paris S. 1076

Carstens übermittelt Zahlenmaterial über den Umfang der Rüstungskäufe der Bundesrepublik in Frankreich und konstatiert, daß dadurch die von französischer Seite behauptete Rückläufigkeit widerlegt werde. Er bittet, den Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, zu informieren und zugleich Bereitschaft zur Ausweitung der Rüstungszusammenarbeit zu bekunden.

- 261** 28.09. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1078

In dem von Grewe übermittelten Entwurf eines Aide-mémoires, das er in den USA übergeben will, wird angeregt, im Zusammenhang mit der geplanten MLF – „als unerläßliches Korrelat“ für das Vetorecht der USA – zu einer verbesserten Konsultation über die nukleare Gesamtstrategie zu gelangen. Zweckmäßigerweise solle das Verfahren auf wenige Teilnehmer beschränkt und daher außerhalb eines MLF-Vertrags in einem Briefwechsel oder Protokoll vereinbart werden.

- 262** 29.09. Staatssekretär Carstens an die Vertretung bei der NATO in Paris S. 1080
- Carstens hält der Anregung des Botschafters Grewe, Paris (NATO), im Zusammenhang mit einem MLF-Vertrag eine verbesserte Konsultation über die nuklear-strategische Planung anzustreben, entgegen, daß dadurch das Interesse der USA sowie der kleineren Staaten an der MLF gefährdet und eine mögliche spätere Einbeziehung Frankreichs nicht berücksichtigt würde.
- 263** 30.09. Bundeskanzler Erhard an Präsident Johnson S. 1081
- Erhard äußert Besorgnis, daß sich der für Ende 1964 angestrebte Abschluß eines MLF-Vertrags verzögern könnte. Er drängt auf baldige Vorlage eines gemeinsamen Entwurfs, da mit problematischen UNO-Resolutionen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen gerechnet werden müsse und vor dem Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik „einige vollendete Tatsachen“ wünschenswert seien. Der Bundeskanzler spricht die Möglichkeit an, daß die USA und die Bundesrepublik eine MLF-Charta zunächst allein unterzeichnen könnten, um „andere zu einem Beitritt anzuspornen“.
- 264** 30.09. Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1084
- Knapstein nimmt zu Presseartikeln Stellung, die auf ein Memorandum des amerikanischen Außenministeriums über die „Genesis der französisch-amerikanischen Entfremdung“ zurückzuführen seien. Er skizziert die in der „New York Times“ vorgenommene Beurteilung der Vorschläge des französischen Staatspräsidenten von 1958 für ein Dreier-Direktorium innerhalb der NATO und bezeichnet die in der Zeitung „Die Welt“ gegebene Darstellung der Hintergründe des Anfang 1962 eingestellten Briefwechsels zwischen de Gaulle und Präsident Kennedy als korrekt. Die Annahme, daß die Ursachen der Annäherung von de Gaulle an die Bundesrepublik eher hier als in der Begegnung mit Premierminister Macmillan in Rambouillet und in den britisch-amerikanischen Vereinbarungen von Nassau im Dezember 1962 zu suchen seien, hält Knapstein für plausibel. Ob auch die Frage einer französisch-britischen Nuklearkooperation eine Rolle gespielt habe, sei nicht sicher festzustellen.
- 265** 30.09. Staatssekretär Carstens an Botschafter Blankenhorn, Rom S. 1089
- Carstens führt aus, der italienische Gesandte habe ein Interview des Bundesministers von Hassel beanstandet, in dem dieser sich abwertend zur möglichen Rolle Italiens in der geplanten MLF geäußert habe. Hassel habe mitgeteilt, seine Aussagen

seien sinntestellend wiedergegeben worden. Carstens schließt, er habe Paulucci versichert, die Bundesrepublik strebe in der MLF keinen besseren Status als Italien an; außer den USA dürfe keinem Staat ein Vetorecht gegen deren Einsatz zugestanden werden.

266 30.9./1.10. Deutsch-niederländische Regierungsbesprechungen S. 1090

Staatssekretär Carstens erläutert die Überlegungen für eine Europa-Initiative der Bundesregierung und betont die Absicht, in Anknüpfung an die Fouchet-Pläne von 1961/62 die Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik in eine Zusammenarbeit einzubeziehen. Neben einer Kooperation auf Regierungsebene solle schon in einer ersten Phase ein unabhängiges „kommunitäres“ Organ entstehen. Der niederländische Außenminister Luns bezweifelt, daß eine so weitreichende Zusammenarbeit angesichts der außenpolitischen Differenzen der EWG-Staaten möglich sei. Ministerpräsident Marijnen gibt zu bedenken, daß bei einem Mißerfolg ein „Bumerang-Effekt“ für die gesamte europäische Entwicklung zu befürchten sei. Bundeskanzler Erhard betont dagegen das Erfordernis eines Rahmens zur Diskussion politischer Fragen. Das Konzept des „Europa der Vaterländer“ hält er für „zu nationalistisch“. Hinsichtlich der geplanten MLF bekräftigt Erhard abschließend das besondere Interesse der Bundesrepublik. Luns schildert die in den Niederlanden bestehenden Vorbehalte, bekennt sich jedoch persönlich als ein Befürworter.

267 01.10. Staatssekretär Carstens an Bundeskanzler Erhard S. 1100

Carstens informiert, daß die Vertreter der drei Westmächte der geplanten Sitzung des Bundeskabinetts in Berlin (West) nicht förmlich zustimmen, sie aber auch nicht verhindern wollten. Er habe daraufhin Zurückhaltung gegenüber der Öffentlichkeit zugesagt und sehe nunmehr keine Bedenken gegen den Tagungsort.

268 02.10. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1102

Der Staatssekretär gibt die Grundzüge der geplanten Europa-Initiative der Bundesregierung wieder. In Anlehnung an die Fouchet-Pläne von 1961/62 solle phasenweise eine Zusammenarbeit auf den Gebieten der Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik angestrebt werden. Im ersten Schritt sei neben Regierungskontakten bereits ein unabhängiger Ausschuß als Repräsentant der Gemeinschaftsinteressen vorgesehen. In dieser Phase solle auch über den Kreis der Teilnehmerstaaten entschieden werden.

berechtigt sei, der UNO-Sicherheitsrat nicht zustimmen und eine entsprechende Initiative eine „Verschärfung der internationalen Lage“ bedeuten würde.

- 276** 08.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Vorsitzenden Goldmann, Jüdischer Weltkongreß S. 1130

Ungeachtet der Bedenken des Bundeskanzlers wünscht Goldmann, strittige Fragen des Bundesentschädigungsgesetzes in einer gesonderten Besprechung mit Bundesminister Dahlgrün und dem Vorsitzenden sowie dem stellvertretenden Vorsitzenden des Wiedergutmachungsausschusses des Bundestags zu klären. Er regt ferner eine öffentlichkeitswirksame Geste in der Frage der Verjährungsfrist für die Verfolgung von NS-Verbrechen an. Der ebenfalls anwesende Bundesminister Westrick erhebt Einwände gegen den Gedanken von Goldmann, die DDR aus eigener Initiative um Freigabe von Belastungsmaterial gegen NS-Verbrecher zu bitten, weil damit ihre internationale Aufwertung gefördert würde. Abschließend kündigt Erhard eine Erklärung im Bundestag an, mit der er zur Anwesenheit von deutschen Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie erneut Stellung nehmen werde.

- 277** 08.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt S. 1134

Voigt bewertet einen Vorschlag des niederländischen Außenministers Luns vom 23. Januar 1964 zur Verbesserung der politischen Konsultation im WEU-Ministerrat. Er referiert eine Stellungnahme des WEU-Generalsekretariats, in der gegen eine stärkere Institutionalisierung und Formalisierung der Ministerratstagungen votiert werde. Voigt empfiehlt, sich diesem Standpunkt anzuschließen, die daran anknüpfenden Vorschläge zur Organisation des Konsultationsverfahrens jedoch abzulehnen, da zunächst eine Einigung über die politische Zusammenarbeit der EWG-Staaten nötig sei.

- 278** 09.10. Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt S. 1137

Der Ministerialdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft, Woratz, nimmt zum Interzonenhandel Stellung. Er berichtet, die DDR fordere unter Hinweis auf angebliche Vorleistungen eine Erhöhung des Überziehungskredits und verstärkte Lieferungen von Maschinen. Staatssekretär Lahr bezeichnet den Interzonenhandel als „wertvollsten Trumpf“, um politische Vorteile zu erlangen. Die Teilnehmer sind sich einig, daß an eine Erweiterung des Handels mit der DDR nur bei Gegenleistungen zu denken sei. Abschließend wird das Problem der finanziellen Unterstützung von Rentnern aus der DDR bei Besuchen in der Bundesrepublik erörtert. Die Entscheidung der DDR, ihnen die

- 282** 10.10. Ministerialdirigent Böker, z. Z. Kairo, an das Auswärtige Amt S. 1150
- Böker berichtet von einem Gespräch mit dem dahomeischen Präsidenten über die geplante Ratifizierung eines Abkommens zwischen Dahome und der DDR aus dem Jahr 1962 über den Austausch von Handelsvertretungen. Während Apithy hervorhob, daß keine Anerkennung der DDR beabsichtigt sei, bekräftigte Böker die Bedenken der Bundesregierung und erklärte, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands auch im Interesse Afrikas liege. Böker resümiert, daß Apithy „stark beeindruckt war und nach einem Ausweg suchte“.
-
- 283** 13.10. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Rom S. 1154
- Carstens informiert über eine persönliche Nachricht des Generalsekretärs im italienischen Außenministerium. Cattani habe ihm „sehr große Bedenken“ gegen eine nur von den USA und der Bundesrepublik gebildete MLF übermitteln lassen. Er trete für einen raschen Abschluß der Verhandlungen in der MLF-Arbeitsgruppe ein, bestehe aber hinsichtlich des Einsatzbefehls für eine MLF auf dem Einstimmigkeitsprinzip. Carstens teilt mit, er habe diesen Gedanken abgelehnt, weil dann der „Einsatz der gesamten Waffe blockiert“ würde.
-
- 284** 13.10. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1155
- Grewe berichtet über eine Sondersitzung der MLF-Arbeitsgruppe. Der unter Hinweis auf die deutsch-amerikanischen Vorarbeiten unterbreitete Vorschlag des amerikanischen NATO-Botschafters Finletter, mit der Ausarbeitung konkreter Vertragstexte zu beginnen, fand Zustimmung; nur der britische NATO-Botschafter Shuckburgh machte „einen schwachen Versuch, die Gruppe zum Widerspruch anzureizen“. Dagegen wurde die Anregung, den Regierungen nach spätestens drei Wochen einen Sachstandsbericht vorzulegen, abgelehnt. Einigkeit bestand darüber, die Verhandlungen zu intensivieren.
-
- 285** 13.10. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1157
- Carstens informiert über den Freikauf von 828 politischen Gefangenen aus der DDR in den vorausgegangenen 14 Monaten. Er betont den rein humanitären Charakter der Aktion, die keine Änderung der Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR bedeute.

- 286** 16.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 1158
- Smirnow teilt mit, daß Ministerpräsident Chruschtschow von seinen Partei- und Regierungsämtern zurückgetreten sei. Nachfolger seien Leonid I. Breschnew als Erster Sekretär der KPdSU und Alexej N. Kossygin als Ministerpräsident. Der Botschafter betont, daß die außenpolitischen Grundlinien der UdSSR unverändert bleiben würden. Erhard äußert die Hoffnung auf eine weitere Verbesserung der bilateralen Beziehungen und erklärt, daß seine Bereitschaft zum Gespräch mit der sowjetischen Führung fortbestehe.
- 287** 17.10. Staatssekretär Lahr an Botschafter Klaiber, Paris S. 1160
- Lahr informiert, Staatspräsident de Gaulle habe Ende Mai 1964 ihm gegenüber Verständnis für die innenpolitischen Schwierigkeiten der Bundesregierung hinsichtlich der Regelung des Getreidepreises geäußert und versichert, Frankreich werde „nicht unangemessen drängen“. Ferner ließen inzwischen auch andere EWG-Staaten Vorbehalte gegen den Mansholt-Plan erkennen, und von amerikanischer Seite sei erklärt worden, daß eine Erörterung der Getreidepreisfrage in der Kennedy-Runde nicht eile. Lahr rechnet deshalb nicht mit einer Entscheidung der Bundesregierung vor Jahresende.
- 288** 19.10. Staatssekretär Carstens an Botschafter Grewe, Paris (NATO) S. 1163
- In Übereinstimmung mit Bundesminister von Hassel erhebt Carstens Einwände gegen die geplante Europäisierungsklausel für die MLF. Die Bezugnahme auf eine europäische politische Union sei problematisch; auch wisse niemand, was darunter im einzelnen zu verstehen sei. Er übermittelt einen alternativen Textvorschlag und bittet um Stellungnahme.
- 289** 21.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pauls S. 1164
- Pauls skizziert Vorgeschichte und Umfang der Waffenlieferungen an Israel. Das vom damaligen Bundeskanzler Adenauer im August 1962 genehmigte Projekt „Frank./Kol.“ sei durch die Zustimmung des Bundeskanzlers Erhard zur Lieferung von 150 Panzern aufgestockt worden. Die vom Auswärtigen Amt von Anfang an geäußerten Bedenken hätten im Bundeskabinett keine Mehrheit gefunden. In einer Aufstellung der für die Jahre 1963 bis 1966 eingegangenen Verbindlichkeiten über 270 Millionen DM erfaßt Pauls die wichtigsten der zugesagten Rüstungsgüter, bei denen nach Auskunft des Bundesministeriums der Verteidigung „alle Hinweise auf deutsche Herkunft entfernt“ worden seien.

- 290** 21.10. **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats** S. 1167
I. Klasse Frank

Frank sieht weder in der Strategie der massiven Vergeltung – „Selbstvernichtung der Amerikaner und Russen“ – noch in der Strategie der „flexible response“ – „Zerstörung Europas“ – angemessene Verteidigungskonzeptionen für Europa. Er konstatiert, die nukleare Abschreckung sei nur glaubhaft, wenn sie als „Maßnahme der nationalen Notwehr“ angedroht werde. Da der Bundesrepublik eine eigene Verfügungsgewalt über Kernwaffen verwehrt sei, müsse sie eine „Mitverfügung“ über das Potential der westlichen Partner anstreben. Eine Klärung des Problems der nuklearen Mitbestimmung innerhalb der NATO würde zudem die Geschlossenheit des Bündnisses stärken.

- 291** 21.10. **Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige** S. 1170
Amt

Der Botschafter wendet sich gegen die Ansicht, Chruschtschow sei wegen einer eventuellen deutschlandpolitischen Konzessionsbereitschaft gestürzt worden. Er argumentiert, der ehemalige sowjetische Ministerpräsident sei vielmehr „der Initiator der harten Linie in der Deutschlandfrage und ihr unnachgiebiger, unermüdlicher Verfechter“ gewesen; Zugeständnisse hätten auch bei dem geplanten Besuch in der Bundesrepublik nicht erwartet werden können. Richtig sei allerdings, daß in der Führung der KPdSU die Besuchsvorbereitungen – insbesondere durch Schwiegersohn Adschubej – als „symptomatisch für seine Familienpolitik“ kritisiert worden seien.

- 292** 21.10. **Botschafter von Etzdorf, London, an Bundesminister** S. 1173
Schröder

Etzdorf gibt Informationen über ein Gespräch des neuen britischen Außenministers Gordon Walker mit dem ehemaligen NATO-Generalsekretär wieder. Stikker sei von französischer Seite auf ein Geheimabkommen der früheren Verteidigungsminister Chaban-Delmas und Strauß über eine Kernwaffenproduktion hingewiesen worden, das jedoch nach dem Amtsantritt des Staatspräsidenten de Gaulle keine Umsetzung mehr erfahren habe. Bundesminister von Hassel und Bundeskanzler Erhard hätten, darauf angesprochen, solche Pläne ausgeschlossen, weil sie mit dem „amerikanischen atomaren Schutz auskommen“ wollten. Etzdorf berichtet weiter, Stikker und Gordon Walker hätten Stillschweigen gegenüber der Presse vereinbart, doch rate letzterer der Bundesregierung zu einer Klarstellung, „um das Ganze totzumachen“.

- 293** 22.10. Botschafter Haas, Conakry, an Staatssekretär Carstens S. 1175
- Haas berichtet über den geplanten „Tag der Armee“, bei dem die guineische Regierung die militärischen Hilfeleistungen der Bundesrepublik „gegenüber allen anderen Geberstaaten“ besonders hervorheben wolle. Daher könnte die Absage, für dieses Ereignis Transportmaschinen der Bundeswehr für die in der Bundesrepublik ausgebildeten guineischen Fallschirmjäger zur Verfügung zu stellen, negative Folgen haben. Haas bittet Carstens um Intervention.
- 294** 23.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt S. 1177
- Voigt analysiert die zwischen der EURATOM-Kommission und der französischen Regierung vereinbarte Ausnahmeregelung von der Sicherheitskontrolle für militärisch genutzte Nuklearanlagen. Er bewertet diese „Einschränkung der Gemeinschaftskontrolle“ als Konzession der übrigen Mitgliedstaaten und empfiehlt, die Bundesregierung solle von Frankreich als Gegenleistung eine „entgegenkommende und gemeinschaftsfreundliche Haltung“ im Bereich von EURATOM verlangen. Weitergehende Forderungen, etwa ein besonderes französisches Verständnis für eine deutsche Teilnahme an der geplanten MLF oder für das Zögern bei der Festsetzung des EWG-Getreidepreises, hält Voigt für unangemessen.
- 295** 23.10. Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens S. 1182
- Der Botschafter erwartet, daß Israel eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Unterstützung für die Zeit nach Auslaufen des Wiedergutmachungsabkommens von 1952 fordern werde. Er tritt dafür ein, bis zum geplanten Besuch des ägyptischen Präsidenten in der Bundesrepublik jede diesbezügliche Festlegung zu vermeiden. Dann könnten Nasser die möglichen Reaktionen der Bundesregierung, den israelischen finanziellen Wünschen nachzugeben oder diplomatische Beziehungen aufzunehmen, verdeutlicht und als Kompensation verstärkte Wirtschaftshilfe an die arabischen Staaten angeboten werden, sofern diese von einer Anerkennung der DDR Abstand nähmen. Nasser hätte so die Wahl zu entscheiden, welche Alternative ihm „politisch erträglicher“ erschiene.
- 296** 24.10. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 1185
- Couve de Murville begründet die französische Ablehnung der geplanten MLF damit, daß diese eine eigenständige europäische Verteidigungspolitik unmöglich machen würde. Er erklärt, das

Projekt sei für die USA ein Mittel, ihre alleinige Entscheidungsgewalt zu sichern und die Bundesrepublik an einer Kernwaffenproduktion zu hindern. Carstens legt demgegenüber das Bestreben der Bundesregierung dar, durch eine Europäisierungsklausel „eine echte Verstärkung des europäischen Elements der MLF“ zu erreichen und zwischen der MLF, den USA, Großbritannien und Frankreich zu einem „atomaren Gesamtarrangement“ zu gelangen. Der französische Außenminister erwidert, er habe manchmal den Eindruck, als wolle sich die Bundesrepublik bei den USA wegen ihrer Freundschaft zu Frankreich entschuldigen. Hinsichtlich eines von Couve de Murville befürworteten UNO-Beitritts der Volksrepublik China stellt Carstens die Frage, ob damit nicht ein Beitritt der Bundesrepublik verknüpft und gegenüber der UdSSR betrieben werden könnte.

- 297 24.10. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 1187

Der französische Außenminister beantwortet die Darstellung der geplanten Europa-Initiative der Bundesregierung mit der Bemerkung, vorrangig müsse die EWG, insbesondere der Agrarmarkt, fortentwickelt sowie Einigkeit über die Außen- und Verteidigungspolitik erreicht werden. Er betont die „fundamentalen Auffassungsunterschiede“ in der Europa-Politik der Bundesrepublik und Frankreichs und regt hinsichtlich der europäischen politischen Zusammenarbeit lediglich verstärkte Konsultationen auf Regierungsebene an. Carstens hält eine Verbindung mit der MLF durch eine Europäisierungsklausel für möglich und verteidigt das Bemühen, „den intereuropäischen Dialog und simultan den Dialog mit Amerika“ zu führen.

- 298 27.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath S. 1193

Luedde-Neurath rekapituliert die Konsultationen mit Vertretern der Drei Mächte über die Antwort auf die sowjetische Note vom Februar 1964 gegen eine angebliche Raketenherstellung in der Bundesrepublik. In der langwierigen Diskussion über den Passus, daß die UdSSR keine Auskunftspflicht der Bundesrepublik geltend machen könne, sei Einigkeit erzielt worden, daß sämtliche Demilitarisierungsbestimmungen des Alliierten Kontrollrats „außer Wirksamkeit gesetzt“ seien. Luedde-Neurath schlägt jedoch vor, die Antwortnote vorerst nicht zu übermitteln, damit die Mitglieder der neuen sowjetischen Führung „nicht automatisch zu Erben der Chruschtschowschen Politik“ gemacht würden.

-
- 299** 28.10. Ministerialdirigent Böker an Ministerialdirektor Jansen S. 1195
- Böker beklagt die gegen das Votum der beiden Politischen Abteilungen getroffene Entscheidung des Staatssekretärs Lahr, Ceylon eine Hermes-Garantie zu gewähren. Kreditbürgschaften gälten als Wirtschaftshilfe, die im Fall Ceylons wegen der Eröffnung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo bewußt eingestellt worden sei. Es handle sich daher um einen Akt der „völligen Inkonsequenz“ in der Deutschland-Politik, dessen Folgen unabsehbar seien. Daher müsse aktenkundig gemacht werden, „welchen Personenkreis die ausschließliche Verantwortung“ treffe.
- 300** 29.10. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Mende S. 1197
- Im Hinblick auf den jüngsten Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR hält Carstens die finanzielle Gegenleistung von 32 Millionen DM für zu hoch. Er sieht die Gefahr, daß damit das Rückführungsverfahren für Deutsche aus den Ostblock-Staaten präjudiziert werden könnte.
- 301** 30.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1199
- Carstens hält aus einem Gespräch mit dem Bundeskanzler fest, daß Erhard als Geste gegenüber Frankreich erwäge, einer Regelung des EWG-Getreidepreises zum Juli 1967 zuzustimmen. Bundesminister Schröder habe dieses Vorhaben in einem während der Unterredung geführten Telefonat begrüßt und die Bedenken von Carstens gegen Zugeständnisse in Richtung auf eine Verzögerung der geplanten MLF unterstützt. Es sei vereinbart worden, Staatspräsident de Gaulle zu gegebener Zeit schriftlich zu informieren.
- 302** 30.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken S. 1201
- Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung“ äußert sich positiv über die internationalen Reaktionen auf jene Demarchen, die zur Verbreitung der Deutschland-Erklärung der drei Westmächte vom 26. Juni 1964 unternommen worden seien. Die Aktion habe auch den Ausgang der Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo günstig beeinflusst. Einige Adressaten hätten allerdings die Behauptung des nicht-staatlichen Charakters der DDR in Zweifel gezogen und erkennen lassen, daß im wesentlichen die „wirtschaftliche Kraft“ der Bundesrepublik sie von einer Anerkennung der „SBZ“ abhalte.

betonte er, die israelische „Kampagne“ gegen die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie habe „in hohem Maße“ dazu beigetragen, daß die Waffenlieferungen in die öffentliche Diskussion geraten seien. Vor dem Hintergrund der Unterredung regt Hase abschließend an, entgegen der vom Bundeskabinett am 27. Oktober beschlossenen Sprachregelung weiterhin Stillschweigen zu bewahren.

- 307** 03.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem S. 1218
amerikanischen Botschafter McGhee

McGhee berichtet über den Besuch des britischen Außenministers Gordon Walker in Washington, der gezeigt habe, daß Großbritannien wichtige Teile der bisherigen Konzeption der MLF „in ihrer Wirkung herabsetzen und sich selbst nur symbolisch beteiligen“ wolle. Die Gesprächspartner stimmen überein, daß das Projekt unverändert fortgeführt werden sollte. Einverständnis wird auch über einen Besuch des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Ball, in Bonn erzielt, der den Themen MLF, EWG-Getreidepreis und Kennedy-Runde sowie der Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle gewidmet sein sollte. Erhard bezeichnet die Frage des Getreidepreises als „schwächste Stelle“ seiner Politik, stellt aber eine Regelung zum 1. Juli 1967 in Aussicht. McGhee betont, die USA wollten in dieser Frage keinen Druck ausüben, doch müsse der Zugang zum europäischen Markt erhalten bleiben.

- 308** 03.11. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1227

Anläßlich der Pressemeldungen über Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel skizziert Carstens Grundlinien einer geplanten Demarche bei den arabischen Staaten. Dabei solle erklärt werden: die Bundesrepublik werde neue Lieferverpflichtungen gegenüber keinem Staat des Nahen Ostens eingehen, die Region solle Entwicklungshilfe erhalten, gegen die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie würden keine gesetzlichen Maßnahmen ergriffen, für 1965 werde mit Israel der Austausch von Handelsvertretungen mit konsularischen Befugnissen angestrebt, während auf einen Botschafteraustausch weiterhin verzichtet werden solle.

- 309** 04.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 1229

Jansen erläutert seinen Vorschlag, im Vorgriff auf eine zukünftige Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion die Möglichkeit einer umfangreichen Kreditgewährung an Frankreich zu prüfen. Eine solche, so kalkuliert er, dürfe nicht nur der Beschwichtigung dienen, sondern müsse „bezüglich der Wiedervereinigung und der Ostpolitik neue feste Zusagen und Bindungen“ erwirken.

- 310** 04.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 1230

Ruete nimmt zur Anregung des Botschafters Groepper Stellung, dem neuen sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin eine „Voreinladung“ zu einem Besuch in der Bundesrepublik zu übermitteln. Er empfiehlt, den Eindruck eines „Anbiederns“ zu vermeiden und Groepper bei einem Antrittsbesuch zunächst nur eine allgemeine politische Aussprache führen zu lassen. Dabei sollten die Deutschland- und Berlin-Frage sehr behutsam und die Gesprächsbereitschaft des Bundeskanzlers nur „beiläufig“ erwähnt werden.

- 311** 04.11. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1233

Klaiber berichtet von einem Gespräch mit dem französischen Außenminister anlässlich der Übermittlung der Europa-Initiative der Bundesregierung. Couve de Murville erklärte, daß vor deren Erörterung die EWG-Agrarfragen geregelt und eine gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik definiert sein müsse. Klaiber verwies demgegenüber auf die Vorschläge zur Agrarpolitik sowie auf die außen- und verteidigungspolitischen Aspekte der Europa-Initiative. Er widersprach ferner dem Vorwurf, das MLF-Projekt behindere eine europäische Einigung; zudem habe die französische Regierung bisher keine Alternative zur MLF vorgeschlagen.

- 312** 04.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar S. 1235

Im persönlichen Auftrag des israelischen Ministerpräsidenten trägt Shinnar Einwände dagegen vor, daß die Bundesregierung eine öffentliche Bestätigung der Waffenlieferungen an Israel mit der Erklärung verbinden könnte, keine neuen Verpflichtungen einzugehen. Erhard sagt eine erneute Prüfung zu und gibt zu bedenken, „ob man an Stelle künftiger Waffenhilfe nicht vielleicht einiges mit Geld machen könne, womit Israel an anderer Stelle Waffen kaufen“ könnte. Hinsichtlich der deutschen Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie deutet er die Möglichkeit an, sie teilweise „zurückzukaufen“ und künftig eine Genehmigungspflicht für entsprechende Tätigkeiten in Spannungsgebieten einzuführen. Shinnar befürwortet eine baldige Begegnung zwischen Erhard und Eshkol. Zum geplanten Besuch des ägyptischen Präsidenten in der Bundesrepublik schlägt er vor, ihn in eine Europareise von Nasser einzubetten. Die Gefahr einer Anerkennung der DDR durch die VAR hält er für gering.

- 313** 04.11. **Bundeskanzler Erhard an Ministerpräsident Eshkol** S. 1239
- Hinsichtlich der Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie erinnert Erhard an seine Rede vom 15. Oktober 1964 vor dem Bundestag, in der er den Wunsch betont habe, „dem israelischen Volk das Gefühl der Bedrohung durch Deutsche zu nehmen“. Er weist jedoch darauf hin, daß die Bundesregierung nichts unternehmen könne, was der Wiedervereinigung als der „Schicksalsfrage der deutschen Nation“ noch zusätzlich hinderlich sein könnte.
- 314** 06.11. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr** S. 1242
- Der Staatssekretär informiert über ein Gespräch mit dem Leiter der Israel-Mission. Shinnar bekräftigte den Wunsch, die Bundesregierung möge die Waffenlieferungen an Israel dementieren oder sich zumindest nicht gegen künftige Lieferverträge aussprechen. Lahr schloß ein Dementi aus und erläuterte die vom Bundeskabinett vorgesehene Festlegung gegen weitere Vereinbarungen mit dem Hinweis, daß durch die Aufhebung der Geheimhaltung eine neue Lage entstanden sei.
- 315** 09.11. **Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard** S. 1244
- Vor dem Hintergrund der Pressemeldungen über die Waffenlieferungen an Israel drängt Schröder auf eine Klarstellung der ins „Zwielicht“ geratenen Nahost-Politik. Als wichtigste Forderung nennt er „die strikte Einstellung jeglicher militärischer Zusammenarbeit mit Israel in der Zukunft“. Dagegen solle die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung Israels fortgesetzt und der Austausch von Handelsvertretungen mit konsularischen Befugnissen ins Auge gefaßt werden. Eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen scheidet aus, da in diesem Fall mit einer Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten zu rechnen sei. Jene müßten gleichfalls „in beträchtlichem Ausmaß“ Entwicklungshilfe erhalten. Ferner solle der ägyptische Präsident Nasser in die Bundesrepublik eingeladen und das Problem der in der VAR tätigen deutschen Rüstungsexperten „mit leichter Hand“ gelöst werden; gesetzliche Maßnahmen sollten nur für die Zukunft Geltung haben und nicht jene Personen betreffen, die bereits in der VAR tätig seien. Schröder schlägt vor, mit den Fraktionen des Bundestags entsprechende Konsultationen einzuleiten.
- 316** 09.11. **Botschafter Klaiber, Paris, an Bundesminister Schröder** S. 1248
- Klaiber berichtet von Gesprächen mit dem ehemaligen Bundeskanzler Adenauer und Bundesminister Krone. Beide hätten erklärt, der französischen Regierung – gemäß Rücksprache mit Bundeskanzler Erhard – versichern zu wollen, daß das MLF-

Projekt noch längerer Vorbereitungszeit bedürfe. Hinsichtlich des EWG-Getreidepreises habe Adenauer für ein Nachgeben der Bundesregierung plädiert, während Krone „aus innerpolitischen Gründen“ um Verständnis für eine unnachgiebige Haltung werben wolle.

- 317 09.11. Botschafter von Walther, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 1250

Walther leitet Informationen des türkischen Außenministers über dessen Besuch in Moskau weiter. Erkin habe einen günstigen Eindruck von Ministerpräsident Kossygin gewonnen, mit dem er auch über die Deutschland-Frage gesprochen habe. Dabei sei allerdings der Vorschlag freier Wahlen von Außenminister Gromyko abgelehnt worden. Mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan habe er die Gründe für die Absetzung des ehemaligen Ministerpräsidenten erörtert. Hier sei als „das stärkste Inzentiv“ das Vorhaben von Chruschtschow erwähnt worden, auf der geplanten Konferenz der kommunistischen und Arbeiter-Parteien den Ausschluß der chinesischen Partei zu fordern und damit einen „endgültigen Bruch“ mit der Volksrepublik China herbeizuführen. Das Hauptthema der Gespräche von Erkin sei jedoch die Zypern-Frage gewesen. Die sowjetische Seite habe der „territorialen Integrität“ Zyperns zugestimmt und jegliche „Enosis“ abgelehnt.

- 318 09.11. Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 1255

Unter Berufung auf Zusagen des Bundeskanzlers Erhard erklärt Adenauer, die Bundesregierung werde den Mansholt-Plan zur Regelung des EWG-Getreidepreises akzeptieren. Hinsichtlich der MLF versichert er, die Bundesrepublik werde sich unter den von britischer Seite neuerdings geforderten Bedingungen nicht beteiligen und keinesfalls „etwas Bilaterales“ mit den USA vereinbaren. De Gaulle erläutert das besondere französische Interesse an einer raschen Vollendung des EWG-Agrarmarkts. Das MLF-Projekt kritisiert er als ein Instrument der USA, um der Bundesrepublik die „Illusion“ einer nuklearen Mitbestimmung zu geben und Frankreich zu isolieren. Einer deutschen Teilhabe an der Force de frappe stehe der französische Staatspräsident zurückhaltend gegenüber und hält den Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von Atomwaffen für angemessen, ehe nicht „eine wirklich gemeinsame Politik und eine gemeinsame Verteidigung in Europa“ existierten. Er plädiert ferner für ein Fortbestehen der NATO, verlangt jedoch gleichberechtigte Eigenständigkeit der europäischen Mitgliedstaaten gegenüber den USA. Adenauer bekräftigt sein Bemühen um „eine Verteidigungssolidarität mit Frankreich“.

- 319** 09.11. Bundesminister Krone, z. Z. Paris, an Bundeskanzler Erhard S. 1262

Krone berichtet von einem Gespräch mit dem französischen Verteidigungsminister. Messmer äußerte sich kritisch zur Strategie der „flexible response“, die die atomare Verteidigung Europas nicht gewährleiste. Besorgt zeigte er sich auch über das MLF-Projekt, das zu einer „Teilung der NATO in zwei Gruppen unterschiedlicher Verteidigungskonzeptionen“ führe. Krone erwiderte, die Bundesregierung dränge nicht mehr auf eine rasche Verwirklichung und denke auch nicht an eine bilaterale Vereinbarung mit den USA.

- 320** 09.11. Bundesminister Krone, z. Z. Paris, an Bundeskanzler Erhard S. 1265

Krone informiert über ein Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten. Zum MLF-Projekt erklärte Pompidou, es erbringe militärisch keine Vorteile und berge die Gefahr einer „Auflösung Europas“. Hinsichtlich der EWG drängte er auf Lösungen bei den Agrarfragen und empfahl, auch die Regelung des Getreidepreises in diesem größeren Zusammenhang zu sehen. Krone bat um Verständnis für die innenpolitischen Schwierigkeiten vor der Bundestagswahl im Jahr 1965. Pompidou sagte Unterstützung zu, bestand aber auf der Notwendigkeit agrarpolitischer Fortschritte.

- 321** 10.11. Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 1267

Adenauer erklärt, er halte die amerikanische Politik gegenüber der UdSSR für „völlig falsch“. Die UdSSR sei „das aggressivste Land der Welt“; gelänge es ihr, die Bundesrepublik, Frankreich und Italien in ihren Einflußbereich zu ziehen, wäre sie den USA mehrfach überlegen. Adenauer bezweifelt, daß durch die Gewährung von Krediten eine Änderung der sowjetischen Politik erreicht werden könne. De Gaulle rechtfertigt die Erweiterung der Laufzeiten französischer Kredite vor dem Hintergrund der Einschätzung, daß die wirtschaftliche Entwicklung der UdSSR auf eine Entscheidung zulaufe, entweder das Herrschaftssystem zu ändern oder „einen Krieg zu beginnen“. Er hält eine Ausdehnung des sowjetischen Einflusses auf Westeuropa für unwahrscheinlich und geht von einer Vertiefung des Gegensatzes mit der Volksrepublik China aus. Adenauer betont seine Überzeugung, „daß man Rußland an den Punkt bringen müsse, wo ihm die Augen aufgingen“ und es sein Interesse an einem Frieden mit Europa erkenne.

- 322** 11.11. **Vermerk des Staatssekretärs Lahr** S. 1273
- Lahr notiert, daß die wachsende Bereitschaft von Unternehmen aus der Bundesrepublik, an der Leipziger Frühjahrmesse 1965 teilzunehmen, deutschlandpolitisch bedenklich sei, zumal die rein wirtschaftlichen Vorteile als gering gälten. Der Staatssekretär spricht sich dafür aus, Bundeskanzler Erhard um eine Einflußnahme auf führende Vertreter der Industrie zu bitten.
- 323** 11.11. **Ministerialdirektor Thierfelder an Bundesminister Westrick, Bundeskanzleramt** S. 1275
- Thierfelder führt aus, daß das Auswärtige Amt weder gegen ein „Globalgesetz“ zur Vereinfachung des Übernahmeverfahrens für Bundesgesetze durch das Land Berlin noch gegen eine Direktwahl der Berliner Bundestagsabgeordneten rechtliche Bedenken habe. Er sieht jedoch für beide Vorhaben keine Erfolgsaussichten, da sich seit 1958 die Haltung der drei Westmächte in allen den Status von Berlin betreffenden Fragen verhärtet habe. Der Gedanke eines Globalgesetzes sei in der Bonner Vierergruppe bereits verworfen worden.
- 324** 11.11. **Ministerialdirektor Thierfelder an die Botschaft in Paris** S. 1277
- Der Leiter der Rechtsabteilung nimmt zur Frage der Beitrittsklausel zum Abkommen über die Bergung von Astronauten und Raumschiffen Stellung. Er lehnt den sowjetischen Vorschlag einer Regelung nach dem Vorbild des Teststopp-Abkommens vom August 1963 ab, weil sie einer Aufwertung der DDR Vorschub zu leisten und Modellcharakter zu erhalten drohe. Thierfelder konstatiert, die USA teilten diese Bedenken nicht und hätten den Gedanken einer zusätzlichen „disclaimer clause“ abgelehnt. Er berichtet, daß der französischen Regierung auf Nachfrage der Sachstand erläutert worden sei, und gibt den in diesem Zusammenhang übermittelten Textvorschlag für eine „disclaimer clause“ wieder.
- 325** 12.11. **Bundestagspräsident Gerstenmaier an Bundeskanzler Erhard** S. 1281
- Gerstenmaier schildert die Vorgeschichte seines bevorstehenden Besuchs in der VAR. Er betont, der Einladung des ägyptischen Präsidenten vor dem Hintergrund der Pressemeldungen über die Waffenlieferungen an Israel trotz persönlicher Bedenken Folge leisten zu müssen. Zur Vorbereitung seines Gesprächs mit Nasser verlangt der Bundestagspräsident vollständige Aufklärung über die mit Israel getroffenen Vereinbarungen, die bislang erfolgten Lieferungen und das weitere Vorgehen der Bundesregierung. Ferner wünscht er informiert zu werden, ob

terreichenden Einigung“ denkbar sei. Zur Europa-Initiative der Bundesregierung habe Couve de Murville sich skeptisch geäußert.

- 330** 13.11. Aufzeichnung des Botschafters Grewe, z. Z. Bonn S. 1291

Grewe berichtet von einer Unterredung mit dem Generalsekretär im italienischen Außenministerium über eine Europäisierungsklausel im geplanten MLF-Vertrag. Er bittet um Weisung hinsichtlich zweier Änderungen, die er im italienischen Textvorschlag durchgesetzt habe. Ferner informiert er, daß Cattani der Forderung nach einer Revisionsklausel mit ausdrücklicher Bezugnahme auf den Fall der Wiedervereinigung zurückhaltend begegnet sei.

- 331** 13.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach S. 1293

Der Leiter des Planungsstabs nimmt zu amerikanischen Überlegungen Stellung, die Aufgaben der Internationalen Atomenergie-Organisation auf eine Überwachung von Rüstungskontrollmaßnahmen im Nuklearbereich auszudehnen. Er konstatiert, daß Unterstützung von britischer Seite, aber auch – im Zusammenhang mit dem Gomulka-Plan – von seiten Polens und der UdSSR zu erwarten sei. Ferner habe der Generaldirektor der IAEO, Eklund, der Bundesrepublik bereits nahegelegt, sich neben den Kontrollen im Rahmen der EURATOM auch solchen der IAEO zu unterwerfen. Müller-Roschach wendet ein, daß dadurch EURATOM geschädigt und die Bundesrepublik Vorleistungen erbringen würde, die in Abrüstungsverhandlungen deutschlandpolitisch genutzt werden könnten. Darüber hinaus würde ein unnötiger weiterer Gegensatz zu Frankreich entstehen, das IAEO-Kontrollen keinesfalls dulden werde.

- 332** 13.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 1297

Jansen nimmt zu einer Anfrage der ägyptischen Regierung Stellung, ob die Bundesregierung zu einer Kredithilfe für den Bau eines Atomreaktors für zivile Zwecke in der VAR bereit sei. Im Hinblick auf die Krise in den deutsch-arabischen Beziehungen befürwortet er einen positiven Bescheid. Mit Rücksicht auf israelische Empfindlichkeiten empfiehlt er jedoch ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich, das die israelischen Vorhaben auf atomarem Gebiet bisher gefördert habe; auf diese Weise könne ausgeschlossen werden, daß die in Frage stehende Kredithilfe für die VAR zu „Angriffen gegen die Bundesrepublik mißbraucht“ würde.

- 333** 13.11. Botschafter von Walther, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 1299

Der Botschafter berichtet über ein Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten. Walther erklärte in der Bundesrepublik erkennbare Tendenzen zugunsten einer vorläufigen Zurückstellung des MLF-Projekts als Konzession an Staatspräsident de Gaulle, die vorteilhaft auf eine Lösung der Getreidepreisfrage wirken werde. İnönü gab zu verstehen – was Walther als Beweis sowjetischen Drucks wertet –, daß auch für die Türkei eine Beteiligung an der MLF derzeit „nicht ganz einfach“ gewesen wäre. Optimistisch äußerte sich İnönü hinsichtlich des Zypern-Problems, zeigte aber Besorgnis wegen möglicher Reaktionen der NATO-Partner auf den Besuch des türkischen Außenministers Erkin in Moskau. Walther erwiderte, die Bundesregierung wisse um die „unwandelbare NATO-Treue der Türken“.

- 334** 15.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker S. 1304

Schröder begründet das Interesse an der geplanten MLF damit, daß das Projekt die Integration innerhalb der NATO stärken und der Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen entgegenwirken würde. Gordon Walker betont die Notwendigkeit, „daß Deutschland gleichberechtigt und voll integriert an all diesen Dingen teilnehme“. Er bekräftigt jedoch die Bedenken gegen das seegebundene Konzept, weil es die britische Marine personell „verkrüppeln“ würde. Als Alternative schlägt er eine „atlantische nukleare Streitmacht“ vor, in die das gesamte britische Nuklearpotential unwiderruflich eingebracht werden könnte, und in der die USA, die Bundesrepublik und Großbritannien gleichberechtigte „Entscheidungsgewalt“ besäßen. Ferner regt er ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen an. Schröder lehnt ein solches vor Bildung einer MLF ab. Er sagt eine Prüfung der britischen Vorstellungen zu, bezeichnet allerdings die bisherige Konzeption als so ausgereift, daß sie auch aus innenpolitischen Gründen zügig umgesetzt werden sollte.

- 335** 15.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker S. 1309

Der Bundesminister bittet um Unterstützung in der Deutschland-Frage, um „keine Erosionen durch Zeitablauf“ zuzulassen. Hinsichtlich der ausstehenden Regelung des EWG-Getreidepreises deutet er „annehmbare Vorschläge“ an. Der ebenfalls anwesende Staatssekretär Lahr erläutert die Einigung innerhalb der EWG auf eine gemeinsame Ausnahmeliste für die in der Kennedy-Runde vorgesehenen Zollsenkungen. Gordon Walker kritisiert nachdrücklich die Kontakte zwischen den EWG-

Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU und bekundet Enttäuschung darüber, daß die britische Regierung auch von den Beratungen über die Europa-Initiative der Bundesregierung ausgeschlossen bleibe. Schröder betont den Wunsch nach einer EWG-Mitgliedschaft Großbritanniens und die Bedeutung der WEU-Konsultationen „für das Übergangsstadium“. Er hält ein eindeutiges Bekenntnis der neuen britischen Regierung zu Europa für dringlich. Gordon Walker erwidert, daß Großbritannien eine „Abfuhr“ erhalten habe und sich „nicht erniedrigen“ könne.

- 336** 15.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 1316
britischen Außenminister Gordon Walker

Die Minister stimmen überein, daß sich die sowjetische Außenpolitik nach der Absetzung des Ministerpräsidenten Chruschtschow nicht grundlegend ändern werde. Schröder nimmt an, daß Chruschtschow eine „Abdeckung gegenüber China“ erstrebt und deshalb einen Besuch in der Bundesrepublik geplant habe, den die Nachfolger vermutlich für weniger vorrangig erachteten. Er bestätigt die positive Bedeutung der Passierschein-Vereinbarung vom 24. September 1964 wegen ihrer „menschlichen Auswirkungen“ und sagt im Hinblick auf den Devisenausgleich mit Großbritannien ehrliches Bemühen zu. Gordon Walker geht auf die Zündung der ersten Atombombe der Volksrepublik China ein, die er als Überraschung bezeichnet; die Anstrengungen zur Verhinderung einer Weiterverbreitung von Atomwaffen seien nun noch wichtiger. Der ebenfalls anwesende Staatssekretär Carstens erklärt zu den Differenzen über die Kreditpolitik gegenüber Ostblock-Staaten, langfristige Kredite setzten in der UdSSR Mittel für Rüstungsausgaben sowie Entwicklungshilfe frei und trügen die Gefahr in sich, daß sie immer wieder verlängert werden müßten.

- 337** 16.11. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Pfeffer S. 1320

Pfeffer faßt Ausführungen des Staatssekretärs Carstens in einer internen Besprechung vom 11. November zusammen. Carstens trug die Überlegung vor, einen „Atlantischen Nuklear-Rat“ zu schaffen, in dem die USA, Großbritannien, die übrigen Teilnehmerstaaten an einer MLF sowie Frankreich vertreten wären. Dieser Rat solle der Konsultation vor einem Kernwaffeneinsatz dienen und nach Möglichkeit auch direkte Entscheidungskompetenz für das europäische Territorium erhalten. Die Bundesrepublik würde dadurch wesentliche Mitspracherechte geltend machen können. Der Gefahr einer desintegrierenden Wirkung auf die NATO könne durch eine Verklammerung des geplanten Gremiums mit dem Ständigen NATO-Rat begegnet werden. Hinsichtlich einer Europäisierungsklausel für die geplante MLF befürwortete Carstens vor dem Hintergrund der

französisch-amerikanischen Divergenzen eine „kurze, sehr allgemeine“ Formulierung. Die skizzierten Konstruktionen und der Gedanke der Nichtverbreitung von Atomwaffen, so Carstens abschließend, seien „prima facie miteinander vereinbar“.

- 338** 16.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium S. 1324

Der Bundeskanzler betont sein unverändertes Interesse an einer baldigen Realisierung der MLF. Er regt an, ein „nukleares System“ unter Einschluß des amerikanischen Nuklearpotentials, der MLF und der Force de frappe zu entwickeln. Da die Vorstellungen der britischen Regierung „noch ziemlich vage“ seien, hält Erhard eine entsprechende Einflußnahme der USA für möglich. Als besonders problematisch bewertet er die Haltung Frankreichs. Er wendet sich gegen Tendenzen, das MLF-Projekt als Tauschobjekt mit Fragen der europäischen Einigung zu verknüpfen. Allenfalls die Getreidepreisfrage, für die er Kompromißbereitschaft andeutet, könne in solchem Zusammenhang gesehen werden. Der Bundeskanzler hält es jedoch für denkbar, daß ein Einlenken des Staatspräsidenten de Gaulle in einem Gespräch mit Präsident Johnson erreicht werden könnte.

- 339** 16.11. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium S. 1330

Carstens analysiert die britischen Vorstellungen zum MLF-Projekt, die nach seiner Ansicht eine stärkere Beteiligung am nuklear-strategischen Planungs- und Entscheidungsverfahren der USA bezweckten. Er regt an, dieses Ziel durch eine übergeordnete Organisation zu erreichen, in der auch Frankreich vertreten sein könnte. Ball stellt klar, daß sich die USA die letzte Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaffen wegen ihrer weltweiten Verantwortung vorbehalten müßten; eine Verwirklichung der MLF werde jedoch von selbst eine gemeinsame Operations- und Zielplanung vorantreiben. Carstens nennt als weitere Vorzüge der britischen Pläne, daß sie von den Prinzipien der Gleichberechtigung und Integration ausgingen und an der Einbeziehung der USA festhielten. „Erhebliche Bedenken“ äußert er gegen die Überlegung, einen MLF-Vertrag mit einem Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen zu koppeln; eine derartige Bindung gegenüber der UdSSR wünsche die Bundesregierung als „möglichen Preis oder Teilpreis für die Wiedervereinigung“ zu erhalten.

- 340** 16.11. **Bundeskanzler Erhard an Bundestagspräsident Gerstenmaier** S. 1333

Erhard teilt mit, daß der Bundestagspräsident vor seinem Besuch in der VAR über die Waffenlieferungen an Israel informiert werde. Er bittet jedoch, Präsident Nasser nicht näher zu unterrichten, sondern auf die Gesprächsmöglichkeit anlässlich seines geplanten Besuchs in der Bundesrepublik zu verweisen. Zur Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel solle Gerstenmaier erläutern, daß die Bundesregierung von einer solchen bislang mit Rücksicht auf die arabischen Staaten abgesehen habe, jedoch nun den Austausch „nichtdiplomatischer Missionen“ erwäge. Hinsichtlich der deutschen Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie bittet Erhard zu betonen, daß sich gesetzliche Maßnahmen gegen derartige Aktivitäten wegen der „Stimmung im Bundestag“ auf Dauer schwer vermeiden ließen. Deshalb möge Gerstenmaier Nasser einen „freiwilligen Verzicht auf die Weiterbeschäftigung“ nahelegen.

- 341** 16.11. **Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissar McCloy** S. 1336

McCloy bedauert, daß Adenauer seit Abschluß des deutsch-französischen Vertrags eine „zunehmend kritische Haltung“ gegenüber der amerikanischen Position einnehme. Die USA begrüßten die deutsch-französische Aussöhnung und hielten nur die Bildung einer „Achse“ oder einer Hegemonie Frankreichs in Europa für unannehmbar. Derartige Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle wurzelten im 19. Jahrhundert. Folglich handle es sich für die europäischen Staaten nicht um eine Wahl zwischen Frankreich und den USA, sondern zwischen zwei Konzeptionen: der eines integrierten Europas als Partner der USA und der eines separierten Europas „mit einer eigenen militärischen Streitmacht“. Es sei der Vertrauensmangel, der die amerikanische Beunruhigung verursache.

- 342** 16.11. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen** S. 1338

Jansen analysiert die außenpolitische Konzeption des französischen Staatspräsidenten. Ihr Kern sei das Bestreben, Frankreich die führende Rolle in einem den USA gleichberechtigt gegenüberstehenden Europa zu sichern. De Gaulle halte zwar angesichts der sowjetischen Bedrohung ein Bündnis mit den USA für notwendig, lehne jedoch die militärische Integration ab und wünsche ein unabhängiges europäisches Nuklearpotential. Er wende sich ferner gegen bipolare Vorstellungen und sehe die Möglichkeit einer „pluralistischen Außenpolitik“ Europas. In diesem Rahmen sei auch die jüngste Verbesserung der französisch-sowjetischen Beziehungen zu verstehen. Besonderes Gewicht aber habe das deutsch-französische Verhältnis. Aller-

dings gehe es de Gaulle nach der mißglückten engen Anbindung vorerst darum, der wirtschaftlich starken Bundesrepublik eine „Schlüsselstellung in Europa“ zu verwehren.

- 343** 17.11. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** S. 1343
- Carstens hält ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung fest. Während Schumann zum MLF-Projekt erklärte, es „zerstöre die europäische Zusammenarbeit“, kritisierte Carstens, daß Frankreich seine Vorstellung von einer europäischen Nuklearmacht nicht präzisiere. Schumann erinnerte an Äußerungen des französischen Staatspräsidenten vom 4. Juli 1964 anlässlich der Regierungsbesprechungen in Bonn und teilte mit, de Gaulle „brenne darauf“, über eine „Europäisierung der Force de frappe“ zu sprechen.
- 344** 17.11. **Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen** S. 1345
- Der Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, wertet die Europa-Initiative der Bundesregierung „im allgemeinen als interessant und nützlich“. Vorbehalte äußert er insbesondere gegen den vorgesehenen Ausschuß unabhängiger Berater und gegen die Festlegungen zugunsten einer Mitwirkung anderer als der EWG-Staaten. Hinsichtlich des Bemühens, eine Anerkennung des Deutschen als Arbeitssprache im Europarat zu erreichen, sagt er Unterstützung zu. Einigkeit wird darüber festgestellt, daß nach dem Führungswechsel in der UdSSR eine Änderung der sowjetischen Außenpolitik nicht erkennbar sei. Die Erörterung der Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei über einen Austausch von Handelsvertretungen ergibt, daß die tschechoslowakische Politik größere Zurückhaltung erkennen lasse. Lucet konstatiert „ähnliche Unsicherheit“ in anderen Ostblock-Staaten mit Ausnahme Rumäniens.
- 345** 17.11. **Botschafter Federer, Kairo, an Bundesminister Schröder** S. 1356
- Federer weist auf die kritische Devisenlage der VAR hin. Er gibt zu bedenken, daß ein Kredit der Bundesrepublik „honoriert werden“ könnte.
- 346** 18.11. **Staatssekretär Carstens an Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan)** S. 1357
- Carstens bittet darauf hinzuwirken, daß der Vatikan seine bisherige Position in der Frage der Diözesangrenzen in den 1945 der polnischen Verwaltung unterstellten Ostgebieten des Deutschen Reiches aufrechterhalte. Er verweist auf Zusagen gegen-

über Vertretern der Vertriebenenverbände, daß die Bundesregierung aktiv für die Wiederherstellung des Rechts eintreten werde.

- 347** 19.11. **Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard** S. 1359

Schröder legt dar, daß eine weitere Verzögerung einer Regelung des EWG-Getreidepreises nachteilig sowohl für die Verhandlungen bei der Kennedy-Runde als auch für die Europa-Initiative der Bundesregierung wirken würde. Er bittet daher um Zustimmung zu einer baldigen Annahme des Mansholt-Plans mit dem Termin 1. Juli 1967 als Zeitpunkt des Inkrafttretens. Da die Bundesrepublik dadurch den „letzten großen Trumpf“ einsetze, sollten im Gegenzug von den EWG-Partnern Zusagen hinsichtlich eines erfolgreichen Verlaufs der Kennedy-Runde, des Abbaus der Zoll- und Steuergrenzen innerhalb der Gemeinschaft und der politischen Zusammenarbeit gefordert werden.

- 348** 19.11. **Gespräch des Bundesministers Schröder mit Generalsekretär Brosio, NATO** S. 1362

Anläßlich des Antrittsbesuchs des neuen NATO-Generalsekretärs erläutert Schröder die Vorteile der geplanten MLF und legt die französische und die britische Haltung dar. Als langfristiges Ziel der Bundesrepublik nennt er die „Teilnahme an dem Nuklear-Potential der freien westlichen Welt“. Brosio führt die französischen Widerstände auf den Eindruck zurück, die politischen Implikationen der MLF seien gegen Frankreich gerichtet. Er empfiehlt daher, die militärische Bedeutung des Projekts stärker zu betonen. Hinsichtlich der Zypern-Frage tritt er dafür ein, den türkischen Vorschlag bilateraler Verhandlungen mit Griechenland vorsichtig zu unterstützen.

- 349** 19.11. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen** S. 1366

Anhand der mündlichen Berichterstattung des Botschafters Koenig rekapituliert Jansen den Stand der Beziehungen zwischen Zypern und der DDR. Nach Abschluß einer Luftverkehrsvereinbarung und eines Handelsabkommens sowie angesichts der geplanten Zulassung einer Handelsvertretung der DDR in Nikosia plädiert er für ein „energisches Auftreten“. Er empfiehlt die Entsendung eines Unterhändlers, der eine Erklärung des zyprischen Präsidenten durchsetzen müsse, daß keine Aufwertung der DDR beabsichtigt sei und anstelle einer Handelsvertretung lediglich eine Handelskammervertretung der DDR genehmigt werde. Im Fall zyprischer Intransigenz solle unter anderem die Einstellung der Kapitalhilfe und der technischen Hilfe als „Druckmittel“ verwandt werden.

- 350** 19.11. **Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt** S. 1369
- Der Botschafter konstatiert eine Verhärtung des französischen „Feldzugs“ gegen die MLF. Die durch die jüngsten militärischen Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und den USA verstärkte Mißstimmung des Staatspräsidenten de Gaulle könne zu einer Kündigung der deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit und zur Einstellung der Unterstützung in der Deutschland- und Berlin-Frage führen. Für unwahrscheinlich hält Klaiber ein Ausscheiden Frankreichs aus der NATO, doch sei eine Reduzierung der Mitarbeit bis hin zu einer „Politik des ‚empty chair‘ im NATO-Rat“ denkbar.
- 351** 22.11. **Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens** S. 1372
- Der Staatssekretär informiert über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter. Carstens kritisierte die „plötzliche Schwenkung“ Frankreichs gegen die MLF und das Fehlen eines konstruktiven Alternativvorschlags. De Margerie verwies auf die einmütige Ablehnung der MLF in Frankreich und erläuterte weitere Problemfelder der Beziehungen zur Bundesrepublik. Seiner Anregung, eine „gewisse Erleichterung“ durch Verschönerung des MLF-Projekts zu erreichen, widersprach Carstens.
- 352** 23.11. **Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens** S. 1374
- Federer berichtet über die Unterredung des Bundestagspräsidenten mit Präsident Nasser. Gerstenmaier sprach sich dafür aus, in den bilateralen Beziehungen „eine neue Ära zu eröffnen“, und warb um Verständnis für das durch die nationalsozialistische Herrschaft geprägte besondere Verhältnis zu Israel. Er erläuterte, daß das „allgemeine Schuldgefühl“ der Deutschen durch das Fehlen diplomatischer Beziehungen zusätzlich verstärkt werde, was die „zuweilen überdimensionalen Forderungen“ Israels erkläre. Nasser gab seiner Enttäuschung über die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel Ausdruck. Gerstenmaier betonte, daß weder er noch der Bundestag „noch seines Wissens das Auswärtige Amt“ die geheimen Vereinbarungen gekannt hätten. Sein Plädoyer für ein gesetzliches Verbot von Rüstungsexporten an Staaten außerhalb der NATO wurde vom ägyptischen Präsidenten begrüßt. Positiv reagierte Nasser auch auf die Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik.
- 353** 23.11. **Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington** S. 1380
- Die Gesprächspartner erörtern die Hintergründe des Führungswechsels in der UdSSR und die Auswirkungen auf die sowjetische Außenpolitik, insbesondere hinsichtlich der Volksrepublik China. Schröder erkennt „erste Früchte“ seiner Ostpolitik dar-

in, daß die Ostblock-Staaten eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik höher zu werten begännen als die mit der DDR. Hinsichtlich der Gespräche mit der Tschechoslowakei über den Austausch von Handelsvertretungen erläutert er die Problematik einer Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens von 1938, während er für eine Einbeziehung von Berlin (West) „keine unüberwindbaren Schwierigkeiten“ konstatiert. Rusk beantwortet die Bitte um amerikanische Aktivität in der Deutschland-Frage mit dem Hinweis auf das Fehlen aussichtsreicher Vorschläge. Schröder regt an, durch Bildung eines Viermächte-Gremiums wenigstens einen „prozeduralen Fortschritt“ anzustreben. Abschließend bittet er um Unterstützung gegen Versuche der DDR, einen Beobachterstatus in der UNO zu erhalten, und wünscht Konsultationen zur Formulierung einer deutschlandpolitisch unbedenklichen Beitrittsklausel für internationale Abkommen.

- 354** 24.11. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, S. 1388
z. Z. Washington

Carstens schildert die Beunruhigung des Bundeskanzlers wegen der Erklärung des Premierministers Wilson vom 23. November vor dem Unterhaus. Erhard befürchte, die britischen Vorschläge zur MLF enthielten kein europäisches Element und seien daher „nicht akzeptabel“. Er bitte den Bundesminister, in den USA für die bisherige Konzeption einzutreten.

- 355** 24.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 1389

Jansen gibt Informationen des französischen Botschafters über ein Gespräch mit dem Bundeskanzler wieder. De Margerie habe den Eindruck gewonnen, daß im Bundeskanzleramt die Zukunft des MLF-Projekts wegen der britischen Erklärungen skeptischer beurteilt werde. Hinsichtlich der Getreidepreisfrage habe Erhard die innenpolitischen Schwierigkeiten geschildert und französische Unterstützung durch positivere Reaktion auf die Europa-Initiative der Bundesregierung angeregt. Er habe ferner gebeten, die jüngste deutsch-amerikanische Vereinbarung über Rüstungskooperation „nicht zu ernst zu nehmen“.

- 356** 25.11. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, S. 1391
z. Z. Washington

Carstens bewertet die Erklärung des Premierministers Wilson vom 23. November vor dem britischen Unterhaus. Der „bedenklichste Punkt“ liege im Plädoyer für ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, dem Rüstungskontrollmaßnahmen in Europa folgen könnten. Carstens rät, in den USA diesbezüglich die Ablehnung jeglicher Diskriminierung der Bundesrepublik zu betonen.

- 357** 25.11. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1393
- Carstens berichtet von einem Gespräch mit dem italienischen Botschafter. Lucioli informierte über die Bewertung der britischen Vorschläge zum MLF-Projekt, die durch das nationale Element innerhalb der geplanten Streitmacht den multilateralen Charakter „verwischen und verwässern“ würden. Carstens bezweifelte, daß Großbritannien ein Vetorecht anstrebe, da es für eine Gleichstellung der europäischen Teilnehmerstaaten eintrete. Er hielt zudem eine Einbeziehung britischer U-Boote für denkbar, wenn eine gemischt-nationale Bemannung in Aussicht gestellt würde.
- 358** 25.11. Staatssekretär Lahr an Bundesminister Schröder, S. 1394
z. Z. Washington
- Lahr informiert über die Entscheidung des Bundeskanzlers, auf der Sitzung des EWG-Ministerrats am 1. Dezember den Mansholt-Plan zur Regelung des Getreidepreises im Grundsatz anzunehmen. Diese Zustimmung solle auf nationaler Ebene mit Ausgleichsmaßnahmen für die Landwirtschaft und gegenüber den EWG-Partnern mit politischen Erwartungen hinsichtlich der Europa-Initiative der Bundesregierung verbunden werden.
- 359** 25.11. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1397
- Klaiber leitet Informationen aus dem französischen Außenministerium weiter. Der Leiter der Europa-Abteilung habe mitgeteilt, es gebe keine konkreten Planungen für die von Staatspräsident de Gaulle propagierte eigenständige Verteidigung Europas. Puaux habe ferner den „erbitterten Widerstand“ gegen die MLF betont, die als Instrument der USA zur Isolierung Frankreichs betrachtet werde. Ein anderer Gesprächspartner habe den militärischen Wert einer MLF bezweifelt und ausdrücklich vor einer Mitwirkung gewarnt; alles deute darauf hin, daß die USA Europa, und insbesondere die Bundesrepublik, „atomwaffenfrei machen“ wollten.
- 360** 26.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 1399
amerikanischen Außenminister Rusk in Washington
- Schröder stellt fest, daß Großbritannien von einer auf Überwasserschiffe beschränkten MLF „recht wenig“ halte. Er erklärt, die Bundesregierung könne einer Einbeziehung von U-Booten zustimmen, wolle jedoch im übrigen an der bisherigen Konzeption – insbesondere an der Unterstellung unter SACEUR – festhalten. Ferner müsse bei den von britischer Seite angedeuteten Abrüstungsmaßnahmen in Europa jede „Diskriminierung Deutschlands“ ausgeschlossen werden. Rusk vermutet, die bri-

tischen Vorschläge dienten dem Zweck, eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben zu vermeiden. Eine Ablehnung des MLF-Projekts durch Großbritannien hält er für unwahrscheinlich.

- 361** 26.11. Bundesminister Schröder, z. Z. Washington, an Bundeskanzler Erhard S. 1404

Schröder unterrichtet über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Ball sprach sich für eine langfristige Stützung des britischen Pfunds aus. Er regte Gespräche mit Premierminister Wilson an und empfahl der Bundesregierung, von Großbritannien als Gegenleistung politische Zugeständnisse wie etwa eine „vorbehaltlose britische Unterstützung des MLF-Projekts“ zu fordern.

- 362** 26.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1406

Carstens gibt ein Gespräch mit dem britischen Botschafter wieder. Roberts zeigte sich enttäuscht, daß auf die Erklärung des Premierministers Wilson vom 23. November vor dem Unterhaus schärfer reagiert worden sei als auf die Rede des französischen Staatspräsidenten vom 22. November in Straßburg. Carstens erklärte, de Gaulle habe sich freundschaftlicher geäußert, und erwähnte, daß die Bundesregierung nach der Stützung des britischen Pfunds auf Gegenleistungen hoffe. Er resümiert, Roberts habe den Eindruck einer „beträchtlichen Verhandlungsmarge“ in der britischen Position zur MLF erwecken wollen.

- 363** 27.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Bundy in Washington S. 1408

Der Bundesminister konstatiert, daß zur Bekräftigung der amerikanischen Präsenz in Europa die Durchführung konkreter Projekte wie der geplanten MLF erforderlich sei. Er drängt auf eine rasche Verwirklichung dieses Vorhabens und verweist auf eine „gewisse Leichtfertigkeit“ in der Diskussion um die europäische Sicherheit: Die Bedrohung durch die UdSSR werde als nicht mehr so groß eingeschätzt, das Selbstbewußtsein der europäischen Staaten wachse und die Vorstellung des französischen Staatspräsidenten, daß Europa „unabhängig und eigenständig“ sein müsse, gewinne an Boden. Schröder betont demgegenüber die Unabdingbarkeit des europäischen Engagements der USA sowohl für eine glaubhafte Abschreckung als auch für eine Lösung der Deutschland-Frage. Bundy hebt hervor, daß in dieser Frage der „Kern des europäischen Problems“ liege. Er bestätigt die Notwendigkeit von Fortschritten für die MLF, wertet sie allerdings als „Mittel zum Zweck“ und bedauert die Konzentration auf militärische Vorschläge zu einer Zeit, da „niemand an der militärischen Seite so besonders interessiert“ sei.

- 364** 30.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1413
- Carstens hält ein Gespräch mit dem französischen Botschafter fest. De Margerie berichtete, Bundeskanzler Erhard habe ihm gegenüber erklärt, daß er nach einer Lösung der Getreidepreisfrage Fortschritte bei der politischen Einigung Europas „fest erwarte und damit rechne“. Er, der Botschafter, habe auf die wachsende Kritik an der MLF aufmerksam gemacht. Carstens bekräftigte demgegenüber das Festhalten an diesem Projekt und die Übereinstimmung mit den USA.
- 365** 30.11. Botschafter Freiherr von Mirbach, z. Z. Nikosia, S. 1414
an das Auswärtige Amt
- Der Botschafter berichtet über erste Ergebnisse seiner Intervention bei der zyprischen Regierung. Im Gespräch mit Präsident Makarios kritisierte Mirbach das Handelsabkommen vom 7. November 1964 zwischen Zypern und der DDR, das als de-facto-Anerkennung gewertet werden könne. Er warnte ferner vor der Errichtung einer Handelsvertretung der DDR – insbesondere vor einer Zuerkennung konsularischer Befugnisse – und empfahl, nur eine Handelskammervertretung zuzulassen. In der anschließenden Unterredung mit Handelsminister Araouzos stellte sich heraus, daß der DDR bereits konsularische Vorrechte zugesichert worden waren. Mirbach nennt abschließend die Gegenmaßnahmen für den Fall, daß Makarios „störrisch“ bleibe.
- 366** 01.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1418
- Carstens gibt eine Unterredung mit den Botschaftern der drei Westmächte wieder. Der Staatssekretär teilte die Auffassung, daß der Interzonenhandel nicht für Maßnahmen gegen den von der DDR eingeführten Zwangsumtausch geeignet sei, da er als mögliches Druckmittel zur Freihaltung des Verkehrs von und nach Berlin (West) dienen sollte. Er informierte, daß die Bundesregierung in der Deutschland-Frage einen Vorschlag zur Bildung eines Viermächte-Gremiums vorbereite, und begründete die Ablehnung kultureller Beziehungen mit der UdSSR, solange diese der Bundesrepublik das Recht auf Vertretung von Berlin (West) bestreite. Demgegenüber äußerten der britische und der amerikanische Botschafter, daß die Bundesrepublik die Stadt als „Schaufenster“ gegenüber den Ostblock-Staaten nutzen und „so viel kulturelle Kontakte wie nur möglich herstellen“ sollte.
- 367** 03.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder S. 1421
- Der Leiter der Rechtsabteilung bilanziert den Stand der Familienzusammenführung von Deutschstämmigen aus Rumänien. Nach Überreichung einer ersten Liste an die rumänische Regierung seien, so hält er fest, eine Reihe von Ausreisegenehmigun-

der Bundesrepublik zur Stützung des britischen Pfunds günstig wirke. Besorgnis zeigt er wegen der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Lösung zur Regelung des EWG-Getreidepreises. Schröder entgegnet, daß die nationalen Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft nicht zu Lasten des Verteidigungshaushalts gehen sollten. Insbesondere erwartet er keine Rückwirkungen auf die Offset-Einkäufe in den USA.

- 371** 04.12. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem S. 1440
paraguayischen Botschafter Moreira

Moreira übermittelt ein Aide-Mémoire zum Fall Mengele. Er vertritt die Auffassung, daß sich der ehemalige Lagerarzt im Konzentrationslager Auschwitz nicht in Paraguay aufhalte, und äußert Besorgnis über anderslautende Meldungen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, die den Eindruck erweckten, als gingen die Informationen auf den Botschafter der Bundesrepublik in Asunción zurück. Carstens bekräftigt, daß es „Anzeichen“ für einen Aufenthalt von Mengele in Paraguay gebe, und widerspricht den gegen Botschafter Briest erhobenen Vorwürfen.

- 372** 04.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 1443
britischen Botschafter Roberts

Roberts weist auf die britischen Schwierigkeiten hin, für das MLF-Projekt ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen. Die Kritik von Schröder an Äußerungen des Premierministers Wilson am 23. November vor dem Unterhaus, daß die Bundesrepublik keinen „Finger am Abzugshahn“ haben dürfe, beantwortet er mit dem Hinweis auf notwendige Rücksichten auf den linken Flügel der Labour Party. Er bekräftigt den britischen Wunsch, an den Bemühungen um eine europäische politische Einigung beteiligt zu werden. Der Bundesminister zeigt sich überzeugt, daß die USA ebenso wie die Bundesregierung an den Kerngedanken der MLF-Planungen festhielten. Hinsichtlich der europäischen Politik betont er das französische und niederländische Desinteresse an neuen Institutionen.

- 373** 05.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1446

Lahr hält aus einem Gespräch vom 27. November mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium fest, er sei dem Eindruck unzureichender Rüstungskäufe der Bundesrepublik in Frankreich entgegengetreten. Er habe Wormser darauf hingewiesen, daß Frankreich nach den USA der zweitwichtigste Lieferant von militärischer Ausrüstung für die Bundeswehr sei. Schließlich habe er bedauert, daß zu den bestehenden bilateralen Meinungsverschiedenheiten „Differenzpunkte hinzutreten, die in Wirklichkeit keine seien“.

und begrüßt die Bemühungen der Republik Korea (Südkorea) um eine Annäherung an Japan, deren Bedeutung er mit der deutsch-französischen Aussöhnung vergleicht. Es gehe, so Erhard weiter, um die Frage, „wie man die Menschen zur Beruhigung bringen“ könne, und damit um die Frage des wirtschaftlichen Aufbaus. Park dankt für die Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik und betont, „daß man von Deutschland noch viel lernen müsse“.

- 377** 09.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 1463

Der Bundesminister erläutert die Schwierigkeiten in den Gesprächen mit der tschechoslowakischen Regierung über einen Austausch von Handelsvertretungen. Couve de Murville hält die Tschechoslowakei im Vergleich zu den übrigen Ostblock-Staaten für „noch am stalinistischsten“. Er plädiert für eine gemeinsame Politik, um die Unabhängigkeit dieser Staaten zu fördern, und erklärt, dabei „müsse man die 'DDR' einfach beiseite lassen“. Schröder ergänzt, eine solche Politik müsse im Interesse einer Wiedervereinigung Deutschlands die Bedeutung der DDR verringern, und trägt den Gedanken vor, der UdSSR die Bildung eines Viermächte-Gremiums vorzuschlagen. Couve de Murville bekräftigt den Vorrang der ausstehenden Agrarfragen in der EWG vor Fortschritten zur politischen Einigung. Er gibt der Europa-Initiative der Bundesregierung den Vorzug vor den Vorschlägen Italiens, warnt jedoch vor zu hohen Erwartungen. Schröder betont die Notwendigkeit einer „Verständigung über ein Minimum an Prozedur“. Hinsichtlich des MLF-Projekts bedauert er die zur Ablehnung gewandelte Haltung Frankreichs und begründet das unveränderte Interesse der Bundesrepublik. Couve de Murville bezweifelt den militärischen Nutzen und vermutet, den USA gehe es lediglich um eine Verstärkung ihrer Dominanz in Europa. Ausweichend beantwortet er die Frage nach einer französischen Alternative zur MLF. Beide Seiten konstatieren einen offenen Dissens.

- 378** 09.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 1480

Böker faßt ein Gespräch mit dem marokkanischen Botschafter zusammen. Böker erklärte, „das Auswärtige Amt und weiteste deutsche Kreise“ wünschten eine baldige Beendigung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel. Er wies ferner darauf hin, daß die Ablehnung diplomatischer Beziehungen eventuell nicht aufrechterhalten werden könne, und erwähnte die Möglichkeit eines Austauschs von Handelsvertretungen mit Israel. Abdeljalil sprach sich gegen ein gesetzliches Verbot von Rüstungsexporten der Bundesrepublik an Staaten außerhalb der NATO aus, da damit der Eindruck entstünde, daß die „mili-

tärische Überlegenheit Israels“ verewigt werden solle. Er wandte sich ferner gegen jeden Versuch, die Frage des künftigen deutsch-israelischen Verhältnisses allein mit dem ägyptischen Präsidenten zu erörtern; Nasser sei nicht mehr das „Idol der arabischen Welt“ und könnte trotz der Konsultation „im Zusammenspiel mit den Sowjets“ die Bundesrepublik „in eine Falle locken“, um anschließend eine Anerkennung der DDR zu betreiben und die Hallstein-Doktrin zu Fall zu bringen.

379 10.12. **Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete** S. 1483

Ruete hält aus einer Sitzung der Bonner Vierergruppe fest, daß Vertreter der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin gegenüber Mitarbeitern der Missionen der drei Westmächte Interesse an informellen Zusammenkünften im westlichen Stadtgebiet bekundet hätten. Es handle sich vermutlich um einen Versuch, „eine Viermächte-Verantwortung nur für West-Berlin“ vorzubereiten. Die Drei Mächte planten, den Vorschlag unter bestimmten Bedingungen aufzugreifen, um die UdSSR wieder stärker auf die Viermächte-Verantwortung für ganz Berlin zu verpflichten. Ruete empfiehlt eine Zustimmung der Bundesregierung.

380 11.12. **Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard gegenüber dem amerikanischen Botschafter McGhee** S. 1485

Erhard betont das Interesse an einer baldigen Entscheidung zugunsten der MLF auf einer „möglichst breiten Grundlage“. Der vorgesehene Umfang des Projekts sei ein „Minimum“, der britische Vorschlag, weitgehend wertlose Bomber einzubringen, dagegen wenig sinnvoll; Großbritannien wolle sich damit nur „billig in die MLF einkaufen“. Zur Verstärkung des europäischen Elements wünscht der Bundeskanzler eine möglichst enge Anbindung an SACEUR. Er zeigt sich überzeugt, daß auch Staatspräsident de Gaulle noch für eine Mitwirkung gewonnen werden könne, da Frankreich sich mit dem Aufbau der Force de frappe übernommen habe und die Bundesrepublik sich nicht auf das „Abenteuer“ einer Unterstützung einlassen werde; während die Finanzmittel im Fall der MLF angebracht seien, würden sie bei einer Beteiligung an der Force de frappe „in ein Faß ohne Boden“ geworfen. Erhard kritisiert die strategischen Kalkulationen des französischen Staatspräsidenten und konstatiert, „de Gaulles Politik sei nur möglich, weil es die USA gebe“. Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF erklärt er, nur einigen europäischen Teilnehmerstaaten solle „nach einem Schlüssel“ ein Vetorecht gewährt werden.

- 381** 11.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 1493
 britischen Außenminister Gordon Walker in
 Dorneywood

Schröder regt die Einsetzung eines Viermächte-Gremiums zur Erörterung der Deutschland-Frage an. Gordon Walker weist darauf hin, daß der sowjetische Außenminister Gromyko deutschlandpolitische Gesprächsbereitschaft signalisiert habe. Er vermutet dahinter die Absicht, das MLF-Projekt zu verzögern. Auf das Plädoyer von Schröder für einen Abschluß der MLF-Verhandlungen innerhalb von drei Monaten reagiert Gordon Walker mit Zurückhaltung und verweist auf innenpolitische Schwierigkeiten in den USA und Großbritannien. Hinsichtlich der Politik des französischen Staatspräsidenten äußert er die Besorgnis, „daß de Gaulle mit den USA brechen wolle“. Schröder erklärt dagegen, de Gaulle handle nach seinen Interessen und verhalte sich „wie ein Pokerspieler“.

- 382** 11.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 1498
 britischen Außenminister Gordon Walker in London

Gordon Walker berichtet von den Gesprächen des Premierministers Wilson vom 7. bis 9. Dezember in Washington über den britischen Vorschlag einer „Atlantic Nuclear Force“. Die amerikanischen Gesprächspartner hätten prinzipiell auf einer Erhaltung des Vetorechts der USA bestanden; britischerseits sei die Ablehnung einer nur aus Überwasserschiffen bestehenden Streitmacht erklärt und gegen ihre Unterstellung unter SACEUR argumentiert worden. Schröder teilt den Wunsch nach schnellen Entscheidungen, zumal schon beinahe zwei Jahre verhandelt werde und ein Vertrag „fast schon unterschriftsreif“ gewesen sei. Er verteidigt das bisherige MLF-Projekt und tritt für eine Unterstellung unter SACEUR ein. Eine Einbeziehung britischer U-Boote hält er für denkbar, eine Einbeziehung von Bombern wegen deren rascher Veraltung für wenig gewinnbringend. Besonderen Wert legt er auf eine Beteiligung Großbritanniens an der im MLF-Konzept vorgesehenen Überwasserflotte. Zur Anregung einer „Nichtweiterverbreitungsklausel“ für Kernwaffen signalisiert Schröder Zustimmung, wenn die Möglichkeit einer Teilnahme der Bundesrepublik an einer künftigen europäischen Atommacht offenbleibe.

- 383** 11.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit S. 1510
 Premierminister Wilson in London

Mit Bezug auf die Äußerungen des Premierministers am 23. November vor dem britischen Unterhaus gegen eine Verfügungsgewalt der Bundesrepublik über Atomwaffen betont Schröder „die deutsche Anfälligkeit auf alles, was einer Diskriminierung ähnlich sähe“. Er legt dar, daß die Motive zur Teilnahme an einer MLF ausschließlich verteidigungspolitischer

Natur seien; daher handle es sich für die Bundesregierung nicht darum, „wer den Finger am Abzug habe“. Wilson spricht sich für eine „glaubwürdige kollektive nukleare Abschreckung unter gleichzeitiger Vermeidung der Verbreitung von Atomwaffen“ aus. Schröder hält eine Verbindung des MLF-Projekts mit dem britischen Vorschlag einer ANF für möglich, beharrt jedoch auf der Bildung einer Überwasserflotte, um auch „politisch-psychologisch überzeugend“ das Mitwirken der „nichtnuklearen Mächte“ zum Ausdruck zu bringen. Zudem sei eine britische Beteiligung an der gemischten Besetzung von besonderer Bedeutung.

- 384** 11.12. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, S. 1513
z. Z. London

Carstens nimmt zu den britischen Vorstellungen hinsichtlich der geplanten MLF Stellung. Er vertritt die Ansicht, daß das Prinzip der gleichberechtigten Teilnahme von Großbritannien, der Bundesrepublik, Italien „und eventuell Frankreich“ eindeutiger zum Ausdruck gebracht werden müsse. Ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen hält er nur unter bestimmten Voraussetzungen für denkbar, eine Einbeziehung von Pershing-Raketen für unmöglich. Das britische Argument, SACEUR dürfe nicht über Waffen verfügen, die in das „Herz des Sowjetreiches“ zielten, bezeichnet er als abwegig, weil eine Bedrohung nur von der UdSSR ausgehe. Positiv wertet er die Position der USA, nicht unbedingt für immer auf ihrem Vetorecht bei einem eventuellen Einsatz der MLF bestehen zu wollen.

- 385** 11.12. Vermerk des Ministerialdirektors Jansen S. 1515

Jansen faßt den Bericht des Bundestagspräsidenten vor einem interfraktionellen Gremium des Bundestags über seinen Besuch vom 20. bis 23. November in der VAR zusammen. Gerstenmaier wies darauf hin, daß Präsident Nasser in allen Israel betreffenden Fragen unter dem Druck der arabischen Öffentlichkeit stehe, und plädierte für „größte Diskretion“ in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik. Er trat ferner für eine parlamentarische Gesetzesinitiative zugunsten eines prinzipiellen Verbots von Rüstungsexporten in Staaten außerhalb der NATO ein. In der sich anschließenden Diskussion wurde auf die negativen Folgen einer solchen „Radikallösung“ vor allem im Hinblick auf Afrika hingewiesen.

- 386** 14.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem S. 1517
sowjetischen Botschafter Smirnow

Smirnow erläutert die außenpolitischen Ziele der neuen sowjetischen Regierung und drückt die Hoffnung aus, daß die Bundesregierung Vorschläge zur Abrüstung und europäischen

Sicherheit unterstützen werde. Besorgt zeigt er sich über die geplante MLF und eine Beteiligung der Bundesrepublik, die nicht zuletzt eine „Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten“ erschweren würde. Erhard befürwortet eine kontrollierte Abrüstung, wendet sich aber gegen eine Diskriminierung einzelner Staaten. Er erläutert, die MLF solle ein Gegengewicht gegen die Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen bilden; es gehe nicht um eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, sondern um den „Schutz des eigenen Landes mit gleichwertigen Mitteln“. Smirnow bezeichnet das MLF-Projekt als „Rückschritt auf dem Gebiet der internationalen Entspannung“ und als Hindernis für eine Wiedervereinigung Deutschlands. Der Bundeskanzler regt Gespräche der Vier Mächte über die Deutschland-Frage an und erklärt, daß sich bei Fortschritten „unter Umständen auch die MLF-Frage zurückstellen“ lasse. Er schließt mit der Feststellung, daß die Bundesrepublik um einer Wiedervereinigung willen bereit sei, „große materielle und politische Opfer zu bringen“.

- 387** 14.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern Rusk, Gordon Walker und Couve de Murville in Paris S. 1528

Bundesminister Schröder bringt seine Enttäuschung über die Zurückhaltung in der Frage einer neuen Deutschland-Initiative zum Ausdruck. Er tritt dafür ein, der UdSSR die Bildung eines Viermächte-Gremiums zur Behandlung der Deutschland-Frage vorzuschlagen. Der amerikanische Außenminister Rusk steht deutschlandpolitischen Gesprächen mit der UdSSR skeptisch gegenüber und betont, es müsse vor einer neuen Initiative „klar sein, wo der Weg hinführe“. Er verweist auf die Frage der Ostgrenzen Deutschlands und die unvermeidliche Positionsbestimmung der drei Westmächte, die „nicht angenehm für die deutsche Öffentlichkeit“ wäre. Schröder räumt ein, daß eine Übereinstimmung in der Deutschland-Frage derzeit nicht erzielt werden könne, hält jedoch das Risiko einer Initiative gegenüber der UdSSR für gering. Zur Frage eines Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten erklärt er, Kossygin werde allenfalls „in fernerer Zukunft“ in die Bundesrepublik kommen, während der ehemalige Ministerpräsident Chruschtschow „lieber heute als morgen“ gereist wäre.

- 388** 15.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 1534

Böker referiert ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär der amerikanischen Botschaft. Böker versprach, die von Sutterlin vorgebrachte Bitte weiterzuleiten, die Geheimhaltung der über die Bundesrepublik abgewickelten Panzerlieferungen der USA an Israel zu wahren. Allerdings machte er darauf aufmerksam, daß

die arabischen Staaten durch ihre Geheimdienste „sehr genau“ über die militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel informiert seien. Das Lieferverfahren selbst bewertete er jedoch als „seltsame Idee“; gesetzgeberische Maßnahmen könnten die Folge sein. Sutterlin stellte die Verantwortlichkeit des amerikanischen Verteidigungsministeriums heraus.

- 389** 15.12. Botschafter Klaiber, Paris, an Staatssekretär Carstens S. 1535

Klaiber leitet Informationen der britischen Botschaft in Paris über ein Gespräch des britischen mit dem französischen Außenminister weiter. Gordon Walker habe den Vorschlag einer „Atlantic Nuclear Force“ dargelegt. Eine ANF sei jedoch von Couve de Murville ebenso wie eine MLF verworfen worden, da die militärische Integration nur die amerikanische „Vorherrschaft“ sichere; schon jetzt sei die Bundeswehr eine Art „foreign legion“ der USA. Eine Beteiligung Italiens und der Bundesrepublik an der Force de frappe – nach Bildung einer europäischen politischen Union – habe Couve de Murville abgelehnt, weil Italien ein Mitspracherecht nicht wünsche und es für die Bundesrepublik „im Hinblick auf die Teilung Deutschlands“ nicht in Frage komme. Die Möglichkeit eines Austritts aus der NATO habe er nicht ausgeschlossen, falls deren Entwicklung „weiter für Frankreich unbefriedigend“ verlaufe.

- 390** 16.12. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 1537

Carstens hält ein Gespräch mit dem Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Gumbel, fest. Dem Gedanken, für die Bundeswehr einen amerikanischen Flugplatz in Spanien zu übernehmen, gab Carstens den Vorzug vor einem entsprechenden Projekt in Portugal. Er machte aber auf mögliche Kritik im In- und Ausland aufmerksam und empfahl Gumbel, die Frage bis Ende 1965 zurückzustellen.

- 391** 17.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach S. 1538

Der Leiter des Planungsstabs weist darauf hin, daß die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht als Grundlage der Deutschland-Politik insofern problematisch sei, als die Ostblock-Staaten dadurch ihre gesellschaftspolitische Ordnung in Frage gestellt sehen könnten. Die Bundesregierung solle diesen Staaten daher Bereitschaft zu stillschweigender Anerkennung der inneren Ordnung sowie des „sozialistischen Internationalismus“ signalisieren, sofern sie ihrerseits gegenüber der UdSSR für eine „Entlassung Mitteldeutschlands aus dem kommunistischen Lager“ einträten. Müller-Roschach empfiehlt, entspre-

chende Sondierungen über ausgewählte Auslandsvertretungen in den blockfreien Staaten einzuleiten und die Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten über die skizzierten Überlegungen zu unterrichten.

- 392** 19.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1541

Angesichts in der Bundesrepublik geäußerter Zweifel am amerikanischen Engagement für die geplante MLF wünscht Schröder „starke Hinweise“, daß die USA ernsthaft um eine Lösung der durch den britischen ANF-Vorschlag aufgeworfenen Probleme bemüht seien. McGhee erwidert, Präsident Johnson wolle das Projekt nicht erzwingen; es „müsse sich natürlich entwickeln“. Schröder entgegnet, es gehe nicht um Zwang, sondern um eine konstruktive Überwindung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten, und damit „eher um eine Frage der Psychologie“. Abschließend erklärt er, daß er „der Optik wegen“ derzeit nicht beabsichtige, den Vorschlag eines Viermächte-Gremiums zur Behandlung der Deutschland-Frage in der Washingtoner Botschaftergruppe erörtern zu lassen.

- 393** 21.12. Aufzeichnung des Botschaftsrats I. Klasse Hartlieb, Paris (NATO) S. 1544

Hartlieb analysiert die britischen Vorschläge zur Schaffung einer „Atlantic Nuclear Force“ und vergleicht sie mit dem bisherigen MLF-Konzept. Eingehend widmet er sich den Problemfeldern der Art, Bestückung und Besatzung der einzubeziehenden Waffensysteme sowie der Organisation, Kommandostruktur und politischen Kontrolle. Kritisch äußert er sich zu dem Gedanken, das Projekt mit Verpflichtungen hinsichtlich der Nichtverbreitung von Atomwaffen zu verbinden. Er vermutet dahinter die Zielsetzung, die Bundesrepublik zu „entnuklearisieren“, eine europäische Atommacht zu verhindern und „eine faktische, später auch juristische Anerkennung des Status quo“ vorzubereiten. Zusammenfassend stellt er fest, die britischen Vorschläge dienten der Absicht, Großbritannien in einer MLF/ANF eine führende Rolle neben den USA im Sinne eines „anglo-amerikanischen Direktoriums“ zu sichern und zugleich ein nationales Abschreckungspotential zu bewahren. Dagegen werde die Bundesrepublik zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in einer Weise diskriminiert, die mit ihrer Stellung „als Faktor von europäischem und weltpolitischem Rang“ nicht vereinbar sei.

- 397** 23.12. **Bundesminister Schröder an Botschafter von Walther, S. 1560
Ankara**
- Schröder teilt mit, er erwäge, Polen den Abschluß eines politischen Vertrags anzubieten. Er bittet festzustellen, ob Sondierungsgespräche über den polnischen Botschafter in Ankara, Gebert, arrangiert werden könnten, und ermächtigt Walther, nötigenfalls von dem Vorhaben eines Nichtangriffsabkommens Kenntnis zu geben.
- 398** 23.12. **Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete** S. 1562
- Ruete erörtert den Vorschlag des polnischen Außenministers Rapacki, eine „Konferenz zum Studium des Problems der europäischen Sicherheit“ einzuberufen. Er hebt die deutschlandpolitischen Nachteile hervor, plädiert jedoch aus taktischen Gründen gegen eine Ablehnung. Statt dessen solle die Bundesregierung eine Konferenz als erwägenswert bezeichnen, wenn auch das Selbstbestimmungsrecht behandelt würde und die Teilnahme der Vier Mächte sowie der Ausschluß von Staaten, die nicht von allen Teilnehmern anerkannt seien, gesichert wäre. Ruete regt entsprechende Konsultationen in der Washingtoner Botschaftergruppe an.
- 399** 28.12. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs** S. 1565
- Sachs empfiehlt, Verhandlungen über eine Modifizierung des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens vom 11. Mai 1964 zu verschieben. Vermutlich werde erst im Februar 1965 absehbar, ob der zugesagte vollständige Devisenausgleich nicht geleistet werden könne. Neue Verhandlungen besäßen nur dann Erfolgsaussicht, wenn die USA die gleichzeitigen Belastungen der Bundesrepublik durch den Devisenausgleich mit Großbritannien würdigten oder sogar – eventuell gegen britische Konzessionen zugunsten der MLF – zu einer Verlagerung deutscher Rüstungskäufe von USA nach Großbritannien bereit wären. Es bestünde dann die Möglichkeit trilateraler Gespräche, durch die der bisherige doppelte Druck auf die Bundesregierung „besser abgefangen werden“ könnte.
- 400** 30.12. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf** S. 1568
- Krapf weist darauf hin, daß die drei Westmächte in der Deutschland-Frage wenig Neigung zeigten, „sich für uns gegenüber den Sowjets zu engagieren“. Vor diesem Hintergrund befürwortet er den Vorschlag des Planungsstabs, die „Selbstbestimmungspolitik“ der Bundesregierung gegenüber den Ostblock-Staaten so zu präzisieren, daß deren Interessengemeinschaft mit der DDR aufgelockert werde. Zwar würde, so gibt Krapf zu bedenken, im Gegenzug unvermeidlich das Problem der Oder-Neiße-Linie

aufgeworfen werden, doch sei es entscheidend, hinsichtlich der Wiedervereinigung aus der „derzeitigen Stagnation“ herauszukommen.

- 401 30.12. Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1570

Knapstein stellt fest, der amerikanische Präsident habe nach seinem Wahlsieg, anders als erwartet, in der Außenpolitik eine Linie des „soft approach“ verfolgt. Die propagierte Flexibilität wirke sich besonders hinsichtlich des MLF-Projekts aus, für das Johnson eine Berücksichtigung der britischen ANF-Vorschläge wünsche und durch „Fallenlassen des amerikanischen Drucks“ Spannungen in der NATO vermeiden und eine eventuelle Mitwirkung Frankreichs erreichen wolle. Diese Haltung entspringe vor allem der Rücksichtnahme auf die amerikanische Öffentlichkeit und den Kongreß, deren Kritik durch die heftige französische Ablehnung der MLF ausgelöst worden sei. Johnson wolle sich nicht dem Vorwurf aussetzen, er schreite auf einem „Kollisionskurs“ voran, der die NATO spalten könnte. Gleichwohl bestehe das Interesse an einer Lösung des „nuklearen Problems“ der NATO im Sinne des MLF-Projekts fort. Der Botschafter rät, der amerikanischen Regierung einen deutsch-italienischen Gegenentwurf zum britischen ANF-Vorschlag vorzulegen, in dem von Großbritannien zu stellende U-Boote und – für eine Übergangszeit – auch Bomber einbezogen werden sollten.

- 402 31.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1578

Lahr faßt ein Gespräch mit dem französischen Botschafter zusammen. De Margerie teilte mit, Frankreich plane bis 1967 eine erhebliche Ausweitung des Handels mit der DDR und wolle Lieferkredite mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren gewähren. Lahr zeigte sich überrascht über die „brüske und starke Steigerung“, die zu unnötigen Belastungen im deutsch-französischen Verhältnis führen könne. Er kritisierte, daß die Bundesregierung „nur informiert, aber nicht konsultiert“ werde, und bat, eine Stellungnahme abzuwarten. De Margerie konstatierte, Frankreich könne kaum mehr vom Verhandlungsergebnis mit der DDR abrücken, da „die Vereinbarung als so gut wie unterschrieben“ betrachtet werden müsse.

Literaturverzeichnis

- AAPD 1963 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Bde. I–III, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, bearbeitet von Rainer A. Blasius, Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1994.
- ABKOMMEN VON MÜNCHEN 1938 Das Abkommen von München 1938. Tschechoslowakische diplomatische Dokumente 1937–1939, zusammengestellt, mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Vaclav Kral, Prag 1968.
- ACHTER GESAMTBERICHT (1965) Achter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1964 – 31. März 1965), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1965.
- ADAP, D, II Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Bd. II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938), Baden-Baden 1950.
- ADAP, D, IV Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Bd. IV: Die Nachwirkungen von München. Oktober 1938 – März 1939, Baden-Baden 1951.
- ADAP, D, VII Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Bd. VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch. 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956.
- ADAP, D, IX Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Bd. IX: Die Kriegsjahre. 2. Teilband: 18. März bis 22. Juni 1940, Frankfurt a.M. 1962.
- ADENAUER, Erinnerungen II Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966.
- ADENAUER, Erinnerungen III Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967.
- ADENAUER, Erinnerungen IV Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959–1963. Fragmente, Stuttgart 1968.
- AdG Archiv der Gegenwart (bis 1955: Keesing's Archiv der Gegenwart), zusammengestellt bzw. begründet von Heinrich von Sieglar, 1931 ff.
- ADSHUBEJ, Gestürzte Hoffnung Alexej Adshubej, Gestürzte Hoffnung. Meine Erinnerungen an Chruschtschow, Berlin 1990.

Literaturverzeichnis

- L'ANNÉE POLITIQUE 1959 L'Année Politique 1959. Revue chronologique des principaux faits politiques diplomatiques, économiques et sociaux de la France et de la Communauté et bilan des organisations européennes du 1er janvier au 31 décembre 1959, Paris 1960.
- L'ANNÉE POLITIQUE 1964 L'Année Politique, économique, sociale et diplomatique en France 1964, Paris 1965.
- ANNUARIO PONTIFICIO 1964 Annuario Pontificio per l'anno 1964. [Rom] 1964.
- ANNUARIO PONTIFICIO 1965 Annuario Pontificio per l'anno 1965. [Rom] 1965.
- BT ANLAGEN Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
- BULLETIN Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BULLETIN DER EWG Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Sekretariat der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1958 ff.
- BUNDESHAUSHALTSPLAN 1964 Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1964, [Bonn] 1964.
- CARSTENS, Erinnerungen Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoekel, Boppard am Rhein 1993.
- CHARTER OF THE UNITED NATIONS Charter of the United Nations. Commentary and Documents, hrsg. von Leland M. Goodrich und Edvard Hambro, 2. Auflage, London 1949.
- CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 92 United States of America, Congressional Record. Proceedings and Debates of the 79th Congress. Second Session. Bd. 92, Washington D.C. 1946.
- CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 104 United States of America, Congressional Record. Proceedings and Debates of the 85th Congress. Second Session. Bd. 104, Washington D.C. 1958.
- CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 109 United States of America, Congressional Record. Proceedings and Debates of the 88th Congress. Second Session. Bd. 109, Washington D.C. 1963.

- DBFP, 3. Serie, Bd. II Documents on British Foreign Policy 1919–1939, hrsg. von E.L. Woodward und Rohan Butler unter Mitarbeit von Margaret Lambert. 3. Serie. Bd. II: 1938, London 1949.
- DBFP, 3. Serie, Bd. IV Documents on British Foreign Policy 1919–1939, hrsg. von E.L. Woodward und Rohan Butler unter Mitarbeit von Margaret Lambert. 3. Serie. Bd. IV: 1939, London 1951.
- DDF, 2. Serie, Bd. XV Documents diplomatiques français 1932–1939, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Commission de Publication des Documents Relatifs aux Origines de la Guerre 1939–1945. 2 Serie (1936–1939). Bd. XV (16 Mars–30 Avril 1939), Paris 1981.
- DDF 1957, Bd. II Documents diplomatiques français 1957, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français. Bd. II (1^{er} Juillet–31 Décembre), Paris 1991.
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C 1939 ff.
- DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG I/1 Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, hrsg. von Rolf Vogel, Teil I/1: Politik, München/New York/London/Paris 1989.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959 Documents on Disarmament 1945–1959, hrsg. vom Department of State, Washington D.C. 1960.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961 Documents on Disarmament 1961, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1962.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962 Documents on Disarmament 1962, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1963.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963 Documents on Disarmament 1963, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1964.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964 Documents on Disarmament 1964, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1965.
- DOCUMENTS ON GERMANY UNDER OCCUPATION Documents on Germany under Occupation 1945–1954, hrsg. von Beate Ruhm von Oppen, Oxford 1955.

Literaturverzeichnis

- DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG
UND SICHERHEIT, II
Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit.
Bd. II: 1960–1963, zusammengestellt von Hein-
rich Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1965.
- DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG
UND SICHERHEIT, III
Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit.
Bd. III: 1964–1965, zusammengestellt von
Heinrich Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1967.
- DOKUMENTATION ZUR
DEUTSCHLANDFRAGE I
Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der
Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre
1961. Hauptband I: Chronik der Ereignisse von
der Atlantik-Charta 1941 bis zur Aufkündigung
des Viermächtestatus Berlins durch die UdSSR
im November 1958, zusammengestellt von
Heinrich von Siegler, 2. Auflage, Bonn/Wien/
Zürich 1961.
- DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK
DER DDR, Bd. VIII
Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik. Bd. VIII:
1. Januar bis 31. Dezember 1960, hrsg. vom
Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin
(Ost) 1961.
- DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK
DER DDR, Bd. X
Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen
Demokratischen Republik, Bd. X: 1. Januar bis
31. Dezember 1962, hrsg. vom Deutschen Insti-
tut für Zeitgeschichte, Berlin (Ost) 1963.
- DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK
DER DDR, Bd. XI
Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen
Demokratischen Republik, Bd. XI: 1. Januar bis
31. Dezember 1963, hrsg. vom Deutschen Insti-
tut für Zeitgeschichte und vom Institut für
Internationale Beziehungen in der Deutschen
Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft
„Walter Ulbricht“, Berlin (Ost) 1965.
- DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK
DER DDR, Bd. XII
Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen
Demokratischen Republik. Bd. XII, hrsg. vom
Institut für Internationale Beziehungen an der
Deutschen Akademie für Staats- und Rechts-
wissenschaft „Walter Ulbricht“ in Zusammenar-
beit mit der Abteilung Rechts- und Vertragswe-
sen des Ministeriums für Auswärtige Angele-
genheiten der Deutschen Demokratischen
Republik, Berlin (Ost) 1966.
- DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE
1944–1966
Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, hrsg.
vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesell-
schaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn, in
Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, 3.
Auflage, München 1967.

- DOKUMENTE DES GETEILTEN
DEUTSCHLAND, Bd. 1
- DzD I
- DzD II
- DzD III
- DzD IV
- ERHARD, Gedanken
- EUROPÄISCHE POLITISCHE EINIGUNG
- DE GAULLE, Discours et messages,
Bd. 3
- DE GAULLE, Discours et messages,
Bd. 4
- DE GAULLE, Lettres, notes et carnets.
Janvier 1961–décembre 1963
- DE GAULLE, Mémoires d'espoir.
Le renouveau 1958–1962
- GERSTENMAIER, Streit und Friede
- GREWE, Rückblenden
- Dokumente des geteilten Deutschland. Quellen-
texte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der
Bundesrepublik Deutschland und der Deut-
schen Demokratischen Republik, Bd. 1, hrsg.
von Ingo von Münch, 2. Auflage, Stuttgart 1976.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik. I. Reihe:
Vom 3. September 1939 bis 8. Mai 1945, hrsg.
vom Bundesministerium für innerdeutsche
Beziehungen, Frankfurt a.M. 1984 ff.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe:
Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955, hrsg. vom
Bundesministerium des Innern, Neuwied
1992 ff.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe:
Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958, hrsg.
vom Bundesministerium für gesamtdeutsche
Fragen, 4 Bde., Frankfurt a.M. 1961–1969.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe:
Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966,
hrsg. vom Bundesministerium für innerdeut-
sche Beziehungen, 12 Bde., Frankfurt a.M.
1971–1981.
- Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehn-
ten. Reden und Schriften, hrsg. von Karl Hoh-
mann, Düsseldorf/Wien/New York 1988.
- Europäische politische Einigung 1949–1968.
Dokumentation von Vorschlägen und Stellung-
nahmen, zusammengestellt von Heinrich Sieg-
ler, Bonn/Wien/Zürich 1968.
- Charles de Gaulle, Discours et messages. Bd. 3:
Avec le renouveau. Mai 1958–juillet 1962, [Pa-
ris] 1970.
- Charles de Gaulle, Discours et messages. Bd. 4:
Pour l'effort. Août 1962–décembre 1965, [Paris]
1970.
- Charles de Gaulle, Lettres, notes et carnets.
Janvier 1961–décembre 1963, [Paris] 1986.
- Charles de Gaulle, Mémoires d'espoir. Le renou-
veau 1958–1962, [Paris] 1970.
- Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat
seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a.M./
Berlin/Wien 1981.
- Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976–1951,
Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1979.

Literaturverzeichnis

- HANSARD, Bd. 638 Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Session 1960–61, Bd. 638, London [1961].
- HANSARD, Bd. 684 Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Session 1963–64, Bd. 684, London [1964].
- HANSARD, Bd. 688 Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Session 1963–64, Bd. 688, London [1964].
- HANSARD, Bd. 696 Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Session 1963–64, Bd. 696, London [1965].
- HANSARD, Bd. 702 Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Session 1964–65, Bd. 702, London [1965].
- HANSARD, Bd. 704 Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Session 1964–65, Bd. 704, London [1965].
- KRONE, Aufzeichnungen Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie (Adenauer-Studien III), hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen, Mainz 1974, S. 134–201.
- LAHR, Zeuge Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981.
- LEISTUNG UND ERFOLG 1963 Leistung und Erfolg, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn [1964].
- MCGHEE, An Ambassador's Account George McGhee, At the Creation of a new Germany. From Adenauer to Brandt. An Ambassador's Account, New Haven/London 1989.
- MEISSNER, Moskau-Bonn Moskau-Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955–1973. Dokumentation, hrsg. von Boris Meissner, 2 Bde., Köln 1975.
- MENDE, Von Wende zu Wende Erich Mende, Von Wende zu Wende 1962–1982, München/Berlin 1986.
- OSTERHELD, Außenpolitik Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992.
- OSTERHELD, Kanzlerjahre Horst Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens...“. Adenauers letzte Kanzlerjahre. Ein dokumentarischer Bericht, 2. Auflage, Mainz 1987.

- ÖSTERREICHISCHES JAHRBUCH 1963 Österreichisches Jahrbuch 1963. Nach amtlichen Quellen hrsg. vom Bundespressdienst, 35. Folge, Wien 1964.
- PARK, Country Chung Hee Park, The Country, the Revolution and I, Seoul 1963.
- PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963–64 Public Papers of the President of the United States. Lyndon B. Johnson. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. November 22, 1963 to December 31, 1964, Washington D.C. 1965.
- PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1965 Public Papers of the President of the United States. Lyndon B. Johnson. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1965, Washington D.C. 1966.
- PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961 Public Papers of the President of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 20 to December 31, 1961, Washington D.C. 1962.
- PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1962 Public Papers of the President of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1962, Washington D.C. 1963.
- PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963 Public Papers of the President of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to November 22, 1963, Washington D.C. 1964.
- REHLINGER, Freikauf Ludwig A. Rehlinger, Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963–1989, Berlin/ Frankfurt a.M. 1991.
- SPD-FRAKTION 1964–1966 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966, bearb. von Heinrich Potthoff, 2. Halbband: 1964–1966, Düsseldorf 1993.
- STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart/Mainz [1964].
- STRAUSS, Erinnerungen Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 19th Session United Nations. Official Records of the General Assembly. Plenary Meetings. Nineteenth Session. Verbatim Records of Meetings, New York 1964.

Literaturverzeichnis

- UNITED NATIONS RESOLUTIONS,
Serie I, Bd. 8
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS,
Serie II, Bd. 9
- UNTS
- UNITED STATES STATUTES AT LARGE
1964, Bd. 78
- YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1951
- YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1956
- YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1960
- YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1964
- YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1965
- ZEHNTER ÜBERBLICK ÜBER DIE TÄTIGKEIT
DER RÄTE 1964
- United Nations Resolutions. Serie I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich. Bd. 8: 1960–1962, New York 1974.
- United Nations Resolutions. Serie I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich. Bd. 9: 1962–1963, New York 1974.
- United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
- United States Statutes at Large Containing the Current Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the Second Session of the Eighty-Eighth Congress of the United States of America 1964 and Twenty-Fourth Amendment to the Constitution and Proclamations, Bd. 78, Washington D.C. 1965.
- Yearbook of the United Nations 1951, hrsg. vom Department of Public Information, New York 1952.
- Yearbook of the United Nations 1956, hrsg. vom Department of Public Information, New York 1957.
- Yearbook of the United Nations 1960, hrsg. vom Office of Public Information, New York 1961.
- Yearbook of the United Nations 1964, hrsg. vom Office of Public Information, New York 1966.
- Yearbook of the United Nations 1965, hrsg. vom Office of Public Information, New York 1967.
- Zehnter Überblick über die Tätigkeit der Räte. April 1964 bis September 1964, hrsg. vom Sekretariat der Räte der Europäischen Gemeinschaften, [Brüssel] 1965.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	BMWi	Bundesminister(ium) für Wirtschaft
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland	BRD	Bundesrepublik Deutsch- land
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen	BT	Bundestag
Abs.	Absatz	bzw.	beziehungsweise
Abt.	Abteilung	ca.	circa
AEG	Allgemeine Elektrizitäts- Gesellschaft	CATAC	Commandement Aérien Tactique
AG	Aktiengesellschaft	CCG	Contingency Coordinating Group
AHK	Alliierte Hochkommission	CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
a.i.	ad interim	CGB	Christlicher Gewerk- schaftsbund
a.m.	anderes mehr	CENTO	Central Treaty Organisa- tion
Anm.	Anmerkung	ČSSR	Československá Sociali- stická Republika
ANF	Atlantic Nuclear Force	CSU	Christlich-Soziale Union (Ministerial-)Direktor
ANR	Atlantischer Nuklear-Rat	D	
Art.	Artikel	DAG	Deutsche Angestellten- Gewerkschaft
ATO	Allied Travel Office	DB	Drahtbericht
AZ	Aktenzeichen	DC	Democrazia Cristiana
BAOR	British Army on the Rhine	DDR	Deutsche Demokratische Republik
BBP	Bodenbeobachtungsposten	Dg	(Ministerial-)Dirigent
Bd./Bde.	Band/Bände	d.h.	das heißt
BDI	Bundesverband der deut- schen Industrie	d.J.	dieses Jahres
BEG	Bundesentschädigungs- gesetz	d.M.	dieses Monats
Betr./betr.	Betreff/betreffend	DMV	Deutscher Militärvertreter
BID	Bank of International Development	Dok.	Dokument
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	dpa	Deutsche Presseagentur
BM	Bundesminister(ium)	EAG	Europäische Atomgemein- schaft
BMF	Bundesminister(ium) der Finanzen	ECE	Economic Commission for Europe
BMG	Bundesminister(ium) für gesamtdutsche Fragen		
BMVtg	Bundesminister(ium) der Verteidigung		

Abkürzungsverzeichnis

EFTA	European Free Trade Association	i.V.	in Vertretung
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	IWF	Internationaler Währungsfonds
etc.	et cetera	IZH	Interzonenhandel
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft	km	Kilometer
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft	KP	Kommunistische Partei
evtl.	eventuell	KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
EWA	Europäisches Währungsabkommen	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
f.	folgende	KPI	Kommunistische Partei Italiens
FDP	Freie Demokratische Partei	KZ	Konzentrationslager
FLN	Front de Libération Nationale	LR I	Legationsrat I. Klasse
FS	Fernschreiben	M.	Monsieur
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	MAAG	Military Assistance Advisory Group
geh.	geheim	MC	Military Committee
gez.	gezeichnet	MC/CS	Military Committee/Chiefs of Staff
GG	Grundgesetz	MC/PS	Military Committee/Permanent Secretary
ggf.	gegebenenfalls	MD	Ministerialdirektor
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	MdB	Mitglied des Bundestages
h.	hora/Stunde	m.d.B.	mit der Bitte
h.E./H.E.	hiesigen Erachtens/ Hiesigen Erachtens	MDg	Ministerialdirigent
hrsg.	herausgegeben	m.E.	meines Erachtens
IAEA	International Atomic Energy Agency	Mio.	Million(en)
IARA	Inter-Allied Reparations Agency	MLF	Multilateral Force
ICBM	Inter-Continental Ballistic Missiles	MM	Militärmission
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz	Mr.	Mister
IMF	International Monetary Fund	MRBM	Medium Range Ballistic Missile
i.R.	im Ruhestand	Mrd.	Milliarde(n)
		MRP	Mouvement Républicaine Populaire
		NAP	Nichtangriffspakt
		NATO	North Atlantic Treaty Organisation

NEATO	North East Asian Treaty Organisation	s.o.	siehe oben
		sog.	sogenannt
NF	Neue Francs	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
NfD	Nur für den Dienstgebrauch	StS/St.S.	Staatssekretär
Nr.	Nummer	SU	Sowjetunion
NS	Nationalsozialismus	t	Tonne
NTSC	National Television System Committee	TASS	Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza
NV	Nichtverbreitung	TTD	Temporary Travel Document
o.a.	oben angeführt		
OAS	Organisation de l'Armée Secrète	u.a.	unter anderem/ und andere(s)
OAU	Organisation for African Unity	u.a.m.	und anderes mehr
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
		UDT	Union Démocratique du Travail
o.V.i.A.	oder Vertreter im Amt	UK	United Kingdom
PAP	Polska Agencja Prasowa	UN	United Nations
p.p.	perge, perge/und so weiter	UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
PSDI	Partito Socialista Democratico Italiano	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
PSI	Partito Socialista Italiano		
PSIUP	Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria	UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
rd.	rund		
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor	UNO	United Nations Organisation
s.	siehe	UNO (IDA)	United Nations Organisation (International Development Organisation)
S.	Seite		
SAC	Strategic Air Command	UNR	Union pour la Nouvelle République
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe		
SBZ	Sowjetische Besatzungszone	USA/U.S.A	United States of America
s.E.	seines Erachtens	usw.	und so weiter
SEATO	South-East Asia Treaty Organisation	u.U.	unter Umständen
SECAM	Sequentielle à mémoire	VAR	Vereinigte Arabische Republik
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	VE	Verrechnungseinheit
sfr(s)	Suisse(s) Franc(s)	vgl.	vergleiche

Abkürzungsverzeichnis

v.H.	vom Hundert	WHO	World Health Organisation
VLR I	Vortragender Legationsrat I. Klasse	z.B.	zum Beispiel
v.M.	vorigen Monats	z.b.V.	zur besonderen Verwen- dung
VN	Vereinte Nationen	ZK	Zentralkomitee
VR	Volksrepublik	z.T.	zum Teil
VS	Verschußsache(n)	z.Z.	zur Zeit
WEU	Westeuropäische Union		